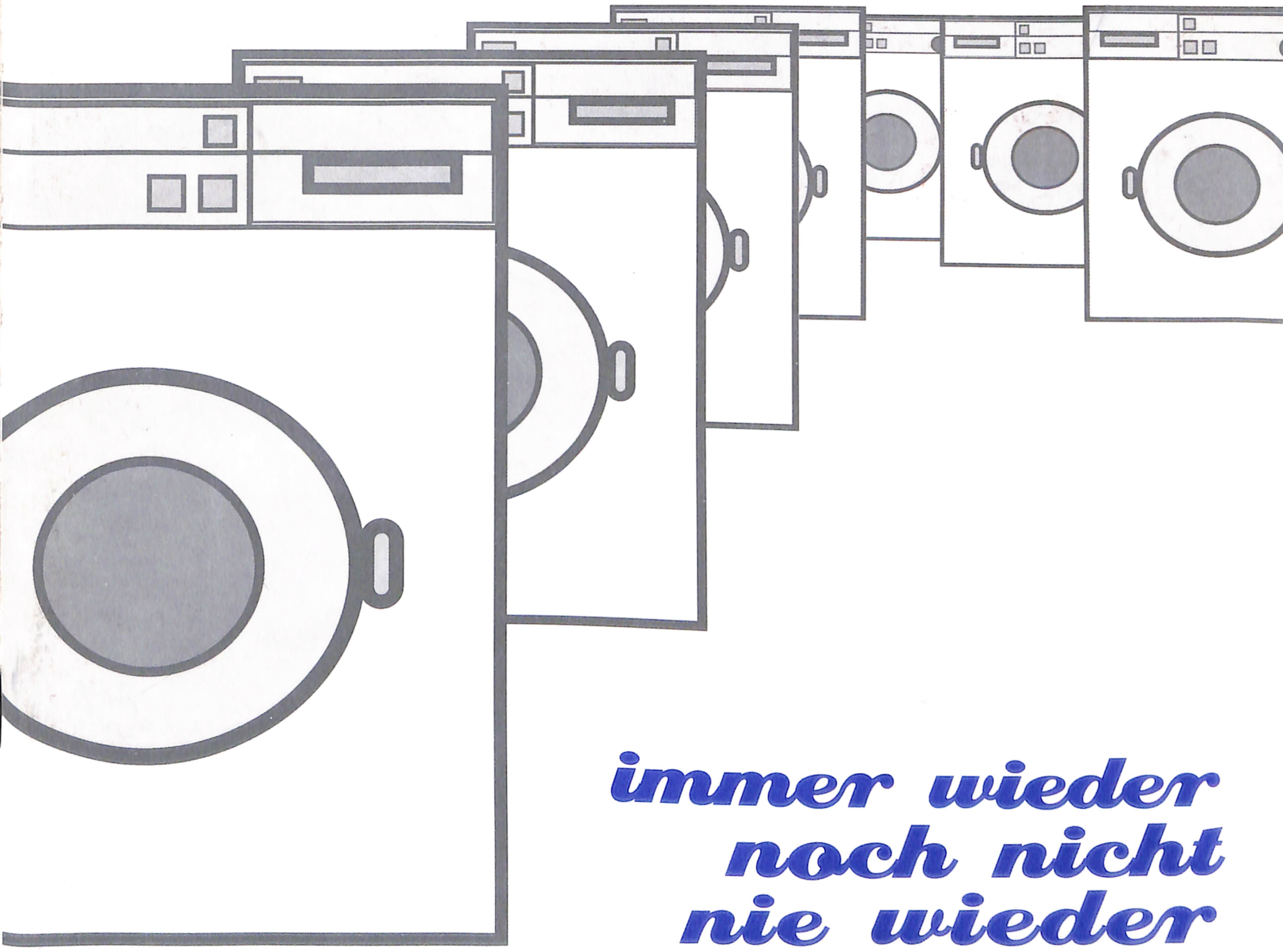
Nr. 2.02 · XII 2002 · 51. Jhg.

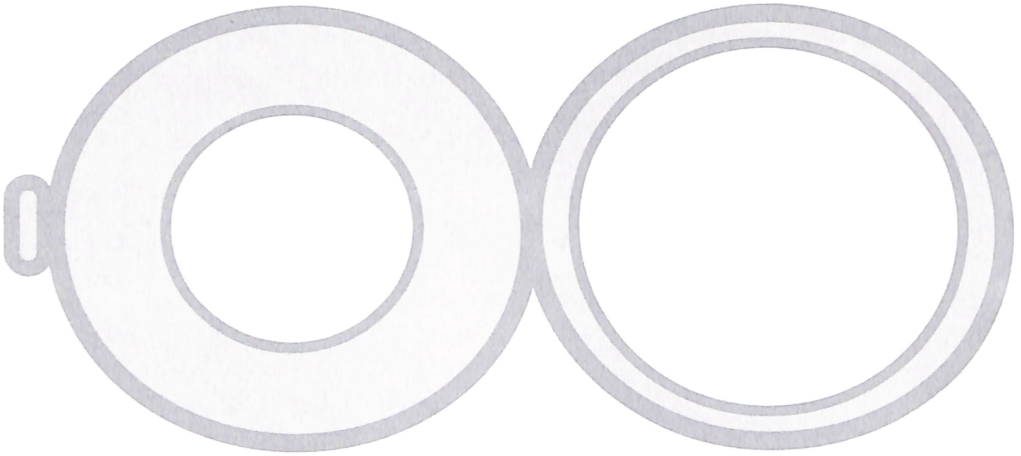
# AStA

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig



## immer wieder
## noch nicht
## nie wieder






editorial 3

Die unterstellte Instrumentalisierung des Antisemitismus 5

Abgearbeitet 9

Dis-Kontinuität antisemitischer Diskurse
Ein Bericht über eine Pariser Tagung 16

décadence naturelle
rassismus/sexismus/antisemitismus oder die perversen ränder des hegemonialen körpers 20

»Antizionismus« und antisemitische Verschwörungstheorien in der politischen Linken 27

Europäischer und arabischer Antisemitismus
Versuch einer Differenzierung 33

unerkannt_anerkannt
judith butlers ethik projekt 38

garip dünya 44

impressum 63

# editorial

Vierundzwanzig Absagen. Vierundzwanzig angefragte Autorinnen, die in ihren Terminkalendern suchten, aber »keine Zeit« fanden, – für diese Ausgabe »leider« keinen Text schreiben konnten. Die ungewöhnliche Höhe dieser Zahl mag Hinweis darauf sein, was für ein starkes Interesse an einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Linken gegenwärtig besteht, und wie hoch infolge dessen der Bedarf an kompetenten »Expertinnen« ist. Die Schubladen der unveröffentlichten Texte, aus denen sich schnell etwas hervorzaubern lassen hätte, scheinen geplündert. Aber die Schwierigkeit, ausreichend viele Autorinnen zu finden, die kritisch zu Antisemitismus arbeiten, liegt nicht nur darin begründet, dass es der Ressourcen wenig und der Anlässe viele gibt, sondern auch darin, dass das Thema ein empfindliches zu sein scheint. Die Auseinandersetzung um Antisemitismus wird nicht nur quantitativ verstärkt geführt, sondern auch ihrer Qualität nach verstärkt, heftig. Davon Auskunft geben die häufigen Anfragen potentieller Autorinnen nach einem Heftkonzept. Das gesteigerte Bedürfnis, sich des Kontextes, in dem der eigene Text erscheinen wird, zu vergewissern und sich Klarheit über die Positionen der Redaktion und der anderen Autorinnen zu verschaffen, ist gemessen an vorherigen Heftproduktionen neu. Es ist Ausdruck einer mehrfach polarisierten Debatte. Je straffer die Scheidelinien gezogen werden, die das politische Feld aufteilen, umso schwieriger wird es, nicht über eine drüber zu stolpern und sich plötzlich im falschen Kästchen wiederzufinden. Die Gefahr, dass die eigenen Worte durch das Gesamtkonzept des Heftes umgewertet werden könnten, einen anderen Klang bekommen könnten, schien deshalb als besonders bedrohlich erlebt zu werden. Vielleicht wird die Heftigkeit der Auseinandersetzung vor dem Hintergrund erklärbar, dass es nicht nur um die Frage geht, wie und mit welchen Mitteln der gemeinsame Gegner bekämpft werden soll. Insofern Antisemitismen für linke Zusammenhänge kein externes Phänomen darstellen, kann in diesen Zusammenhängen auch keine Einigkeit darüber herrschen, wer überhaupt diese Gegnerinnen sind und wodurch sie sich zu erkennen geben …

In Hinblick auf die beständige Produktion von Anlässen ist auf die deutsche Öffentlichkeit ebenso sehr Verlass wie auf die anonymen Staatsbürger, Stammtischlerinnen wie Kaffeekränzler, deren ehrliche Auskünfte den Statistikerinnen jährlich höhere Rechtsbalken bescheren. Der Aussage, dass »der Einfluss der Juden auch heute noch zu groß« sei, stimmen 28% der Deutschen zu, weitere 32% können sich nicht so richtig entscheiden. Letztere halten »den Einfluss der Juden« wahrscheinlich nur für ein bisschen zu groß oder »wissen«, dass ja nicht alle so sind. Mensch muss es sich auf der Zunge zerbröckeln lassen: Der Einfluss der Juden ist nicht nur zu groß, er ist es auch immer noch. War er also mal größer? Und wann? Wodurch hat dieser zu große Einfluss abgenommen oder hätte (eigentlich) abnehmen müssen? Es kann keinen Zweifel darüber geben, wie in Deutschland die Antwort auf diese Fragen aussieht: Selbst die Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen hat deren Einfluss nicht auf ein angemessenes Maß zurechtgestutzt, auch 60 Jahre nach Auschwitz ist ihr Einfluss noch zu groß. Die Anzahl derjenigen, die dieser Äußerung zustimmen, hat sich innerhalb von 4 Jahren verdoppelt.

Auf der Ebene des öffentlichen Diskurses könnten die gezielten Versprecher und Ausrutscher der kochs, walsers, möllemanns dazu beitragen, die Kluft zur familiären Privatsphäre zu schließen, wo man eh schon eher mal »seine Meinung sagt«. Während die anonymen Befragten keine Konsequenzen für ihre Ehrlichkeit fürchten brauchen, rufen die öffentlichen antisemitischen Ausfälle einiges Geschrei (Proteste, Entschuldigungen, Verteidigungen, …) hervor, herrscht doch in den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus eigentlich der Konsens, dass »alle« gegen Antisemitismus sind. Auf diesen Konsens kann sich aber auch die antisemitische Äußerung beziehen. Zum einen, indem sie sich affirmativ auf ihn beruft, um Kritik zu einem ungerechtfertigtem Vorwurf umzuwerten (»wie kann mir so was angehängt werden, wenn wir doch alle dagegen sind«) – den anti-antisemitischen Konsens verlässt dann nicht, wer eine antisemitische Äußerung tätigt, sondern, wer sie als antisemitische benennt. Zum anderen wird der Konsens selbst als ein von fremden Mächten (den Alliierten, dem Ausland) erzwungener behauptet – leicht für nationalistisch agierende, sich beim Bürger positiv als Tabubrecherin zu stilisieren. Die beklommene Ablehnung judenfeindlicher Aussagen in der Öffentlichkeit weicht dem Unbehagen über diese Beklemmung: »... endlich wieder reden dürfen ...« Die Rede vom Tabu hilft dabei, sich als Opfer (»unterstellter Vorwürfe«) zu inszenieren. Es spreche ja nur Volkes Stimme aus einem, das Sprachrohr trage keine Schuld.

Meist wird das Wort »Juden« gar nicht ausgesprochen, wenn von ihnen die Rede ist. Wie aber »weiß« die Antisemitin, aus welchen tradierten stereotypen Bildern sie die »richtigen« Schlüsse zieht und gegen wen die zu richten sind, wie kommt sie von Finanzkapital, der Nase und der Medienmacht zu denen, die hinter allem die Fäden ziehen? In der postfaschistischen Gesellschaft kann auf allzu offene Äußerungen verzichtet werden, solange die Codes klar sind, die zwischen geschützter Privatsphäre und aufgeklärter Öffentlichkeit vermitteln. Den latenten Antisemitismus zu decodieren aber kann wohl kaum in der Schule, eher an den Stamm- und Abendbrottischen gelernt werden. Letzten Endes sind es die intergenerationellen Erzählungen der ›oral history‹, die die Tradierung des Ressentiments sicherstellen. Zeitzeugenberichte samt ihrer Auslassungen werden nun wohlmeinend rezipiert, und so reproduziert sich ein spezifisches kollektives Gedächtnis.

Unter diesen Bedingungen steht die Notwendigkeit, sich mit Antisemitismus zu beschäftigen, kaum in Frage, eine Berechtigung hat es aber auch, sich mit dem Sinn eines solchen Unterfangens zu beschäftigen, die erhofften Effekte der Kritik auszuloten. Die spezifische Struktur der antisemitischen Ideologie bringt es näm-

lich mit sich, dass ihr mit Aufklärung und Ideologiekritik kaum beizukommen ist ... Wie an den zwei folgenden Dialogen deutlich wird, neigen manche Vertreter antisemitischer Überzeugungen dazu, sich durch keinen Widerspruch beirren zu lassen.

*I.*

**> Israel – das sind doch die wahren Terroristen.*
*#> Das stimmt doch so überhaupt nicht …*
**> Bitte? Liest du keine Zeitung? Da kannst du es doch täglich lesen, wie brutal die vorgehen. Ein Wunder, warum der Sharon noch nicht vorm Kriegsverbrechergericht steht. Kannst ja mal überlegen, warum. Aber mich fragt ja keiner.*
*#> Warum?*
**> Na, weil die eine mächtige Lobby haben und die weiß Kritik schon zu verhindern. Die ganzen Medien sind doch in deren Händen – auch gerade in Deutschland – die wissen schon, wie sie nicht genehme Meinungen zensieren und …*
*#> Ähm, tschuldigung! Du hast doch eben noch selbst gesagt, dass du deine ganzen sogenannten Informationen aus der Zeitung hast. Warum schreiben die das denn rein, wenn die Zeitungen doch angeblich ihnen gehören und sie alles rauszensieren können.*
**> Ja, das machen die natürlich absichtlich, damit keiner was merkt. Blöd sind die ja nicht …*

**II.**

*~>... und hinter den Illuminaten stecken übrigens die Juden.*
*<> Bist du bekloppt? Das ist antisemitisch!*
*~> Das ist nicht antisemitisch, sondern die Wahrheit. Das kannst du in den Protokollen der Weisen von Zion nachlesen. Da stehen die genauen Pläne drin, wie die Juden die Welt beherrschen wollen.*
*<> Die Protokolle sind aber bewiesenermaßen antisemitische Erfindungen, Fälschungen. Oder kannst du etwa einen Beleg für ihre Echtheit bringen?*
*~> Nee, beweisen lässt sich das natürlich nicht. Aber angenommen, du hättest recht, wie erklärst du dir dann, dass die israelische Regierung jedem hohen Staatsbesuch ein Exemplar der Protokolle schenkt?*

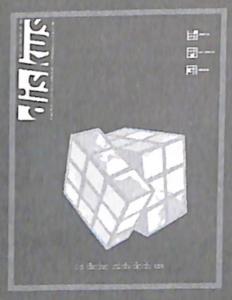
Den Antisemitismus seiner Unwahrheit zu überführen, scheint ein ebenso einfaches Unterfangen zu sein, wie den Antisemiten aufzuklären ein nutzloses. Der strategische Einsatz des vorliegenden Heftes besteht eher darin, die diskursive Logik, Struktur und Funktionsweise von Antisemitismen zu beschreiben, den Blick für antisemitische Redeweisen, Karikaturen und Stereotype zu schärfen. Der Kampf um die Definitionshoheit darüber, was und wer als antisemitisch zu bezeichnen ist, versucht sich jener Diskursmacht zu bedienen, die genau dadurch entsteht, dass es niemand sein will. Und insofern Antisemitismus heute nichts mehr ist, wozu sich die Leute stolz oder auch nur so selbstverständlich wie zu einer Partei- oder Vereinsmitgliedschaft bekennen würden, lässt er sich teils durch den bloßen Akt der Benennung bekämpfen. Das macht es einfacher als bei den Nazis. Die nämlich kann mensch nicht mal anständig beleidigen, weil sie schließlich selbst der Inbegriff des schlimmsten Schimpfwortes (»Nazi! Nazi!«) sind.

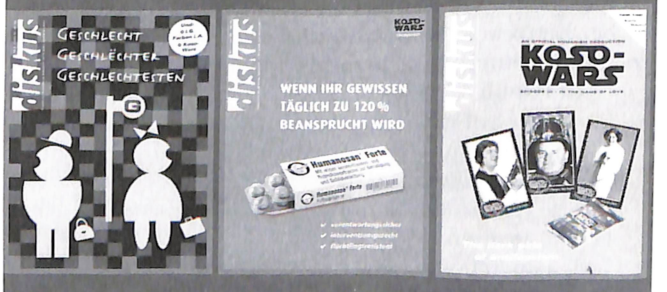
*redaktion.*

*Wir laden ein zu Diskussion und Heftkritik am Mittwoch, den 12. März 03 um 20 Uhr im diskus-Raum (Studierendenhaus, Mertonstraße, Eingang KOZ, Raum 106).*

Abo? Backissues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26–28 · 60325 Frankfurt/Main · *Rabatte auf Anfrage*





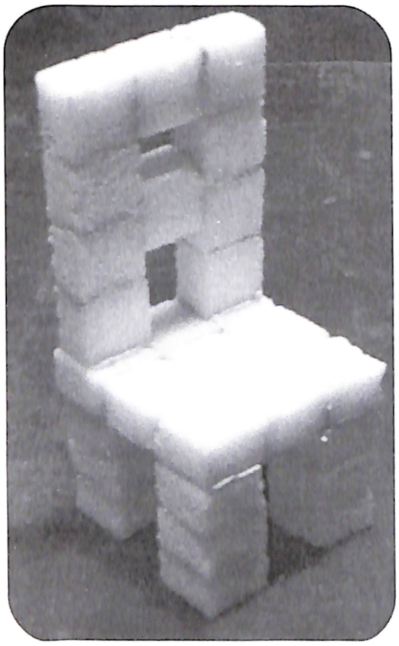
# Die unterstellte Instrumentalisierung des Antisemitismus

## Vom angeblich »trivialsten und uninteressantesten Verdacht« (Walser) und wie darüber in Deutschland gesprochen und geschrieben wird



In der Berliner Republik wird aus guten Gründen wieder einmal über Antisemitismus gestritten. Sowohl im Anschluss an Frank Schirrmachers berechtigte Skandalisierung von Martin Walsers neuestem Roman »Tod eines Kritikers« (2002) als auch im Zusammenhang mit Jürgen W. Möllemanns antisemitischen Angriffen auf Michel Friedmann und den Zentralrat der Juden in Deutschland entzündeten sich länger währende Debatten. In deren Folge haben am 3. November 2002 auch Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranski im »Philosophischen Quartett« zusammen mit ihren Gästen Luc Bondy und Adolf Muschg darüber diskutiert. Ausgangspunkt war die Annahme, es werde heute »in einer viel fiebrigeren Tonart« als früher über ein »Thema dieser Machart« gesprochen. Zum Beweis der eigenen Unaufgeregtheit stellte Safranski am Anfang der Sendung drei Thesen auf, die nur auf den ersten Blick wie eine einfache Wiedergabe längst bekannter Erkenntnisse klingen. So sei der Judenhass als Schatten des christlichen Europas alt, tiefsitzend und vielgestaltig. Der moderne Antisemitismus hingegen, der mit der Nazizeit seinen Höhepunkt gehabt hätte, sei nach 1945 wirkungsvoll in Schach gehalten worden. Allerdings habe sich dabei, so die Behauptung Safranskis, ein Milieu wechselseitiger Verdächtigungen herausgebildet. Drittens schließlich existiere der Antisemitismus in der Latenz weiter. Es käme nun darauf an, den öffentlichen Raum von Antisemitismus freizuhalten. Was Safranski mit dem Hinweis auf ein Milieu ›wechselseitiger Verdächtigungen‹ meint, verdeutlicht an späterer Stelle der Sendung sein Komoderator Sloterdijk. Dieser unterstellt, es gäbe unter westlichen Intellektuellen eine gewisse Neigung, »wobei die Juden gar nicht intervenier[t]en«, den Antisemitismus zum »Kampfbegriff« zu machen. Damit erhebt er zum einen den bis dahin in der Sendung nur angedeuteten Verdacht, Antisemitismus werde von Intellektuellen instrumentalisiert. In der Verwunderung über die von ihm behauptete, ausbleibende Intervention von Juden gegen angeblich ungerechtfertigte Antisemitismus-Vorwürfe unterstellt er

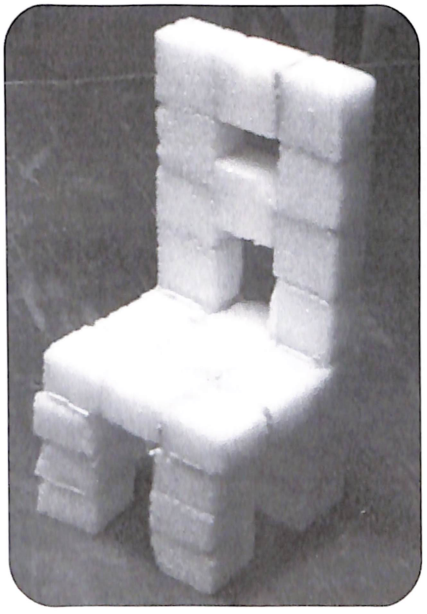
außerdem *allen* Juden per se eine besondere Verantwortung für den Umgang mit Antisemitismus. Der Einschub insinuiert, dass Juden mehr als andere Ursache hätten, Antisemitismus-Vorwürfe aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. So aber werden wieder einmal ›die Juden‹ für den Antisemitismus verantwortlich gemacht. Komplementär gehört dazu die Behauptung, Antisemiten würden gewissermaßen von außen, etwa durch die Erhebung eines Antisemitismus-Vorwurfs oder durch die Errichtung eines Mahnmals erst zu solchen gemacht. Exemplarisch dafür ist z.B. eine Bemerkung Rudolf Augsteins (1999) in einem Beitrag zur Walser-Bubis-Debatte über Peter Eisenmans Entwurf für das zentrale Mahnmal zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden[1]: »Verwirklichen wir ihn [Eisenmans Entwurf], wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht sonst keine wären, und beziehen Prügel in der Weltpresse jedes Jahr und lebenslang, und das bis ins siebte Glied« (289).



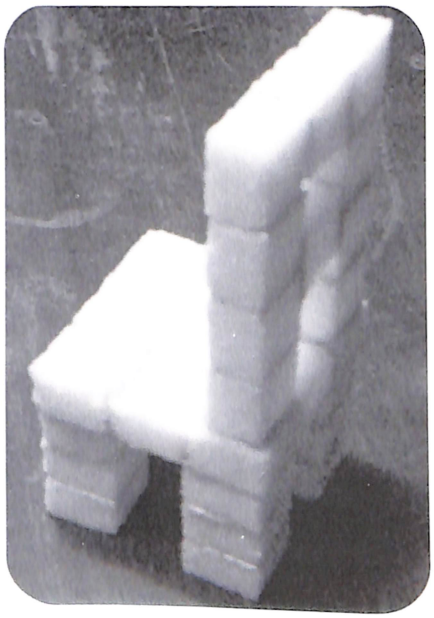
Die angebliche Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs wird entsprechend auch als eine der Ursachen für das von Safranski eingangs beschworene Milieu wechselseitiger Verdächtigungen vorgeschlagen. Schon das verwendete Bild ist unglücklich: Wo eine Wechselseitigkeit unterstellt wird, ist die Vorstellung von zwei sich gegenüberstehenden Seiten aufgerufen. Wer aber steht auf welcher Seite? Implizit werden Juden und bestimmte Intellektuelle, die einen Antisemitismus-Vorwurf erheben, ungenannten Anderen gegenübergestellt. Problematischer noch ist aber die Aussage selbst: Wenn allein der Vorwurf des Antisemitismus ohne Prüfung seiner möglichen Berechtigung (oder auch seiner fehlenden Berechtigung) zur Begründung eines Klimas von Unterstellungen und Verdächtigungen herangezogen wird, dann ist ohne jede Analyse der *Vorwurf* zum eigentlichen Problem geworden und nicht mehr der Antisemitismus. Dass die Gefahr einer Instrumentalisierung des Anti-Antisemitismus bestehe, findet allerdings auch Adolf Muschg. Er ist es andererseits, der Safranski zu Recht vorwirft, sich in dieser Sendung eines ›uneigentlichen Sprechens‹ zu bedienen. Darin blitzt momenthaft eine wichtige Einsicht auf: Eine Beschäftigung mit den realen Ursachen, Folgen und Erscheinungsformen von Antisemitismus wird zu Gunsten der Aufdeckung einer vermuteten Instrumentalisierung von Antisemitismus-Vorwürfen vermieden. Auf diesem Hintergrund lässt sich skizzieren, welchen Umgang mit dem Antisemitismus Safranski und Sloterdijk aus den eigenen Postulaten ableiten: Das erklärte Ziel ihrer bildungsbürgerlichen ›Aufklärungsarbeit‹ ist es, den öffentlichen Diskussionsraum von manifestem Antisemitismus frei zu halten. Wenn jede Erhebung eines Antisemitismus-Vorwurfs grundsätzlich als möglicher Anlass für eine Überführung von latentem in manifesten Antisemitismus (miss)verstanden wird, dann verbirgt sich darin neben allem anderen auch eine Rehabilitierung, mindestens jedoch eine Verharmlosung von latentem Antisemitismus. Dieser ist die nach 1945 dominante Erscheinungsform von Antisemitismus in Deutschland. Deshalb bleibt es weiter notwendig, dessen Erscheinungsformen genau zu analysieren und zu beschreiben. Dass manifester Antisemitismus keinerlei Duldung erlaubt, entspricht dem Grundverständnis jeder demokratischen und republikanischen Gesellschaft. Wo allerdings, noch dazu in Bildern latenten Ressentiments wie bei Sloterdijk oder Augstein, dieser Konsens als ausschließliche Aufgabe intellektueller Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus formuliert wird, ist er längst bedroht.

Unbestritten ist dennoch, dass auch der Vorwurf des Antisemitismus – wie alles andere – instrumentalisiert werden kann. Menachem Brinker hat kürzlich bei einem Berliner Kolloquium zu Friedensstrukturen in Nahost kritisiert, dass ein großer Teil der politischen Rechten in Israel die terroristischen Anschläge von palästinensischen Attentätern nutze und nutzen könne zur Bestärkung der Vorstellung, der israelisch-palästinensische Konflikt sei nur ein weiteres Glied in der Kette des Antisemitismus. Eine solche Sicht auf den Konflikt enthält in der Tat ein gefährliches, ahistorisches Moment, in dem reale historische Konfliktursachen wie die israelische Besatzung der Westbank und des Gazastreifens seit 1967 ebenso wie die Siedlerbewegung ausgeblendet sind. Auf einer Tagung zu Antisemitismus, die kürzlich in New York stattfand, kritisierte Anson Rabinbach (Princeton) den US-amerikanischen Israel-Diskurs: Hier werde der Antisemitismus-Vorwurf benutzt, um Kritik an israelischer Politik zu ersticken (vgl. Speck 2002). Mit solchen Positionen hat die Diskurspolitik von Möllemann und Konsorten freilich wenig gemein, die stattdessen vorhandene,

latent antisemitische Einstellungen bei einem Teil der deutschen Bevölkerung wahlkampftaktisch zu nutzen versucht. Möllemann arbeitet mit der strategischen Behauptung einer Tabuisierung jeglicher Kritik an der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern. Kennzeichnend für diese Strategie ist es, insbesondere jüdische Repräsentanten wie Paul Spiegel oder Michel Friedmann für diese angebliche Tabuisierung einer ›Kritik an Israel‹, wie es bereits verkürzend genannt wird, verantwortlich zu machen. Die Behauptung einer Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs erweist sich dabei selbst als nichts anderes als latenter Antisemitismus.

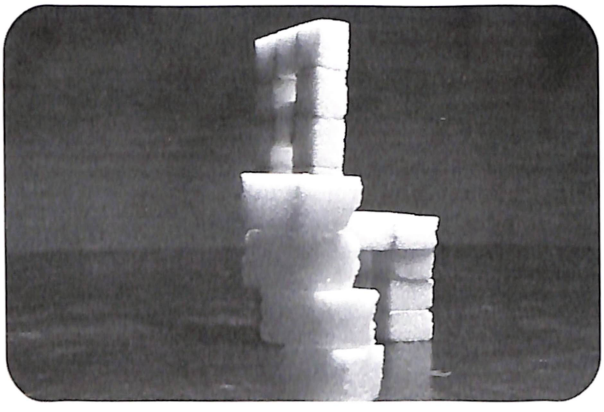


Latenter Antisemitismus hat verschiedene Erscheinungsformen. Die häufigste ist in Deutschland nach dem Holocaust der sekundäre Antisemitismus aus Schuldabwehr, der sich u.a. als ›antizionistische‹ Kritik an Israel äußert. Konstitutiv für ihn ist immer eine Täter-Opfer-Umkehr. So wird ›den Israelis‹ zum Beispiel vorgeworfen, sie führten einen »Vernichtungskrieg« gegen das palästinensische Volk, wie es Norbert Blüm im Frühjahr 2002 getan hat. Darin erscheinen die Israelis als neue Nazis. Jenseits von aktuelleren Erscheinungsformen bestehen auch traditionelle Formen eines latenten Antisemitismus fort, wie er in den gebildeten Schichten im Deutschland des Kaiserreichs und der Weimarer Republik weit verbreitet war. Noch nach dem Holocaust schreibt z.B. der liberale Historiker Friedrich Meinecke 1946 in seiner Schrift »Die deutsche Katastrophe«, dass ›die Juden‹ dazu neigten, »eine ihnen einmal lächelnde Gunst der Konjunktur unbedacht zu genießen« und dass sie eine »negative[n] und zersetzende[n] Wirkung« gehabt hätten. Sie hätten viel beigetragen zu »jener allmählichen Entwertung und Diskreditierung der liberalen Gedankenwelt« (29).[2] Die Beispiele sind zahlreich. Regelmäßig kehren Deutungsmuster des latenten Antisemitismus bei vergangenheitspolitischen Debatten wieder. In den letzten Jahren waren es insbesondere die Diskussion um Daniel J. Goldhagens Studie über das Polizeibatallion 101 und die Walser-Bubis-Debatte, in deren Verlauf jeweils zahlreiche antisemitische Ressentiments in den Medien kolportiert wurden.

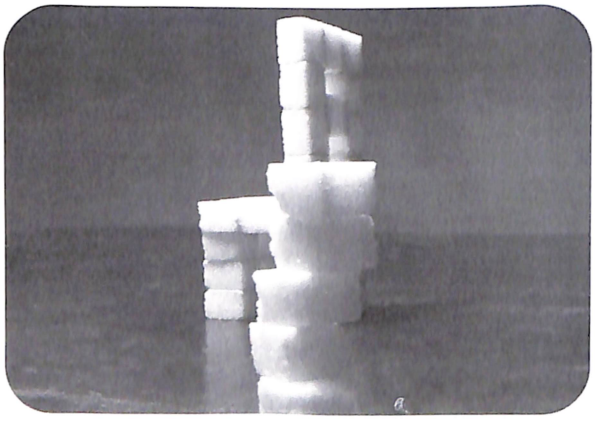


Die Behauptung einer Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs als eines Musters von latentem Antisemitismus lässt sich abschließend mit Hilfe eines literarischen Beispiels weiter konturieren: mit dem Roman »Ohne einander« von Martin Walser aus dem Jahr 1993. Im Nachhinein ist es durchaus erstaunlich, dass diese »kleine antisemitisch-philosemitische Posse«, wie Gustav Seibt (2002) verharmlosend schreibt, nicht schon den Skandal hervorgerufen hat, den Walsers aktueller Roman auslöste. In »Ohne einander« taucht bereits eine Vorläuferfigur des Starkritikers André Ehrl-König auf, die Walser bekanntlich nach dem Vorbild von Marcel Reich-Ranicki gestaltet hat. Der Literaturkritiker heißt im früheren Roman Willi André König, der als »begnadeter Selbstinszenierer« bezeichnet wird und dem sein Verleger Prinz einen »letalen Touch« nachsagt, weil in seiner Umarmung jede Literatur erlösche. Prinz fürchtet wegen dessen Rezension eines Buches, in dem eine »Symbiose von jüdischem Verbrechen und jüdischem Hollywood« behauptet wird, einen Skandal auf sich zukommen. Im Prinzip scheue er kaum einen Verdacht, »nur in den trivialsten und uninteressantesten Verdacht, den des Antisemitismus nämlich, wolle er nicht geraten«. Weil König während einer Redaktionssitzung über diese Rezension eine Großmutter mütterlicherseits namens Hilde Wasserfall erwähnt, was von Prinz als Hinweis auf jüdische Vorfahren von König verstanden wird, soll die Rezension dann doch gedruckt werden (Walser, 18-20). Allerdings nicht ohne einen ausgleichenden zweiten Text, durch den der befürchtete Antisemitismusverdacht infolge der Rezension neutralisiert werde. Diesen soll Ellen Krenn-Kern verfassen, die auf der Redaktionskonferenz den Vorschlag einer Filmbesprechung von Agnieszka Hollands »Hitlerjunge Salomon« unterbreitet. Der Film selbst, der es nach Meinung aller wohl verdiene, »gerühmt zu werden«, wie Ellen unterstellt, wird von ihr allerdings als »politisch bedingt« und als Erpressung verstanden. Damit wären alle wesentlichen Elemente von Walsers Verschwörungstheorie des Antisemitismus zusammen: Der Vorwurf des Antisemitismus diene zur Erpressung sich schuldig fühlender (nichtjüdischer) Deutscher, die als mehr oder weniger hilflose Opfer durch diese Drohung in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden. So führt der Roman vor, wie sehr die deutsche Wirklichkeit der neunziger Jahre durch eine Tabuisierung der deutschen Vergangenheit angeblich entwirklicht werde. Die Protagonisten sind

sich der Bedeutung des Antisemitismus ausschließlich als eines gegen sie gerichteten Drohpotentials bewusst, insofern sie nicht, wie der Kritiker König, an dessen Instrumentalisierung aktiv beteiligt sind. Der



Text suggeriert, dass nur die Selbststilisierung *als* Jude – im Roman werden zwei Figuren auf diese Weise von den anderen unterschieden, wobei in beiden Fällen auch noch traditionelle Bilder aus der Tradition antijüdischer Fantasie zur weiteren Charakterisierung hinzukommen – die Möglichkeit eröffnet, einen antisemitischen Text zu verfassen, ohne mit Sanktionierungen rechnen zu müssen. Alle anderen fürchten den Antisemitismus-Verdacht und wissen um dessen besondere Bedeutung; entsprechend unterstreicht Ellen eine Bitte an ihre Tochter genau mit diesem Hinweis: »Um zu verhindern, daß das Magazin in den Verdacht des Antisemitismus kommt, verstehst du! Nichts verstand Sylvi besser, das wußte Ellen. Durch nichts ließ sich, was sie von Sylvi verlangte, nachhaltiger begründen



als dadurch, daß ihre Mutter DAS vor dem scheußlichsten aller Verdächte, dem des Antisemitismus, bewahren mußte«.(ebd., 33) Und die Tochter versteht, dieser Logik entsprechend, die Erklärungen der Mutter tatsächlich als einen Erpressungs- oder Einschüchterungsversuch: »Antisemitismus! Was geht sie Antisemitismus an! Typisch Mama! Alles, was sie einem aufhalst, wird mit solchen Einschüchterungsladungen ausgestattet«.(ebd., 101) Im Roman wird so eine besonders zugespitzte Version des von Safranski behaupteten Klimas wechselseitiger Verdächtigungen konstruiert. Was darin vollständig entsorgt ist, sind tatsächliche antisemitische Übergriffe, die zur deutschen Normalität gehören.

In der Fernsehsendung will man so weit nicht gehen. Dafür hält man konsequent an der Vorstellung ›wechselseitiger‹ Verantwortung für den Antisemitismus fest. Bis zum Schluss der Sendung. Da werden die Zuschauer des »Philosophischen Quartetts« noch mit zwei Büchertipps bedacht: dem von Ernst Simmel herausgegebenen, klassischen Sammelband über Antisemitismus (das US-amerikanische Original erschien erstmals 1946) und Theodor Lessings ebenso klassischer Studie »Der jüdische Selbsthass«.

*Hans-Joachim Hahn*

**#1** Der ursprünglich als Gemeinschaftsprojekt von Peter Eisenman zusammen mit Richard Serra eingebrachte, erfolgreiche Entwurf für das zentrale Mahnmal zur Erinnerung an die Ermordung der Juden Europas sieht auf dem Gelände der ehemaligen Ministergärten in Berlin ein abfallendes, begehbares Feld mit ursprünglich 4200 unterschiedlich hohen Betonstelen vor. Inzwischen wurde die Anzahl der Stelen nach dem Ausscheiden Serras mehrfach verkleinert und die ursprüngliche Konzeption außerdem um ein unterirdisches Informationszentrum ergänzt. Der Baubeginn war mehrmals verschoben worden und zuletzt auf den Sommer 2002 angesetzt. Zur Übersicht über die vorausgegangene Debatte siehe z. B. Michael S. Cullen (Hrsg.): Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte, Zürich 1999.

**#2** Meineckes Studie ist deshalb ein interessantes Beispiel, weil sie keinesfalls ein apologetischer Text ist, worin die deutsche Kriegsschuld geleugnet würde.

**Literatur:**


*.* Augstein, Rudolf (1999): »Wir sind alle verletzbar«, wiederabgedruckt in: Frank Schirrmacher: Die Walser-Bubis-Debatte, Frankfurt/Main, 285-289.

*.* Meinecke, Friedrich (1946): Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Zürich und Wiesbaden.

*.* Speck, Ulrich (2002): Erklärungsnöte. Eine New Yorker Tagung zum Antisemitismus, in: *Frankfurter Rundschau*, 10.12.2002, 24.

*.* Seibt, Gustav (2002): In Erlkönigs Armen sterben. Martin Walser und Marcel Reich-Ranicki: Zur Geschichte einer an Eskalationen reichen Beziehung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 31.5.2002.

*.* Martin Walser (1993): Ohne einander. Roman, Frankfurt / Main.





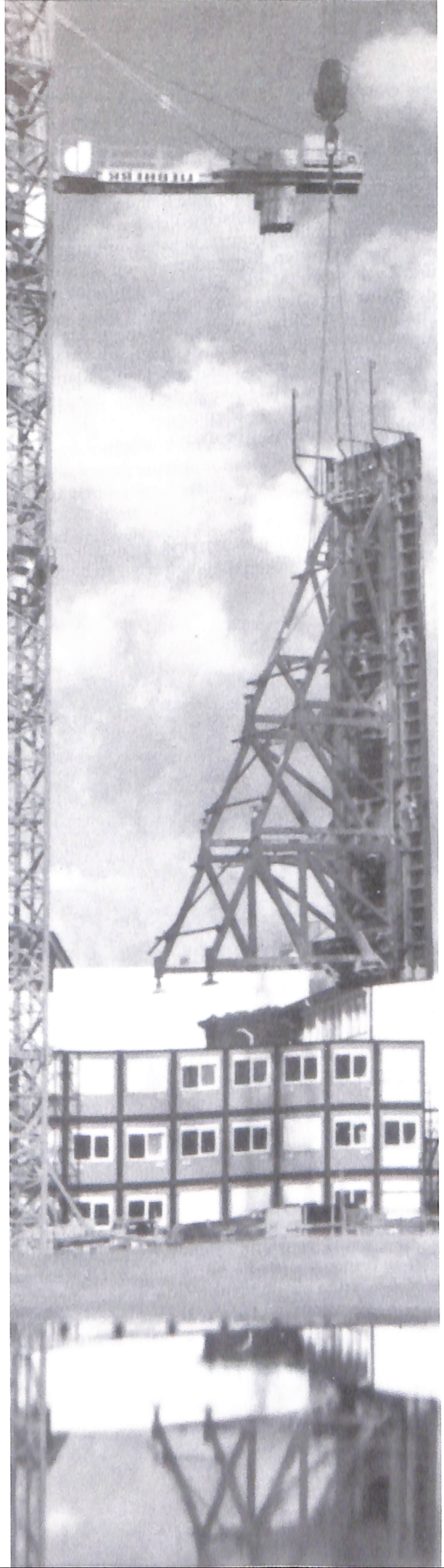
autoren buchhandlung marx & co

Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
autorenbuchhandlung.ffm@t-online.de

Marx an der Uni

Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE



# Abgearbeitet

Die öffentliche Rede über die NS-Vergangenheit Deutschlands erweckt mittlerweile den Eindruck, als sei die »Vergangenheitsbewältigung« an ihrem Ziel angelangt, als könne billigerweise nicht mehr verlangt werden: die letzten Archive sind geöffnet, die letzten Opfer durch einen Gnadenakt entschädigt, wer noch ein Sprechverbot zu finden glaubt, gegen das verstoßen werden kann, darf sich glücklich schätzen. Die Erinnerung bekommt Orte, die uns überdauern werden und auch die langlebigsten Täter liegen bald unter der Erde. Ernst Noltes Klage von 1986 über die »Vergangenheit, die nicht vergehen will« scheint sich erübrigt zu haben, die »Normalisierung« hat stattgefunden, jedoch auf anderem als dem von ihm intendierten Weg.

Aus der »gelungenen Vergangenheitsbewältigung« in all ihren Facetten wird heute politisches Kapital geschlagen. Sie dient als Ausweis der Läuterung, als Legitimationsgrundlage für außenpolitisches Engagement, als Möglichkeit einer positiven Identifikation mit der deutschen Nation. Gleichzeitig bleiben Relativierung und Leugnung verschiedener Aspekte des NS Teil der öffentlichen Debatten. Die »deutschen Opfer« von Krieg und Vertreibung werden mit der kontrafaktischen Behauptung, ihr Leid sei Jahrzehnte lang verschwiegen worden, ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, Vertriebenenfunktionäre werden von SPD- und Grünen-PolitikerInnen hofiert, öffentliche antisemitische Äußerungen können nur noch mühsam skandalisiert werden. Versatzstücke nazistischer Ideologie deklarieren sich heute als »unverkrampfter Umgang« mit der NS-Vergangenheit; »man wird ja noch sagen dürfen, …« Jene, die solches als ihr Werk begreifen, als gelungene Aufarbeitung deutscher Geschichte, stehen stolz daneben.

Es wird im Folgenden versucht, zentrale Etappen auf dem Weg dieser »gelungenen Bewältigung« der NS-Vergangenheit nachzuzeichnen; wir konzentrieren uns dabei auf die 80er und 90er Jahre. Im Zentrum stehen öffentliche Debatten und die offizielle Repräsentation der Vergangenheitsbearbeitung. Das Verhältnis der öffentlich repräsentierten zur nicht-öffentlichen Meinung, zum Alltagsdiskurs, wird dabei nur angerissen. Der Text dient der Klärung einer Ernüchterung.

## I.

*Die Deutschen sind die Deutschen*
*und sie sind es nicht*

Nach Gründung der BRD hieß es, die Deutschen des Jahres 49 seien nicht mehr die des Jahres 44. Die nächsten 50 Jahre wurde viel Mühe darauf verwendet,

eine Diskontinuität im Land der Deutschen zu beweisen. Tatsächlich aber waren zunächst einmal die Deutschen vor 45 dieselben wie nach 45, und später waren ihre Kinder und Enkel die Kinder und Enkel von Eltern und Großeltern, die nur eine Geschichte hatten und nicht etwa zwei. Dass die Deutschen immer noch die Deutschen heißen, verweist allerdings auf eine Kontinuität, die in der über die Kriegsniederlage hinaus währenden Existenz des Nationalstaats begründet ist und von der Rechtsnachfolgerschaft bekräftigt wird. Das ist keine allein formale Identität; Nationalstaaten sind Instanzen realer Vergesellschaftung.

Der Bruch der Deutschen mit Nazideutschland war zunächst rein pragmatisch, denn die Alliierten hatten Nazideutschland beseitigt. Mit der Zeit sollten aus den gezwungenen Deutschen die anderen Deutschen werden. Die hinlänglich bekannte Konstellation des kalten Krieges machte diese Transformation zu einem Unternehmen, dem in jedem denkbaren Fall das Gelingen attestiert worden wäre. Unterhalb der Einbindung in die Blockkonfrontation blieb Deutschland verdächtig. Die Revisionen und Zäsuren, die aus der Nazigefolgschaft Demokraten machen sollten und die Prozesse und Verfahren, die die Verbrecher bestrafen sollten, waren weder dem Ausmaß der Verbrechen noch dem Konsens, der sie trug, angemessen.

Die offizielle deutsche Geschichtsschreibung bezog sich konstitutiv auf diesen vermeintlichen »Bruch«, um die neue demokratische Tradition abzuheben von der dem historischen Urteil verfallenen Nazizeit. Gleichzeitig verwahrte man sich gegen allzu viele praktische Konsequenzen. Um Entschädigungshöhen wurde gefeilscht, um die Freilassung von Kriegsgefangenen, aber auch von Kriegsverbrechern wurde verbissen gekämpft.

Die Deutschen wussten um die an sie gerichteten Erwartungen, insbesondere darum, dass sie sich von sich selbst, als den ehemaligen Nazis, distanzieren sollten. Alles war anders geworden und alle hatten es erlebt. Insoweit gab es die Kontinuität der Nation, nämlich als gemeinsame Erfahrung. Aber die gemeinsame Erfahrung war keine, die dafür taugte, als Nationalgeschichte ausgestellt und zelebriert zu werden.

Die nächsten 40 Jahre BRD-Geschichte waren durchzogen von einer Spannung zwischen der faktischen genealogischen Kontinuität der Deutschen und der Einsicht in die Notwendigkeit eines Bruchs mit der Kontinuität der Nation.

Anfang der 80er Jahre vergrößerte sich durch zahlreiche Initiativen, die lokale Bedingungen und Aspekte der NS-Judenverfolgung aufarbeiteten, der politische Spielraum. Die Deutschen schienen auch jenseits offizieller Verlautbarungen Einsicht zu nehmen und damit zu zeigen. Kanzler Kohl demonstrierte alsbald eine neue »Unbefangenheit« gegenüber den Hypotheken der deutschen Geschichte, – eine Gegenläufigkeit, die bezeichnend ist. In einem Gespräch mit den Abgeordneten der Knesset anlässlich eines Israel-Besuchs betonte er den genealogischen Aspekt nationaler Kontinuität: »... es ist wie in der eigenen Familie: ob man mit all dem einverstanden ist, was die, die vor einem waren, getan haben oder nicht, man kann sich nicht lossagen ... man trägt das Blut der Familie, die Erbanlagen in sich.«[1]

Das war der Auftakt für eine Reihe von Äußerungen, die nach der gesellschaftlich am ehesten vermittelbaren, politisch einträglichsten und international akzeptiertesten Konstellation von Kontinuität und Diskontinuität forschten. Es galt, eine Lesart deutscher Geschichte zu finden, die mit dem Diskontinuitätsparadigma versöhnt war, um eine nach innen konsensfähige und nach außen unverdächtige Darstellung des erneut starken Deutschlands zu etablieren. Die Weizsäcker-Rede 1985, der Historikerstreit 1986 und die Jenninger-Rede 1988 sind Meilensteine dieser Suche nach Klarheit.

*Methoden und Bedingungen*

Leugnung und Relativierung sind die naheliegenden Methoden, die Kontinuitätslinien offen zu halten. Sie

entlasten unmittelbar gegen den Druck der Schuld, gegen Forderungen und Vorwürfe der Opfer, gegen das schlechte Gewissen. Sie helfen aus der Defensive heraus. Im Rahmen der frühen Debatten wurden solche Positionen häufig verknüpft mit Verurteilungen einzelner Aspekte des NS – die Zeit expliziter Auschwitz-Leugnung war vorbei und noch nicht wiedergekommen.

Aneignung und Durcharbeitung hingegen ist die Methode derer, die das abgespaltene Erbe »bewältigen« wollen, um so auf einer übergreifenden Ebene neue Kontinuität herzustellen. Durcharbeiten und Aneignen kann sich gemäß dieser Zielsetzung nicht radikal am Gegenstand orientieren, sondern muss vielmehr immer auch die Adressaten im Blick haben, d. h. es werden häufig Identifikationsangebote (»Verführte und Verstrickte«) zur Abfuhr innerfamiliärer Spannung und zur Wahrung des Anspruchs auf nationale Versöhnung mitgeliefert. Beliebt ist die Identifikation mit den Opfern und eine Betonung des Schreckens, der Unterschiede zwischen Opfern und Täter einebnet.

II.

1985 wurde der 40. Jahrestag begangen des ..., ja, von was? Weizsäcker sagt: »Jahrestag der Befreiung«, das war bis dahin alles andere als selbstverständlich. Er sagt »Befreiung« aus der Perspektive einer Nachkriegszeit, in der gelernt wurde, dass die Dinge nicht so benannt werden sollten, wie sie damals mehrheitlich empfunden wurden, zugleich ist interessant, was er über das Davor sagt:

»Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. [...] Der Blick ging zurück in den dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft.

Und dennoch wurde es von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war der Tag der Befreiung.«[2]

Getäuscht und im guten Glauben an die Führung betrogen, in Sorge und ohne Bleibe, hatte man am 8. Mai 1945 einen seltsamen Blick: zurück ins Dunkel-Abgründige und nach vorne ins Dunkel-Ungewisse. Was an diesem Tag, nach Weizsäcker, geleistet wurde, war enorm. Zwar noch deutlich von der demokratischen Zukunft entfernt (noch dunkel) aber schon genauso weit von nazistischer Vergangenheit entfremdet (schon dunkel) – sozusagen die halbe Miete. Von da an wurde es »von Tag zu Tag klarer« und heller.

Aber der 8. Mai wird von ihm auch »Tag der Erinerung« genannt: »Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird.«[3] Daraufhin führt er – immer mit der Formel »wir gedenken« eingeleitet – fast alle Opfergruppen des NS auf und schreibt dann fest: »Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger.«

Bemerkenswert ist, wie Weizsäcker die harte Kost des ausführlichen Schuldeingeständnisses einem Teil seiner Zuhörerschaft schmackhaft macht mit ausgesuchten Freundlichkeiten gegenüber den Vertriebenen und ihren Repräsentanten, die z.B. explizit und komplett von Revanchismus freigesprochen werden.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zu diesem Jahrestag ehrt Kohl zusammen mit Reagan in Bitburg Soldatengräber, u.a. auch Gräber von Angehörigen der Waffen-SS. Schön zu sehen, wie die parallelen Bemühungen, Gedenken und Tradition, Bruch und Kontinuität austariert werden. Was immer der Bundespräsident über die Opfer der Deutschen sagt, es wird gut sichtbar relativiert von der Anknüpfung an real erinnerte Empfindungen und Haltungen. Bitburg signalisiert: die alten Kameraden werden nicht der Bewältigung preisgegeben! Weizsäcker signalisiert: von ganz hier oben sieht man, dass zu allererst die Anderen Opfer waren.

*Historikerstreit*

Im Historikerstreit entfalteten sich zwei für die nächsten Jahre maßgebliche Positionen, die wir als Linien verstehen wollen, um ein Moment der Fortschreibung deutlich zu machen. Es sollte klar sein, dass es sich nicht um ideologisch geschlossene Positionen handelt, gar um Fraktionen mit klarer Zugehörigkeit und geschichtspolitischer Strategie, wenn auch einzelnen Arbeitszusammenhängen eine strategische Idee unterstellt werden muss.

Am 6. Juni 1986 eröffnete Ernst Nolte in der *FAZ* das, was später der Historikerstreit genannt wurde, mit der Klage über die »Vergangenheit die nicht vergehen will«, über eine Vergangenheit, »die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.«[4] Er plädierte für eine Normalisierung der Betrachtung dieses Teils der Geschichte und durchbrach den Konsens, den NS – wie auch immer – aus der *deutschen* Geschichte seit dem 19. Jahrhundert zu erklären. Seine zentralen Bestrebungen waren die Relativierung der Shoah durch ihre Einordnung in die Geschichte des Stalinismus (»asiatische Tat«[5]) und die Popularisierung eines Schlussstrichs. Ihm kam es zu, diese Positionen öffentlich und außerhalb rechtsradikaler Zusammenhänge stark zu machen.

Im Anschluss an Nolte hat bspw. Michael Stürmer die Klage über das mangelnde Selbstbewusstsein der Deutschen angestimmt und die »Suche nach der verlorenen Geschichte«[6] angemahnt, was man als Forderung nach einer Reformulierung der Nationengeschichte unter Umgehung von »Auschwitz« verstehen kann. Nicht zufällig diskreditiert er die politische Position »Antifaschismus«, (was dann später Habermas jedoch auch machte).

Die Gegenposition im Historikerstreit betonte die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Massenvernichtunmg. Sie differenziert zwischen Vergleichen und Gleichsetzen. Der Begriff des Zivilisationsbruches wird in diesem Kontext geprägt. Die Schlussstrichforderung wird zurückgewiesen.

Die Differenz zwischen den Linien zeigt sich deutlich darin, wie der von beiden Seiten nun häufig angebrachte Begriff der *Historisierung* besetzt wird. Historisierung ist für die Seite mit dem Schutzpatron Nolte das Brechen von Tabus und Mythen einer in Bewälti-

gungs-Ritualen befangenen Geschichtsschreibung. Entlang dieser Bestimmung bildet sich ein rechter Forschungs- und Publikationszusammenhang, dem eine ganze Reihe Historiker, Politologen und Journalisten zugeordnet werden können.

Für jene in der Debatte, deren Fixpunkt Jürgen Habermas war, bedeutet Historisierung die wissenschaftliche Durcharbeitung des Gegenstands, seriöse Aufklärung, Verbesserung des Forschungsstandes durch Mehrung der Einzelanalysen und Monographien, Anwendung der historischen Analysemethoden auf die Zeit des NS wie auf jede andere Epoche und damit Behandlung des NS als historisch abgeschlossener Zeitspanne.[7]

Es stehen sich also gegenüber, um die Positionen etwas klarer zu konturieren:

Zurückweisung der Schuld mittels des Bestreitens historischer Sachverhalte, Relativierung der Schuld durch den Verweis auf Verbrechen anderer, Angriff auf die im Laufe der 60er, 70er und frühen 80er etablierten Formen bundesdeutscher Gedenkpolitik (die inzwischen anerkennt, dass deutsche Täter Schuld haben an der Ermordung der Juden) im Wege der Kritik an Floskeln und Ritualen, aber eigentlich, um die Anerkennung selbst zu treffen. Dabei macht man sich den Fakt zunutze, dass die Anerkennung der Schuld nicht Konsens ist, sobald es ins Detail geht oder konkret wird. Die Vertreter dieser Seite könnte man als Relativierer oder Leugner bezeichnen. Letztlich ist diese Linie charakterisiert durch das Bestreben, die Kontinuität zu retten, mittels einer Darstellung der Nationengeschichte, für die man sich – summa summarum – nicht schämen muss.

Auf der anderen Seite stehen die, die das Erbe antreten wollen, das der NS »uns« überantwortet hat. Habermas plädierte für einen »autonome(n) Umgang mit ambivalenten Überlieferungen«[8]. Parole: Kritische Aneignung der Geschichte. Das heißt, Betonung der Diskontinuität im Hinblick auf die Zäsur '45, die viel Schlechtes von Gutem trennt, statt Einheit der Nation(engeschichte).

Die Vertreter dieser Seite mag man / frau Aneigner oder Durcharbeiter nennen. Diese Position schleppt den Widerspruch mit, dass sie Identität (neu) konstituieren will, ohne Identifikation zulassen zu können, dass sie Selbstbewusstsein und Nationalstolz auf der Basis von Diskontinuitäten etablieren will und auf der Basis oft nur kognitiv verankerter Kritik am NS: Die innerfamiliaren Bindungen verhindern seit je her einen emotionalen Bruch mit der deutschen Geschichte als der von Vater / Mutter bzw. Oma / Opa veranstalteten.

*Jenninger-Rede*

Dieser Widerspruch ist in klassischer Manier anlässlich der Jenninger-Rede zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms am 10.11.1988 aufgebrochen. Beiseite gelassen die Rahmenbedingungen, die ein skandalisierendes Verständnis der Rede begünstigten, sprach Jenninger genau in den blinden Fleck der auch von Weizäcker stark gemachten Lesart. Jenninger fragte in einer kurzen Passage seiner Rede nach dem Subjekt der Verbrechen, nach der Massenbasis im Sinn einer Begeisterung für das Hitlerregime, nach der Verantwortung aufgrund eines allgemeinen Wissens von den Verbrechen. Dabei hat Jenninger die Bewusstseinshaltung der Deutschen während des NS in erlebter Rede wiedergegeben. Er brach mit der geläufigen Gedenkrhetorik, indem er suggestiv sprach, die Täterperspektive paraphrasierte – aber nicht als ein Akt der Befreiung vom Tabu, sondern intendiert als Akt der Aufklärung.

Für Jenninger ging es darum, sich Rechenschaft abzulegen, »wie es dazu kam, wie es dazu kommen konnte.« Ein Wechsel von der von Aneignern favorisierten Opferperspektive in die Täterperspektive. Indem Jenninger die Verfasstheit »der Leute« ins Spiel bringt, die als Vorfahren unbedingt in die nationale Geschichte integriert werden müssen, treibt er weniger die Relativierer als vor allem die Aneigner zu Proteststürmen. Die Betonung des Bruchs funktioniert nur, wenn das, womit gebrochen werden muss, auf abgrenzbare Bereiche beschränkt bleibt: Nazipartei, SS, Funktionseliten – alle Anderen waren verführt (was nicht schön ist) und verstrickt (was tragisch ist, aber kein Grund den Stab über ihnen zu brechen, im Gegenteil: über Verstrickte richten nur Pharisäer.)

Was Jenninger bzw. der Skandal um seine Rede aufzeigte, war Umfang und Gehalt der Kontinuität, die gebrochen werden müsste, wollte man mit Diskontinuität tatsächlich ernst machen.

III.

Im Zuge des Gewinns der staatlichen Souveränität 1990 wurde die NS-Vergangenheit immer wieder massiv staatspolitisch thematisiert. Das Bestreben war, die inhaltliche Gewichtung, die historische Einordnung, also allgemein die Interpretation zu kontrollieren: verschärftes Deuten statt Verschweigen. Die neugewonnene Souveränität musste noch einmal auf dem Feld der Erinnerungen und Empfindlichkeiten gewonnen werden. Es galt einen Strich zu ziehen, der nicht Schlussstrich heißen konnte, der aber die Vergangen-

heit einhegt und so definiert, dass Deutschland, als eine Nation unter anderen, seine Macht auch außenpolitisch nutzen konnte.

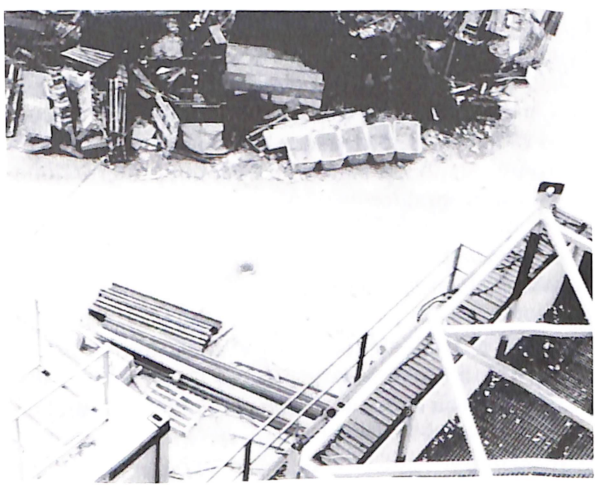
Das Diskontinuitätsparadigma war dabei zentral, um deutlich zu machen, dass Deutschland geläutert war. Der Kontinuitätsaspekt war unverzichtbar, weil die nun endlich auch zu repräsentierende nationale Größe nicht auf Tradition und auch nicht auf historische Leistungen verzichten kann.

Die zwei Linien lassen sich auch weiter herausarbeiten, zumal ihre Protagonisten oft ernsthafte Gegner waren. Letztlich war das auch der Grund, wieso es für Linke geboten schien, sich in den jeweiligen Konstellationen politisch zu positionieren. Zunehmend aber lassen sich die zwei Linien, die sich auch in den 80ern schon an bestimmten Punkten berührten, wie z.B. im Begriff der Historisierung oder Normalisierung, nicht mehr voneinander scheiden. Die beiden Linien wurden – zu Fäden gesponnen – in den 90ern verflochten und stellen heute den Strick dar, an dem die Kritik aufgehängt wird.

Im Folgenden werden einige Ereignisse und Phänomene der 90er Jahre im Hinblick auf das Verhältnis zur Vergangenheit, das sie etablieren, dargestellt und charakterisiert werden.

*Neue Wache*

Die Neue Wache, eingeweiht 1993, ist gedacht als die zentrale Gedenkstätte des vereinigten Deutschland. »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« lautet



die Widmung. Die aufgeblasene Käthe-Kollwitz-Plastik referiert im doppelten Sinn auf die Urmutter: im Sujet und in der Künstlerin. Die Gesamtkomposition nivelliert souverän jeden Unterschied zwischen Opfern und Tätern und funktioniert – gerade weil sie eine pazifistische und keine aggressive Form hat – gut als versöhnlerisch-gefühliger Unterstrom von Relativierung und Schlussstrichforderung.

Das Motto »... Krieg und Gewaltherrschaft« ist nichts Neues, es ziert seit den 50ern diverse Denkmäler. Die Neue Wache verweist so auf die Ähnlichkeiten im Gedenkdiskurs der 50er und der 90er und darauf, dass alte Formen nationaler Repräsentation wieder möglich sind – mit einem wichtigen Unterschied: Außen wurde eine Tafel angebracht mit der »Wir gedenken ...«-Passage der Weizsäcker-Rede; eine versöhnende Geste, die dem Schuldeingeständnis die Referenz erweisen soll.

*Öffentlicher, bekennender und pogromistischer Rassismus.*

Anfang der 90er gab es in rascher Folge Brandanschläge, rassistische Angriffe auf offener Straße bis hin zu Pogromen. Der offiziellen staatlichen Rezeption des »Problems« lag das Postulat zu Grunde: es gibt keine Kontinuität zum NS. Die massenhaften Bezugnahmen auf deutsche Tradition (z.B. Reichskriegsflaggen, Hakenkreuze) wurden ignoriert, Mord- und Totschlagspraktiken wurden als Problem der DDR-Sozialisation verhandelt, später als Probleme von Vereinigungs- oder Modernisierungsverlierern,von orientierungslosen Jugendlichen. Explizit neofaschistische Aktionen, wie die Schändung jüdischer Friedhöfe, die Sprengung von Galinskis Grab, verwiesen nie auf Kontinuitätslinien, sondern immer auf kleine Gruppen Ewiggestriger oder verblendete Einzelgänger. Wahlerfolge entsprechender Gruppierungen wurden zu Protestwählertum erklärt. Es wurde der kontrafaktische Leitsatz etabliert: es gibt in Deutschland keine nennenswerte politische Praxis, die in der Tradition des NS steht und erst recht keine Basis in der Bevölkerung dafür.

*Aufarbeitung des »DDR-Unrechtsstaates«*

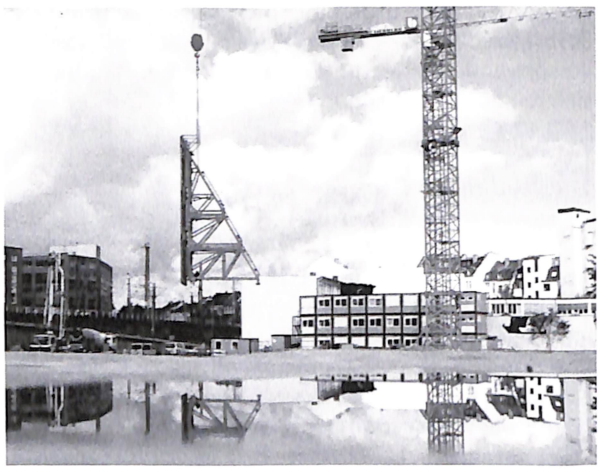
Die Aufarbeitung des »Stasiunrechts«, die ganze Abwicklung der DDR, geschah mit Hilfe der wiederbelebten Totalitarismustheorie. Sie wurde aktualisiert und durch staatliche und justizielle Akte »wahr« gemacht, hat jedoch relativierende Positionen immer gestützt und ist in so fern ein alter Hut. Nur wurden jetzt gerade die Erfahrungen mit der »Aufarbeitung« der NS-Vergangenheit und die Lehren, die man aus der unzureichenden Ahndung der NS-Verbrechen gezogen hat, in Anspruch genommen, um die Abrechnung mit dem »DDR-Unrechtsstaat« zu begründen.

Im Zuge dieses Vorgangs kam es ständig zu Entdimensionierung, Nivellierung und Relativierung von NS-Verbrechen. Regelmäßig war in Statements von den »zwei deutschen Diktaturen« die Rede.

*Offizielle Feiern zum 8. Mai 1995*

Die Schwerpunktverschiebungen in Gedenkdiskursen zeigen sich auch an einem Vergleich zwischen den Feierlichkeiten am 8. Mai 1985 und 1995. Weizsäckers Rede 1985 wurde, wegen des bis dato in der Form nicht erfolgten offiziellen Schuldeingeständnisses mit Nennung fast aller Opfergruppen, als eine Art Befreiungsschlag begrüßt. Das Staatsoberhaupt machte sich zum Sprecher der Aufarbeitung und übernahm stellvertretend die Verantwortung. Durch Erinnerung an die Schuld sollte Erlösung möglich werden.

Zehn Jahre später galt die Bewältigung der Vergan-



genheit in den offiziellen Reden als vollbracht. Zum strittigsten Punkt (Verbrechen der Deutschen vs. Vertriebenenfrage) ließ sich der Bundestag vom polnischen Außenminister bestätigen, dass neben den Polen auch den deutschen Vertriebenen Unrecht getan wurde.

Bundespräsident Herzog erinnerte an Krieg und NS-Zeit als große europäische Katastrophe. Der 8. Mai wurde von ihm aus einer europäischen Perspektive als Tor in eine großartige Zukunft gefeiert. »Das Kriegsende war eine Rückkehr zu den besseren Traditionen Europas und (...) auch Deutschlands. Es war eine Rückkehr in die Zukunft.«[9] Es ging nicht mehr um Befreiung oder Niederlage, sondern um Neubeginn und Anknüpfung an »gute« Traditionsbestände. Der geladene Mitterrand nannte, sicherlich zur Freude der Gastgeber, den 8. Mai einen »Sieg Europas über sich selbst«.[10] Da Aufarbeitung und Versöhnung vollzogen schienen, konnte nun eine übergeordnete Perspektive eingenommen werden, die weder Identifikation mit den Opfern, noch Auseinandersetzung mit den Tätern braucht.

*Wehrmachtsausstellung*

Die Wehrmachtsausstellung war konfrontativ in ihrer Darstellung des Vernichtungskriegs. Das wurde verstanden: Die Zerstörung des Mythos von der sauberen Wehrmacht wurde massiv bekämpft mit Brandanschlägen, Demos, Verweigerung zugesagter Ausstellungsorte, dem Fernbleiben von Eröffnungen. Die Ausstellung legte sich natürlich mit den Leugnern an, die auf die Wehrmacht nichts kommen ließen, aber sie rührte auch am Grundwiderspruch der Aneigner, die (wie erwähnt) nicht jeglichen identifikatorischen Bezug auf den NS zerstören dürfen.

Der Preis für die tatsächliche Aufklärung über die deutsche (Wehrmachts-)Vergangenheit wurde an diesem Punkt, an dem eine Konfrontation mit beiden Linien ins Haus stand, entschieden zu hoch.

Die Wendung, die in erster Linie über die Begleitprogramme und Eröffnungsreden in Gang kam, war frappant. Aus der Thematisierung der Wehrmacht als Gemeinschaft der Täter wurde das Reden über empirische Einzelne, die als Opas und Beteiligte (als Soldatenopas) greifbar waren. Dabei wurden die Einzelnen gleichsam herausgesprengt aus dem Kontext des Verbrecherischen, wurden mit Hilfe des gesellschaftlich bereitstehenden Vokabulars, dass es ein Ende haben müsse mit reflexhaften Verurteilungen und ritualhaften Abgrenzungen, zu Diskussionspartnern. Die auf den Fotos zu sehenden Barbaren, wie sie lachend bei den Galgen standen, waren verschieden von den schwierigen und komplexen Persönlichkeiten, die man nun als Zeitzeugen auszureden lassen hatte und die zum Bezugspunkt intergenerationaler Versöhnung wurden. Das Diskontinuitätsparadigma wurde einem an sich nun wirklich Kontinuität erweisenden Sachverhalt, nämlich den Leben der beteiligten Täter, einfach übergestülpt. Der Gewinn für die Bereinigung der Nationalgeschichte, den diese Leistung abwarf, kann kaum überschätzt werden.

*Entschädigung der Zwangsarbeiter*

Aus der Dynamik, die durch die zahlreichen Thematisierungen der letzten 15 Jahre entfacht wurde, entstanden gelegentlich nicht intendierte Konfrontationen. Diese wurden mit harten Bandagen und recht großem medialen Echo geführt und, sobald sie beendet oder entschärft waren, als Verarbeitungsleistung gepriesen. Zu denken ist dabei etwa an die Forderung nach Entschädigung der Zwangsarbeiter, in Gang gesetzt durch die Drohung mit Sammelklagen gegen deutsche Großunternehmen. In der bundesdeutschen Diskussion dominierte die Idee der Interessensabwägung zwischen zwei Parteien auf Kosten der Einsicht in Ausmaß und Bedeutung der Zwangsarbeit. Systematisch wurde das Zwangsarbeiterwesen im NS verharmlost und in seiner Bedeutung, gerade auch für die Prosperität im Nachkriegsdeutschland, herunter gespielt. Nachdem eine so genannte Einigung erzielt war, gab es Almosen mit großer Geste. Die »Lösung des Problems« gereicht dem Vergangenheitsaufarbeiter Deutschland zur Ehre und bekommt internationalen Vorbildcharakter.

*Walsers Paulskirchen-Rede*

Walsers Preisrede stellt insofern eine Zäsur dar, als das erste Mal seit dem Einstieg in die Durcharbeitungspraxis, also seit Anfang der 80er, öffentlich und an herausragender Stelle die Schuldanerkenntnis verweigert wurde. In der Paulskirche, anlässlich der Verleihung des Friedenspreis des deutschen Buchhandels, reklamierte Walser die Freiheit des Gewissens gegen die Macht der »Moralkeule«. Er hat genau registriert, dass trotz aller Verarbeitung und konsensualer Bewältigung ein erhebliches Potenzial an Widerstreben und Verdruss aufgelaufen ist. In der klassischen Form einer Selbstzuschreibung der Opferolle verhalf er diesen psychischen Energien bei seinem Publikum zum Durchbruch. Der (fast) ungeteilte Beifall zeigte, dass die Zeit reif war, auch einmal hochoffiziell gegen den guten, den defensiven Ton zu verstoßen. Ignaz Bubis, von der Republik als Mahner und Wächter der Menschenrechte ausgeguckt, blieb mit seiner Bestürzung allein.

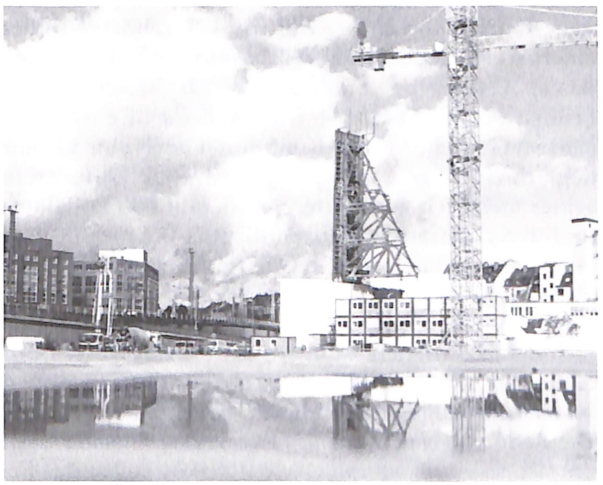
IV.

*Versöhnung*

Dann ist Deutschland in den Krieg gezogen. Ungeniert wurde Auschwitz als Argument für staatspolitische Zwecke in den Dienst genommen. Lehren ziehen wurde zu einer der beliebtesten Übungen.

Der Kosovokrieg wird mit der deutschen Vergangenheit an der Seite geführt. Sie gibt ein Argument ab für einen völkerrechtswidrigen Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr in einer Region, in der schon die Wehrmacht gewütet hatte. Der Staat Deutschland beruft sich in der Person seines Außenministers auf Auschwitz wie auf etwas Deutschland äußeres.

Die deutsche Geschichte ist von nun an ein Reservoir von Rechtfertigungen und Begründungen von Interventionsansprüchen, sie steht als bewältigte zur Verfügung. In dieser Perspektive kommt »Aufklärung« den Leugnern und Relativierern zu Gute, nun müssen, nach erfolgter deutscher Sühne, auch



die »Verbrechen der Vertreibung« gesühnt und entschädigt werden. Die Vertriebenenverbände, die alte Bastion der Leugner, wird in die demokratische Gemeinschaft integriert. Ihrem Anspruch auf Institutionalisierung und Repräsentation, auf ein Zentrum, wird entsprochen. All das auf der Basis bewältigter Verbrechen, nicht auf der ihrer Leugnung! Das Feuilleton feiert die Überwindung alten Lagerdenkens, wenn »endlich ohne Tabus« über dies und das im NS geredet werden kann.

Wer gegen die Fortschreibung der Kontinuitäten den Bruch stark machte, als konstitutives Element für Fortschritt, Zivilgesellschaft und Demokratie, sieht sich am Ziel. Und wer die vom Schuldeingeständnis implizit verstoßene Generation (z. B. Landser) oder Tradition (z. B. Firmentradition) nicht preisgeben wollte, freut sich, dass heute alle möglichen Sprechpositionen sanktionslos eingenommen werden können, dass außer Hitler und einer Handvoll führender Nazis nichts und niemand komplett diskreditiert ist. Es stehen sich keine geschichtspolitischen Kontrahenten gegenüber, es gibt heute keine Konfliktlinie mehr, an der grundsätzlich antagonistische Deutungen gegeneinander gestellt würden.

Es wurde durchgearbeitet *und* es wurden Schlussstriche gezogen, es wurde *im* Prozess der Entschädigung relativiert und deutsche Opfer sind *mit* dem Hinweis auf jahrzehntelanges Schweigen im Gespräch wie nie.

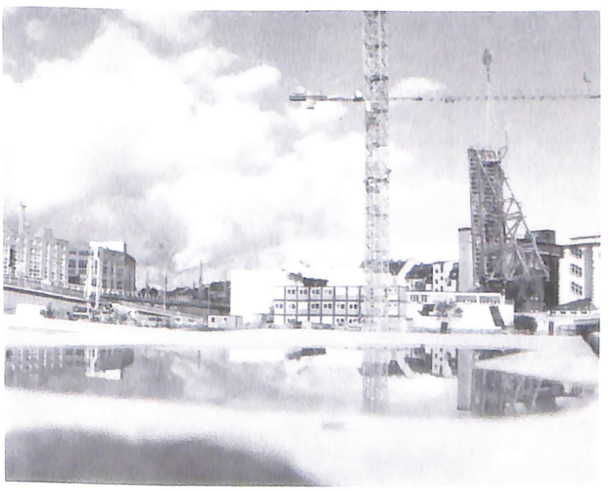
Beide Linien, Durcharbeiter und Leugner, reflektierten letztlich auf die Nation, auf ihre Zukunft und auf die mögliche Form, in der das Gebilde Deutschland verfasst sein könnte, mental, politisch und kulturell. Beide Positionen reflektierten auf die Verbrechen Deutschlands nicht als ihren eigentlichen Gegenstand, sondern als Element, das eine Herausforderung für ihren eigentlichen Gegenstand darstellt.

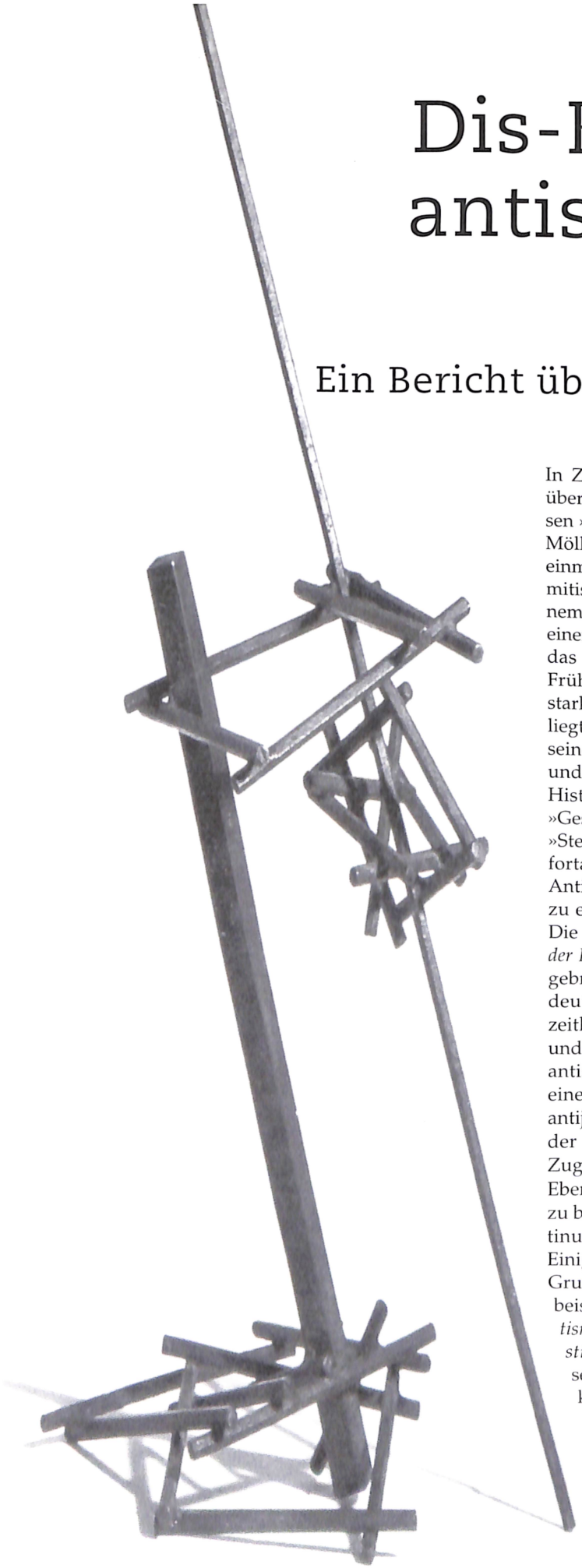
Wer aus anderen, denn aus nationalen Gründen die Verbrechen zur Sprache bringen wollte, hat heute nicht nur keinen Bündnispartner, er hat heute keinen diskursiven Anknüpfungspunkt mehr.

Das galt es zu belegen. Ein bisschen Thematisierung hier, etwas Durcharbeiten da, ist recht – als Vervollkommnung des Gelungenen. Das Projekt der Aufklärung des NS war ein Teilprojekt der Vergangenheitsbewältigung zum Wohle der Nation. Nach dem Verlust dieser Einbettung wegen Erfüllung des übergeordneten Zwecks muss die Ausrichtung des Projekts der Aufklärung des NS völlig neu überdacht werden.

*cehka*

**#1** Zit. nach Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999, S. 203
**#2** Richard von Weizäckers Rede vor dem Deutschen Bundestag 1985. http://www.bundestag.de/info/parlhist/dok26.html
**#3** Ebd.
**#4** Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987, S. 39
**#5** Ebd. S. 45
**#6** Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land. In: Die Dokumentation ..., S. 38
**#7** An diese Bestimmung schloss die Kritik von Saul Friedländer an, die in die Broszat / Friedländer-Debatte mündete. Nicht nebensächlich scheint zu sein, dass eine nicht-rechte Kritik an diesem sich als fortschrittlich begreifenden Historisierungsbegriff von außen kommt.
**#8** Jürgen Habermas, Ein Art Schadensabwicklung, in: Die Dokumentation ..., S. 72
**#9** Zit. n. Dubiel, S. 271
**#10** Zit. n. ebd., S. 272





# Dis-Kontinuität antisemitischer Diskurse

## Ein Bericht über eine Pariser Tagung

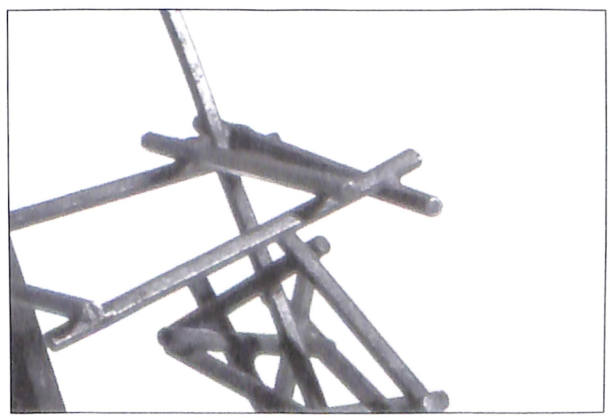
In Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen über einen Anstieg des Antisemitismus, oder gar dessen »Rehabilitierung«[1] in Deutschland, wie es sich mit Möllemann und Walser im Jahr 2002 zeigte, stellt sich einmal neu die Frage nach der Kontinuität des Antisemitismus. In der Tat scheinen die u.a. von Walser in seinem Roman »Tod eines Kritikers« verwendeten Bilder einer Art antisemitischen Wörterbuch zu entstammen, das spätestens im 19. Jahrhundert, frühestens in der Frühen Neuzeit verfasst wurde. Dass in einer sehr starken Gewichtung der Kontinuität auch eine Gefahr liegt, davor warnte beispielsweise Detlev Claussen in seiner mehrfach geäußerten Kritik an Léon Poliakovs undifferenzierten Antisemitismus-Begriff[2]. Der Historiker Poliakov hatte mit seiner mehrbändigen »Geschichte des Antisemitismus«[3] zum einen eine Art »Steinbruch« (Claussen) geschaffen, aus dem sich fortan alle bedienen konnten, die sich historisch mit Antisemitismus beschäftigen, zum anderen aber auch zu einer Verallgemeinerung des Begriffs beigetragen. Die Rede von *einer Geschichte des Antisemitismus* bzw. *der Idee des Antisemitismus*, wie Poliakov selbst das Ergebnis seiner Arbeit im Vorwort des V. Bandes der deutschen Ausgabe nannte (S. 7), ebnet ein, dass es zeitlich und regional bezüglich Ursachen, Funktionen und Auswirkungen sehr große Unterschiede zwischen antisemitischen Diskursen gibt. Es kann zwar von einer Kontinuität bezüglich antijüdischer Haltungen, antijüdischer Bilder und antijüdischer Maßnahmen seit der Antike bis heute insgesamt gesprochen werden. Zugleich ist es aber notwendig, auf verschiedenen Ebenen auf einer großen Zahl von Differenzierungen zu bestehen. Shulamit Volkov spricht daher von »Kontinuität und Diskontinuität« des Antisemitismus.[4] Einige Autorinnen und Autoren plädieren aus diesem Grunde für markante begriffliche Unterscheidungen beispielsweise zwischen *Antijudaismus* und *Antisemitismus*, zwischen *kulturellem Antisemitismus* und *rassistischem Antisemitismus*, zwischen primärem und sekundärem Antisemitismus. Letztlich kann nur am konkreten Beispiel verdeutlicht werden, worin die Kontinuitäten und worin die Diskontinuitäten bestehen. Mit dem Ziel, hier für den Zeitraum von 1848 bis 1939 ein genaueres Bild zu zeichnen, fand in Frankreich eine mehrtägige Konferenz statt.

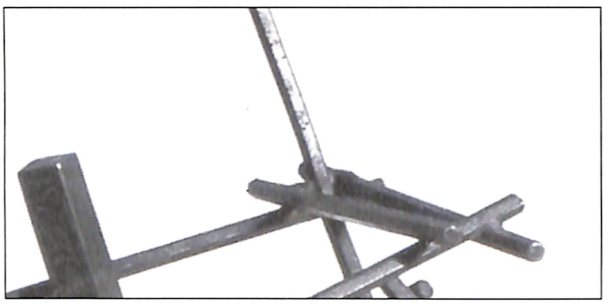
Das Kolloquium zu dem Thema der Bilder und Repräsentationen von Juden im 19. und

20. Jahrhundert (*Images et représentations des Juifs* (1848-1939)) fand vom 21. bis zum 23. November 2002 an drei verschiedenen Orten statt: im Pariser *Musée d'art et d'histoire du Judaïsme* (Museum für Kunst und Geschichte des Judentums), an einem Sitz der Versailler Universität in der *ville nouvelle* St.-Quentin-en-Yvelines, ein Ort, an dem stadtplanerische Irrwege der siebziger Jahre manifest geworden sind, und, wieder in Paris, in der festungsartigen Nationalbibliothek »François Mitterand«. Mit dem Kolloquium wurde der Anspruch verfolgt, so dessen Hauptorganisatorin Marie-Anne Matard-Bonucci einleitend, die Kontinuitäten antijüdischer Politik, die in den Repräsentationen von Juden und Jüdinnen sichtbar werden, zu behandeln und zur Diskussion zu stellen. Zunächst einen Kontrast bildende Imagos vom »Betteljuden« oder vom »jüdischen Ausbeuter« ließen sich zusammenfassen als Versuche, Juden zum Fremden, radikal Anderen / ganz Anderen zu machen. Die antijüdischen Stereotype ließen sich dabei als Teile einer Matrix des modernen Antisemitismus verstehen, wobei sich stets die Frage nach den christlichen Wurzeln des modernen Antisemitismus stelle, den Matard mit dem politischen Antisemitismus gleichsetzte[5]. Matard plädierte für ein Verständnis des modernen Antisemitismus, in dem religiöse Elemente gleichermaßen festzustellen sind wie nationalistische und ökonomisch-soziale; antijüdische Stereotypen in die Konstruktion eines Nationalcharakters Eingang fänden. Antisemitismus als kultureller Code spiele nicht nur in politischen Texten eine Rolle, wie sie Pierre-André Taguieff in seiner Studie »L'antisémitisme de plume« (Paris 1999) untersucht habe, sondern auch in der politischen Karikatur, wie sie beispielsweise in Édouard Drumonts antisemitischer Zeitschrift *La Libre parole* (1892-1924; *Supplément La libre parole illustrée* 1893-1897) eingesetzt wurde.

Weitere Akzente des Kolloquiums lagen auf der Thematisierung jüdischer Selbstbilder und auch auf Typisierungen jüdischer Figuren in Literatur und Film, auf wissenschaftlichen Konstruktionen in anthropologischen und medizinischen Diskursen. Obgleich ein weiterer Blickwinkel angestrebt war, richtete sich der Fokus der meisten Vorträge auf Frankreich und dort auf den Zeitraum der Dritten Republik (1870 bis 1939), nicht zuletzt aufgrund der Fülle des zugänglichen Bildmaterials. Dafür dass diese Fokussierung immer wieder dazu führte, dass die über diesen Zeitraum hinaus bestehenden Kontinuitäten beispielsweise in Bezug auf die Verwendung antisemitischer Bilder nur am Rande behandelt wurden, zum Teil vollends aus dem Blick gerieten, bildeten die sehr kurz gehaltenen Diskussionen (oft nur 10 Minuten nach zwei Stunden mit sechs Vorträgen) ein sehr schwaches Korrektiv.

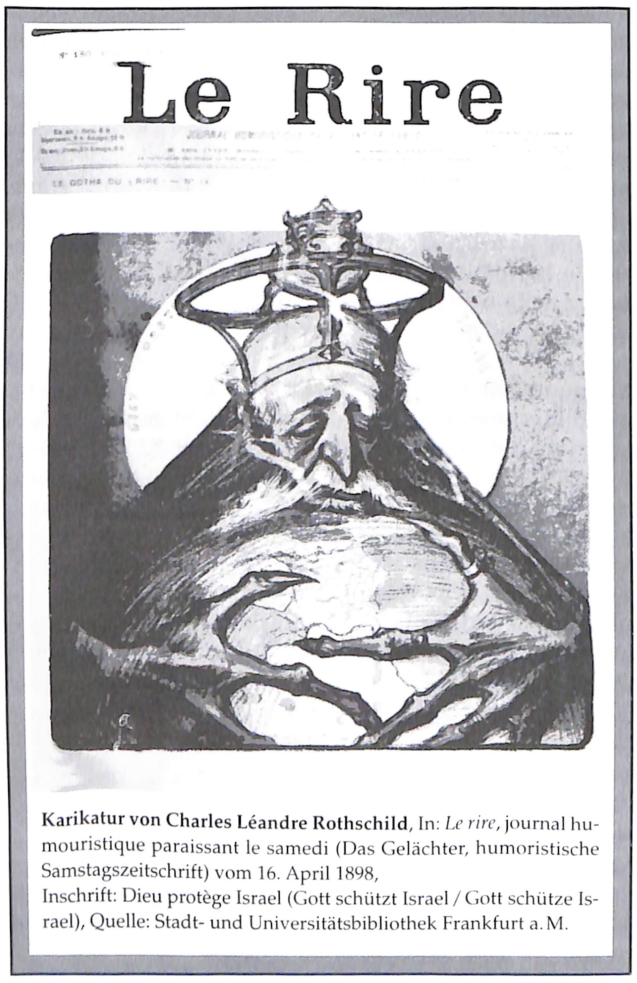
Doch gerade da auf dieser Tagung die besondere Rolle der Massenmedien vor allem im Zeitraum des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts – oft als Vor- oder Frühgeschichte der Kulturindustrie bezeichnet – konzeptionell Berücksichtigung fand, verstellte sich der Blick auch bei einer Zentrierung der Betrachtung auf Frankreich nicht für den Vergleich mit anderen europäischen Ländern, vor allem Italien und Deutschland. So waren es nicht nur Titel wie Drumonts »La France juive« (Erstauflage 1886), in deutscher Übersetzung im selben Jahr noch verstärkt als »Das verjudete Frankreich« erschienen, die Neuauflage für Neuauflage zu einer länderübergreifenden Rezeption antisemitischer Diskurse geführt hatten, sondern auch und meines Erachtens vorrangig die Vielzahl von Bildmedien, satirische Bildpresse, Plakate, Postkarten. Dies implizierte zum einen, dass vor allem zwischen französischen und deutschen Satirezeitschriften ein reger Austausch von Karikaturen stattfand, die mit einer Übersetzung der Bildlegende in vielen Fällen in einer eigenen Rubrik für Karikaturen aus dem Ausland veröffentlicht wurden. Zum anderen kann auch die Entstehung eines europaweiten Bildvokabulars des Antisemitismus, auf das Karikaturisten in der Folge immer wieder zurückgreifen konnten, nur in diesem Zusammenhang verstanden werden, eine Tatsache, auf die Matard-Bonuccis Abschlussvortrag mit dem Beispiel des »Juif-monde« [siehe S. 18], verwies. Matard bezeichnete hierbei die Karikatur als Vektor der Internationalisierung des Antisemitismus, eine These, die sich auch im Hinblick auf antisemitische Karikaturen, die sich auf den Nahost-Konflikt beziehen, als fruchtbar erweisen könnte. Matard konnte anhand einer Reihe von Bildern die Karriere dieses Bildmotivs, das sie treffend als die ikonographische Umsetzung des Themas der jüdischen Weltverschwörung charakterisiert, bis zur Vichy-Propaganda aufzeigen, sprach sich jedoch für eine Differenzierung aus, welche die unterschiedlichen Effekte dieser Karikaturen und die Art des verwendeten Mediums berücksichtigt. Ihre Vorrednerinnen Ursula Koch (München), Karine Michel (Aix-en-Provence) und Valeria Galimi (Pisa) hatten eine Fülle von Material aus Deutschland, Frankreich und Italien präsentiert, das für sich die These der Kontinuität zu stärken schien. Während die Münchner Professorin Koch auf eine Darstellung der Bandbreite der Bildmedien in Deutschland abzielte, dabei jedoch nur eine sehr grobe, in diesem Zusammenhang nicht ausreichende Klassifizierung nach dem Links-rechts-Schema vornahm, traktierte die Kulturanthropologin Karine Michel das Publikum mit einer Vielzahl von Karikaturen aus dem Stürmer, die sie mit Allgemeinplätzen kommentierte. Ein solches Ungleichgewicht zwischen präsentiertem Material und Interpretation kann sich fatal auswirken. Erst Galimis Vortrag führte mit der von ihr gewählten vergleichenden Perspektive bezüglich französischer, italienischer und deutscher Karikaturen wieder analytische Kategorien ein. An-





hand von Beispielen aus Zeitschriften zeigte Galimi auf, dass tatsächlich die selben Bilder und Symbole durch unterschiedliche Kontextualisierungen verschiedene Bedeutungen annehmen, die sie von einer Polysemie der Bilder sprechen lassen.

Der Zeitschriftenherausgeber und mit einem Selbstverständnis als Kulturhistoriker Karikaturensammler Eduard Fuchs, vielen über Walter Benjamins Aufsatz »Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker« bekannt[6], hatte in seiner als illustriertes Buch herausgegebenen Sammlung »Die Juden in der Karikatur«[7] schon 1921 die Grundlage dafür geschaffen, dass man auch ohne Monate in Bibliotheken und Archiven zu verbringen, sich einen Überblick verschaffen kann, in welchem Maße von einer antijüdischen Bildsprache in Europa gesprochen werden kann, aber auch, dass eben im 19. und frühen 20. Jahrhundert eine erhebliche Vereinheitlichung und möglicherweise auch Reduzierung der verwendeten Vokabeln stattfand. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass Fuchs Werk selbst einem Text enthält, in dem antisemitische Muster verwendet werden. Dem deutschen Verlag, der 1985 einen Reprint von Fuchs Band herausgegeben hatte, ist vorzuwerfen, dass er darauf verzichtete, es mit einem kritischen Vorwort zu versehen, ein fataler Fehler, den dann auch viele, die sich aus der Sammlung bedienen und sich darauf beziehen, wiederholen. Auf diese Weise wird immer wieder auf eine Situierung dieser wichtigen Quelle verzichtet – leider auch auf der Pariser Tagung.




**Karikatur von Charles Léandre Rothschild**, In: *Le rire*, journal humouristique paraissant le samedi (Das Gelächter, humoristische Samstagszeitschrift) vom 16. April 1898,
Inschrift: Dieu protège Israel (Gott schützt Israel / Gott schütze Israel), Quelle: Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M.

Das wäre nur eine Randbemerkung, wenn dieses Phänomen nicht symptomatisch, auf dieser und auf anderen Tagungen, in Diskussionsbeiträgen in Zeitungsfeuilletons, in wissenschaftlichen Texten immer wieder festzustellen wäre: die Verwendung von Stereotypen wird beschrieben, jedoch nicht kontextualisiert, nicht in einen diskursiven Zusammenhang gebracht. So kommen auch viele ReferentInnen in Paris nicht wirklich zu einer Aussage über die tatsächliche Verbreitung und Wirkungsmacht antisemitischer Diskurse, sondern bleiben bei einer sehr ausschnittartigen Zusammenstellung stehen.

Die bloße Aufzählung von Beispielen kann ein Bild erschreckender Übermacht antisemitischer Diskurse in der Geschichte zeichnen, aus der sich vorschnell Zwangsläufigkeiten ableiten lassen. Übersehen wird dabei schnell, dass es zumindest für den Zeitraum bis 1918 Bilddiskurse gab, die eine sehr differenzierte Gegenstrategie dokumentieren, dass die »Macht der Bilder« (Titel eines Ausstellungskatalogs zum Thema Antisemitismus) auch von denjenigen eingesetzt werden kann und wurde, die sich gegen Antisemitismus stell(t)en. Hierfür stellt die Dreyfus-Affäre um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Frankreich das Beispiel par excellence dar. Die Auseinandersetzung mit den Diskursen um Antisemitismus und seine Bekämpfung in dieser Zeit ist gerade aus heutiger Sicht sehr interessant und aufschlussreich. Wird in der Forschung vor allem in Bezug auf Deutschland nach 1945 von latentem Antisemitismus gesprochen und so dem Zeitraum davor gegenüber gestellt, so gibt es in Frankreich, auch im Vergleich zu Deutschland, widersprüchliche Diskurse über Jüdinnen und Juden, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten hegemonial werden. Die starke Präsenz von Diskursen der Verteidigung gegen Antisemitismus führt so zeitweise auch zu Phänomen, die einen verdeckten Antisemitismus dokumentieren. In diesem Zusammenhang sollte auch gesehen werden, dass, wie sich auch am Beispiel Fuchs illustrieren ließe selbst in die Diskurse der Verteidigung immer wieder antijüdische Muster Eingang finden – eine Tatsache, die in Paris nur gelegentlich aufschien, sicher hätte ausführlicher behandelt werden können.

Bertrand Tillier konnte am Beispiel des Malers Alphonse Lévy (1843-1918) aufzeigen, wie dessen mit dem Anliegen einer positiven Darstellung gezeichneten Bilder von Elsässer Juden, tatsächlich auch von Antisemiten als Illustrationen ihrer Theorien aufge-

fasst wurden. Die folklorisierende Sprache von Lévys Bildern hebt sie aus dem politischen Zusammenhang, in dem sie der Maler haben wollte, öffnet sie negativen Deutungen. Zwischen dem Entwurf jüdischer Selbstbilder und ihrer Verbreitung scheint, so Tillier, ein gesellschaftlicher Transformationsprozess zu liegen, der zu erheblichen Bedeutungsverschiebungen führen kann.[8]

Aufgrund der zeitlichen Begrenzung bis 1939 konnte auf der Pariser Tagung leider nicht über aktuelle Beispiele diskutiert werden. Ohne den VeranstalterInnen zu unterstellen, sie hätten dies intendiert, wies das Kolloquium die »Bilder und Repräsentationen von Juden« in die Geschichte zurück. Die auch für den behandelten Zeitraum eher schwach beleuchtete Kontinuität antijüdischer Diskurse, wird hiervon noch überschattet. Der Verzicht auf die Reflexion der Perspektive, die sich aus der Erfahrung mit heutigen Bildern ergibt und die auch ohne erwähnt zu werden ihre Präsenz, Einfluss auf die Rezeption der historischen Beispiele nimmt, ist zu bedauern. So ist es kaum möglich, diese Veranstaltung als gesellschaftspolitische Intervention aufzufassen. Gerade in Frankreich wäre ein politischer Beitrag namhafter HistorikerInnen sehr interessant geworden, da hier der Zusammenhang von Antisemitismus und Israelkritik kontrovers diskutiert wird.

Wie schon auf der insgesamt gelungenen politischen Veranstaltung der Frankfurter Institute im Juni letzten Jahres am Beitrag Axel Honneths deutlich wurde, scheuen sich manche Akademikerinnen und Akademiker vor einer allzu dezidierten Stellungnahme. Mit dem Versuch, möglichst genau zu differenzieren, Gleichsetzungen zu vermeiden, sprach Honneth gegen die eigentlich laut Ankündigung der Veranstaltung zugrundeliegende These von einer »Rehabilitierung des Antisemitismus«. Nach harschen Angriffen aus dem Publikum in die Defensive geraten wand sich Honneth etwas. Er redete sich mehr und mehr in einen akademischen Rückzug hinein, betonte, dass er nicht als Person, sondern als Vertreter einer Institution, des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, spreche.

Gerade die – auch diskontinuierliche – französische Tradition politischer Interventionen durch SchriftstellerInnen, JournalistInnen, AkademikerInnen seit Zolas »J'accuse« , dessen Erscheinen zweifelsohne als Gründungsmoment der Geschichte kritischer Intellektueller angesehen werden kann, zeigt, dass sich Kräfteverhältnisse tatsächlich verändern können. Hierzu können AkademikerInnen beitragen, nicht nur indem sie ihr Wissen, sondern auch indem sie ihren gesellschaftlichen Status strategisch einsetzen, um sich und anderen Gehör zu verschaffen. Hier gilt es offensiv zu sein und die Genauigkeit der Darstellung in ein Gleichgewicht zu der Eindeutigkeit politischer Aussagen zu bringen. Die Selbstreflexion, auf die Forschung nicht verzichten darf, steigt nicht aus dem Staub der Studierstube auf, eher noch aus öffentlichen Veranstaltungen, denen es gelingt, aus dem inhaltlichen Austausch zu gesellschaftspolitischen Interventionen zu kommen.

*Regina Schleicher*

**#1** Ein Zusammenschluss mehrerer Frankfurter Institute und Organisationen (darunter u.a. das Fritz-Bauer-Institut, das Sigmund-Freud-Institut, das Institut für Sozialforschung, medico international) hatte im Juni 2002 zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Zur aktuellen Rehabilitierung des Antisemitismus durch Walser, Möllemann u.a.« eingeladen.

**#2** Claussen äußerte seine Kritik unter anderem in den Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus (Frankfurt 1987), S. 31, 56 und in seinem Vorwort der deutschen Ausgabe von Poliakovs Vom Antizionismus zum Antisemitismus (1992; frz. Originalausgabe von 1969).

**#3** Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus. 8 Bände (Worms und Frankfurt / M. 1977 bis 1988).

**#4** Von Kontinuität und Diskontinuität des Antisemitismus spricht Volkov beispielsweise in Bezug auf den deutschen Antisemitismus in Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert (München 1990), S. 54ff.

**#5** Zu den Begriffen: In der Antisemitismusforschung werden die Begriffe moderner Antisemitismus und politischer Antisemitismus nicht einheitlich verwendet. Verstehen ein Teil der AutorInnen den modernen Antisemitismus als die Form des Antisemitismus, die den religiös motivierten Antijudaismus insofern ablöst, als dass sie einem Wechsel der Herrschaftsform Rechnung trägt, so vertreten andere, dass schon mindestens seit der frühen Neuzeit Darstellungen bekannt sind, in die zumindest ökonomische Motive eingingen, zugleich aber noch in einem anderen Kontext stünden. Es ist sicher eine Definition des modernen Antisemitismus zu privilegieren, die mehrere Faktoren berücksichtigt, auch einbezieht, inwiefern nationalistische und rassistische Muster in die antisemitischen Diskurse eingehen.
Es empfiehlt sich meines Erachtens zugleich, den Begriff des politischen Antisemitismus stärker einzugrenzen. Bleibt die politische Wirksamkeit und Einsetzbarkeit jeder Form des Antisemitismus unbestritten, so ist es doch in Bezug auf den Zeitraum ab 1848 sinnvoll, ihn ausschließlich in Bezug auf Organisationen zu verwenden, die bewusst bzw. vordergründig antisemitisch agieren. Durch eine engere Definition des Begriffs kann deutlicher zwischen diesen Gruppierungen und anderen, die zum Teil auch antisemitische Muster verwenden, sich zugleich aber politisch gegen den ansteigenden Antisemitismus stellten, unterschieden werden.

**#6** Der Aufsatz Benjamins ist u.a. erschienen in Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie (Frankfurt / M 1963), S. 65ff.

**#7** Eduard Fuchs: Die Juden in der Karikatur (München 1921, Reprint Berlin 1985).

**#8** Beispiele befinden sich in Fuchs, Die Juden in der Karikatur (1921 / 1985), S. 158, 262 und 263. Leopold von Sacher Masochs Geschichtensammlung Jüdisches Leben (1892 / 1986) enthält Illustrationen von Lévy.

# décadence naturelle

## rassismus/sexismus/antisemitismus oder die perversen ränder des hegemonialen körpers





01.

Während das verhältnis von rassimus und sexismus seit den interventionen von women of colour häufig diskutiert wurde und politische effekte bis in die theorien des dekonstruktivistischen feminismus und die debatten der antirassitischen grenzcamps gezeitigt hat, sind die geschlechterkonstruktionen antisemitischer diskurse wenig erforscht oder haben zumindest in den linken debatten zu antisemitismus keinerlei relevanz. Während sich die feministische debatte seit anfang der achtziger hauptsächlich auf die täterinnenschaft von frauen konzentriert hat, also eher die geschlechlichkeit der antisemitischen subjekte denn die der antisemitischen bilder untersucht hat, gibt es eine breitere jüdische debatte, die sich hauptsächlich mit dem geschlechterverhältnis im judentum selbst auseinandersetzt. Texte, die an der schnittstelle der beiden debatten operieren, neigen nicht selten dazu, die geschlechterkonstruktion im judentum mit jener antisemitischer diskurse zu vermengen, was häufig die unbeabsichtigte konsequenz zeitigt, dass der antisemitismus an die jüdinnen rückgekoppelt wird. Entgegen solcher erklärungsversuche, beharrt der vorliegende text auf der antirassistischen erkenntnis, dass beide ebenen strikt zu trennen sind: Mit den jüdinnen hat das antisemitische ressentiment nichts zu tun.

Im folgenden soll sich weder vornehmlich mit dem antisemitismus von frauen beschäftigt werden noch mit den geschlechterverhältnissen in »dem« judentum, das im singular sowieso nicht existiert. Thema wird vielmehr sein, welche bilder von geschlecht und sexualität antisemitische diskurse produzieren und

zirkulieren lassen und wie diese bilder in beziehung bzw. im kontrast zu jenen stehen, die rassistische diskurse erzeugen. Dabei kann es freilich nicht darum gehen, die diskurse in ihrer widersprüchlichen komplexität und historischen wandelbarkeit umfassend zu rekonstruieren. Der versuch besteht eher darin, mit einer feministisch-perversen taschenlampe die spotlights so zu setzen, dass sich die rassistischen und antisemitischen bilder von geschlecht und sexualität nachzeichnen und ihre logiken entziffern lassen.

02.

Einem ehemaligen anführer der black panther, eldridge cleaver, zufolge, weist der rassistische diskurs den von ihm hervorgebrachten subjekten geschlechtlichkeit auf folgender achse zu: ultramaskuliner schwarzer mann, maskuliner bis effeminierter weißer mann, maskulinisierte, virile schwarze frau, ultraweibliche weiße frau. Der weiße mann sichere sich seine überlegenheit, schütze seine – gekränkte – männlichkeit, durch die ihm über seine stellung im produktionsprozess zufallende kontrolle. Kontrolle der schwarzen sexualität. Während der weiße mann nämlich sowohl mit der maskulinen, weil als offensiv sexualisierten schwarzen frau und mit der ultraweiblichen weißen frau sexuelle beziehungen eingehen darf, ist die verbindung von schwarzem mann und weißer frau tabu. Jene verbindung wird infolge des tabus aber in besonderem maße exotisiert. Und zwar sowohl für schwarze männer, als auch für weiße männer, deren angst darin besteht, die schwarzen männer könnten die reinheit ihrer weißen frauen beschädigen, genauer ihnen ihre männlichkeit, ihren rang streitig machen. (meinecke 2001: 50)

Dazu passt, dass die überwiegende mehrzahl der in der us-amerikanischen pornosparte »interracial sex« vorfindbaren darstellungen, schwarze männer mit weißen frauen zeigt. Im gegensatz zur als möglicherweise ultraultrafeminin konstruierten asiatischen frau, die häufig mit muskulösen westlichen / us-amerikanischen, weißen männern gezeigt wird[1], scheint sich die verbindung schwarze (maskuline) frau – weißer mann nicht so recht in den mainstream des pornographischen diskurses einzupassen, der als halböffentlicher gerade (auch) die funktion hat, tabuisiertes begehren zu artikulieren.

Der rassistische diskurs erscheint hier als ein männlicher, als einer, der das konkurrenzverhältnis von weißen und schwarzen heterosexuellen männern verhandelt. In dieser hetero- und androzentrischen perspektive sind frauen eine der waren, deren ungleiche allokation, verteilung rassistisch organisiert wird. Aber freilich ist auch weibliches begehren rassistisch überdeterminiert, was sich nicht nur am zunehmen jener sextourismusangebote zeigt, die sich an weiße frauen richten, sondern auch an kontaktanzeigen, die nicht selten besonders männliche männlichkeit als schwarze, migrantische benennen. Gleichzeitig findet sich die tabuisierung von interracial begehren auch in schwulen / queeren zusammenhängen. Bezeichnungen wie snow queen für schwarze drag queens welche weiße partner bevorzugen und dinge (slang dreckig, schmutzig) queen für solche mit heller hautfarbe und bevorzugt dunkelhäutigen partnern haben nicht nur eine allgemein diskriminierende bedeutung, sie schreiben auch eine rassistische hierarchie fest.

Bestätigen ließe sich die oben aufgemachte these, dass der rassistische diskurs geschlechtlichkeit entlang einer achse anordnet, auf der schwarzer mann und weiße frau die äußeren pole bilden, möglicherweise auch an der von butler und hooks am film paris is burning diskutierten beobachtung, dass rassifizierte drag-queens ein ideal weißer weiblichkeit impersonieren. Die attribute weiß und feminin sind also verknüpft und scheinen einander zu verstärken.

Auf der anderen seite lässt sich feststellen, dass professionelle bodybuilder, wie sie auf den sportkanälen und in einigen spezialzeitschriften zu bewundern sind, zumeist ein ideal muskulöser schwarzer männlichkeit verkörpern. Aufgrund der in diesem genre üblichen, exzessiven solariumbestrahlung lassen sich rassische zuordnungen kaum noch vornehmen, gleichzeitig schrumpft die geschlechtliche differenz vermittelt über testerongestützten muskelaufbau auf einen rosastreifen zusammen, den einige bodybuilder über den brustwarzen tragen.

03.

Ebenso wie die rassistischen bildproduktionen schwarzen eine überbordende sexualität zuschreiben, weist auch der antisemitische diskurs den jüdinnen oder juden eine anstandslose begierde, geilheit zu. Die konstruktion von geschlecht und sexualität verläuft im antisemitischen diskurs aber anders als im rassistischen. Im gegensatz zur schwarzen frau, macht die promiskuität der jüdischen frau diese keineswegs zu einem begehrenswerten, wenngleich schmutzigen objekt, sondern wird ihr als männliche eigenschaft attributiert. Ebenso geht das unstillbare verlangen des jüdischen mannes nicht mit einer gesteigerten männlichkeit einher, wie für den schwarzen mann beschrieben. Vielmehr wird der jude als wenig potent bis impotent konstruiert. Die paradoxe gleichzeitigkeit von permanenter geilheit und geringer sexueller potenz, mangelhafter »manneskraft« ist paradigmatisch für den antisemitischen diskurs. Dies lässt sich beispielsweise auch an walsers roman »tod eines juden«zeigen, dessen jüdische hauptfigur, andré ehrl-könig, zwar

jede konversation, jeden smalltalk mit beständigen anzüglichkeiten spickt und keine literaturkritik ohne schmutzigen witze verlaufen lässt gleichzeitig aber aufgrund seiner vorschnellen ejakulation die »nullbefriedigung schlechthin« ist, weswegen er sich vornehmlich für junge mädchen interessiert.

Im antisemitischen diskurs mangelt es dem jüdischen mann nicht nur an manneskraft, sondern an männlichkeit allgemein. Zentrum dieses diskurses um beschädigte männlichkeit ist die beschneidung des männlichen genitals. Die beschnittene vorhaut führt in der antisemitischen vorstellung zu einem verkrüppelten, verkürzten penis, welcher als symbol für eine verkrüppelte männlichkeit gelesen wird.

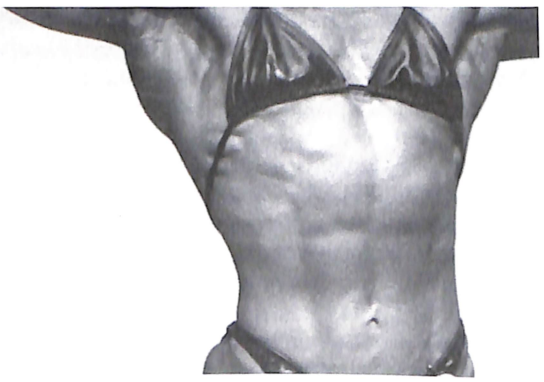
Das zusammenwirken von genital und anderen körperteilen, vor allem dem gehirn aber auch ohren oder nase ist eine blüte, die der antisemitische medizinische und anthropologische diskurs, vorwiegend in den studien zur physiognomie der jahrhundertwende, treibt. Diese so genannte reflextheorie basiert auf der annahme einer korrelation verschieder organe und spezifiziert hier insbesondere den nexus zwischen genital / geschlechtsorgan und anderen körperteilen oder beschwerden. Analog zu den studien über hysterie, deren ursprung in den eierstöcken und der klitoris (»masturbationsschwachsinn«) gesehen wurde - zum zwecke der heilung entfernte »man« selbige –, galt die krumme jüdische nase als indiz für das beschädigte männliche glied.(hödl 1997: 164-222) Im medizinischen diskurs des 19. und beginnenden 20. jahrhunderts rückte der beschnittene und somit verkrüppelte penis in die nähe des weiblichen genitals. Ebenso wie frauen war der jude diesen deutungen zufolge seines intakten geschlechtsteils beraubt, kastriert. Es sollte nicht überraschen, dass zu lebzeiten sigmund freuds auch von der klitoris als »der jud« gesprochen wurde. Freud selber vermutete in der sich in diesen bildern niederschlagenden kastrationsangst die wurzel des antisemitismus.

Im antisemitischen diskurs ist der körper des jüdischen mannes also ein weiblicher. Er gilt als besonders anfällig für alle modernen nervenkrankheiten, so eben auch die hysterie, sei von kleinem, schwächlichen wuchs, habe einen den frauen vergleichbaren brustumfang und ähnlich schmale schultern. Selbst die stimme verrät einen weiblichen charakter. Es ist eine »sich bis zum überschlagen steigernde stimme« – so walsers beschreibung des ehrl-könig – eine fistelstimme. Der jüdische ethnologe adolf jellinek meinte sogar die weiblichkeit des jüdischen volkes mit der stimme beweisen zu können: bassstimmlage gebe es bei juden viel seltener als bariton. (gilman 1994: 75)

Da im rassistischen antisemitismus des frühen zwanzigsten jahrhunderts der »sozialcharakter« aus der »biologie« physiognomisch abgeleitet wird, verweist das jüdische körpergeschlecht auch auf ein entsprechendes soziales geschlecht. Paradigmatisch lässt sich diese antisemitische sex / gender verknüpfung am folgenden zitat des wiener professoren für anthropologie robert stigler aufzeigen: »Die somatischen geschlechtsmerkmale [sind] bei juden auffallend häufig verwischt. Es finden sich bei juden anscheinend besonders häufig frauen mit relativ schmalen becken und relativ breiten schultern und männer mit breiten hüften und schmalen schultern. Sehr wichtig ist das bei juden bestehende bestreben, unter verkennung der bedeutung der wichtigkeit der sekundären geschlechtsmerkmale, welche beim normalen menschen instinktiv beibehalten und gefördert werden, die sozialen und beruflichen unterschiede zwischen mann und weib auszugleichen.« (gilman 1994: 241f.)

Das jüdische geschlechterverhältnis ist somit als spiegelbild heteronormer zweigeschlechtlichkeit konstruiert. Der jüdische mann ist nicht nur weder in der lage eine frau angemessen zu befriedigen noch sie angemessen zu unterdrücken, sondern lässt sich im gegenteil von jener beherrschen und zur verrichtung weiblicher tätigkeiten zwingen. Die jüdin wird in diesen bildern als »mannsweib« konstruiert: Sie opfert ihre weiblichkeit ihrer emanzipation, ist dominant und auf die befriedigung ihrer sexuellen lust aus. Sie stellt damit eine bedrohung der patriarchalen ordnung und der privilegien der braven deutschen frau dar, eine »kampfemanze«, welche die deutsche frauenbewegung gleichzeitig anheizt und korrumpiert. Der sozialist und antisemit eugen dühring meinte etwa, jüdinnen hätten die frauenbewegung zu einer »geschäftsagitation niedrigster sorte verkehrt« und damit die »besseren frauen« abgeschreckt. Infolgedessen habe sich die frauenbewegung einem aggressiven egalitarismus zugewendet, »äffe« also lediglich die fehler der männer nach. (jakubowski 1995: 203)

04.



Wie die konstruktion biologischer zweigeschlechtlichkeit körperteile, z.b. die so genannten genitalien vergeschlechtlicht und zu zeichen macht, die gleichzeitig als identifikationscode funktionieren und auf das ganze des geschlechts verweisen, an denen sich die »wahrheit« des geschlechts entziffern lässt, so sezieren auch der rassistische antisemitismus und der koloniale rassimus den körper und schneiden teile aus, aus denen sie zeichen formen. Hintern, haare (rassismus) (hooks 1994, 83ff), nase, vorhaut (antisemitismus). Ein breiter diskurs anfang des zwanzigsten jahrhunderts meint zum beispiel, an der form der weiblichen brust, ließe sich die »rassenzugehörigkeit« ablesen. (gilman 1998: 67)

Indem die körper zerlegt werden, lassen sie sich nach maßgabe der rassistischen und antisemitischen prämissen neu zusammensetzen. Die produktion ein-

zelner körperteile als zeichen erlaubt die stereotype identifizierung und hierarchisierende kategorisierung der körper. Die verschränkung der verschiedenen zeichenebenen macht es dabei möglich, die vom rassistischen / antisemitschen diskurs konstruierten körper auf einer geschlechtlichen achse anzuordnen. Von männlich nach weiblich gelesen, ergibt sich dabei folgende anordnung: schwarzer mann – jüdische frau – schwarze frau – asiatischer mann – jüdischer mann – (weiße) frau – asiatische frau. ,

Weil weiße männlichkeit das ideal, die unmarkierte norm ist, um welches sich die anderen zuschreibungen zentrieren, als dessen abweichung sie konstruiert sind, fehlt der weiße mann in dieser aufzählung (achse). Weiß ist ebenso wenig eine farbe, wie männlich ein geschlecht ist: anders sind immer die anderen.

Dabei verhindert schon die vielschichtigkeit von geschlechtlichkeit die eben vorgenommen eindimensionale anordnung der körper. Es geht nicht nur um mehr oder weniger weiblich / männlich, sondern eher um unterschiedliche weiblichkeiten / männlichkeiten. Die schwarze weiblichkeit ist als potente, sexualisierte auch aktive konstruiert, während die asiatische eher eine kindliche, passive, lolitahafte weiblichkeit meint. Gleichzeitig geht auch der rassistische diskurs nicht in der konstruktion der dichotomie schwarz / weiß auf, sondern produziert eine vielzahl ethnisierender zuschreibungen, die in komplexen (inneren) wechselverhältnissen zueinander stehen. Die terminologische verkürzung von rassismen auf rassimus dient hier der besseren kontrastierung zu geschlechterkonstruktion in antisemitischen diskursen, deren besonderheit herausgearbeitet werden soll.

In dieser perspektive scheinen »die schwarzen« die vorstellung der bürgerlichen gesellschaft über ihre eigenen ursprünge, das wilde, naturhafte zu repräsentieren, während jüdinnen eher für das unnatürliche, entartete stehen. in diesem sinne lässt sich auch die unterschiedliche geschlechterkonstruktion entziffern, die im rassistischen diskurs mit rohheit, animalischer körperlichkeit, ursprünglicher triebhaftigkeit und unzivilisierter patriarchalität operiert. Dies lässt sich belegen auch am antiarabischen rassismus, der sich im zeichen des kopftuchs der fortschrittlichkeit des westens gegenüber dem patriarchalen, rückständigen orient versichert. Demgegenüber verweist die ungehemmte sexualität, die jüd / innen zugeschrieben wird, weniger auf deren behaupteten nähe zur natur, auf ein fehlen von zivilisation, als vielmehr auf ein zuviel an jener. Das geschlechterverhältnis im antisemitischen diskurs wird nämlich gerade als dekadent, entnatürlicht, pervers, modern beschrieben. Der berühmte sexualforscher richard von krafft-ebing vertrat etwa in seiner »psychopathia sexualis« die these, dass die zivilisation »durch gesteigerte inanspruchnahme des nervensystems immer wieder entartete formen der sexualität zum vorschein« (gilman 1994: 196) bringe. Jüd/innen, »deren krankhaft gesteigerte sinnlichkeit und sexuelle erregung« nach krafft-ebing »zu ätiologisch bedeutungsvollen geschlechtlichen verirrungen« führe, gelten dabei als verkörperung genau jener als verwerflich erfahrenen effekte der kapitalistischen modernisierung: als kosmopolitane, intellektuelle stadtmenschen, heimatvergessen und wurzellos, lediglich ihrem individuellen gewinnstreben, dem »geldscheffeln« verpflichtet. Diesen komplex aus materialismus, individualismus und perverser sexualität hat der sexualforscher auguste forel bündig in dem begriff »amerikanismus« gefasst. Interessanterweise taucht dieser komplex unter anderen gesellschaftlichen und historischen bedingungen auch bei dem islamistischen antisemiten sayyid qutb wieder auf, der juden für die »doktrin des atheistischen materialismus«, für die »zerstörung der familie« und für die »doktrin der animalistischen sexualität« verantwortlich macht. (*jungle world* 48 / 2002: d2) Daraus wird erkennbar, dass die »animalische« und perverse sexualität, die jüd/innen zugeschrieben wird, zumeist gerade nicht mit deren besonderen naturhaftigkeit, sondern mit derem gegenteil, der hypermodernen dekadenz begründet wird. Die umkehrung, pervertierung der heteronormativen zweigeschlechtlichkeit, die jüd/innen zugeschriebene grenz- und zwischengeschlechtlichkeit (transgender) unterwandert dabei ebenso wie »die relative häufigkeit der homosexualität bei juden.« (der psychater alexander pilcz, gilman 1994: 241) die natürliche ordnung von patriarchat und familie. Als angeblich queere figuren stellen jüd/innen keine unzivilisierte nähe zur natur, sondern eine bedrohung für jene dar und damit für all die legitimatorischen und herrschaftsstabilisierenden effekte, die mit dem konstrukt der natur verbunden sind.

05.

Aber selbst durch die brüche hindurch ist diese scheidelinie zu sauber gezogen. Denn der antisemitismus ist sich nicht selbst identisch, er ist nicht der ewige, gegen ort und zeit indifferente antisemitismus, auch wenn er als solcher erscheinen mag. Antisemitische diskurse sind ebenso wie rassistische widersprüchlich und wandelbar. Und gerade auch darin liegt ihre gefährlichkeit, die von schnellen und letzten antworten warnen lässt.

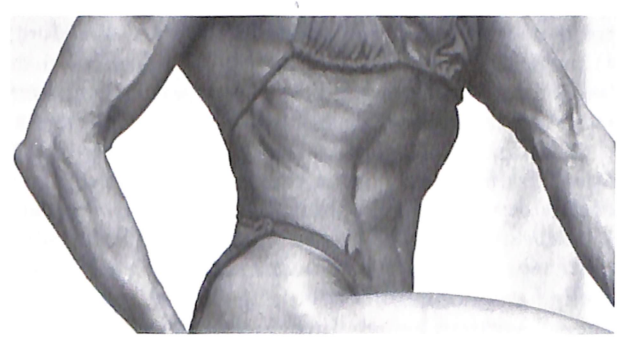
So muss eine genauere betrachtung der geschlechterkonstruktionen antisemitischer diskurse, die nicht vorschnell eine logik, gar eine innere rationalität identifizieren will, beispielsweise in den blick nehmen, dass das bild der maskulinen jüdin, des feministischen mannsweibs nicht die einzige, wenn auch die dominanteste konstruktion »jüdischer weiblichkeit« ist. Neben ihr existieren bilder von der jüdin als schöne,

sexuell begehrenswerte oder auch gefährliche frau, die denen rassisierter weiblichkeit streckenweise nicht unähnlich erscheinen. Die »klassische« konstruktion der »schejnen jiddin« lässt sich dabei relativ genau auf die progressiv konnotierten/kontextualisierten diskurse der »judenemanzipation« begrenzen. die schöne jüdin, ist zumeist als ein junges, naives aber durchaus intelligentes mädchen gezeichnet, das mit einem christlichen mann ein liebesverhältnis eingeht und sich bereitwillig missionieren und aus der patriarchalen enge der jüdischen religion befreien lässt. Als ein auf die judenemanzipation begrenzter verschwindet dieser diskurs gegen ende des 19. jahrhunderts. Dies möglicherweise auch, weil er mit der zunehmenden effeminierung des jüdischen mannes konfligierte und weil sich die charakterisierung der schejnen jiddin als sexuell keineswegs enthaltsame zum hegemonialen ideal »natürlicher weiblichkeit« entwickelte. (von braun 1995: 191). Das hierzulande vor allem aus dem antiarabischen rassismus bekannte stereotyp von der besonderen patriarchalität des judentums, das in den diskursen um die schejne jiddin auch schon mitschwingt, ist hartnäckiger. Es findet sich beispielsweise bei den schüler/innen des mutterrechtlers bachofen (der auch von friedrich engels rezipiert wurde), die das jüdische nicht für die verweich- und verweiblichung der modernen gesellschaft, sondern für den niedergang des mutterechts verantwortlich machten, ohne sich unbedingt im widerspruch zur nationalsozialistischen ideologie zu wähnen. Es findet sich auch bei georg groddeck, einem der führenden nichtjüdischen vorläufer der psychoanalyse, der eine interpretation der beschneidung lieferte, die der oben beschrieben hegemonialen genau entgegengesetz war: »Wenn [die juden] die vorhaut abschneiden«, schreibt er, »so beseitigen sie damit die zwiegeschlechtlichkeit des mannes, sie nehmen das weibliche an dem männlichen fort.« Folgerichtig gibt es für groddeck »kein volk auf erden, das so ausgeprägt männlich ist, wie das jüdische.« (gilman 1994: 128) Ein gespenstisches fortleben finden diese stereotype in den theorien so mancher christlich-feministischer theologinnen, in denen der weibliche jesus dem vaterzentrierten judentum gegenübergestellt wird und »die juden« zu den erfindern des patriarchats gemacht werden; eine trope, die sehr deutsche wellen schlägt, wenn gleichzeitig noch das patriarchat zur ursache des nationalsozialismus, also zur judenvernichtung, erklärt wird. In einem theologisch-feministischen text von 1986 heißt es: »wir erleben am schicksal des ›auserwählten volkes‹, wohin der weg des menschen führt, der aggressionen abspaltet und die ordnungen der großen herrin des lebens verlässt. Israel hat sich auf das geschäft mit der macht eingelassen. Dafür wird es ›verwüstet‹ am tage der bestrafung.« (ziege 1995: 191)

Eine deutliche und ahistorische unterscheidung der geschlechtliche logiken von antisemitismus und rassimus wird schwierig auch dadurch, dass die konstruktion jüdischsein am anfang des 20. jahrhunderts und vor allem im nationalsozialistischen antisemitismus eine rassische ist. Juden werden darin nicht nur mit frauen, sondern auch mit schwarzen analogisiert. Im medizinischen diskurs anfang des zwanzigsten jahrhunderst wird als beleg für die ähnlichkeit von schwarzen und jüd/innen und ihre gleiche entartung, abweichung von der deutschen norm, beispielsweise die geringere anzahl von uteruskrebs und selbstmorden bei jenen angeführt. Die »fleischigen lippen« der juden gelten als überbleibsel ihrer »negroiden einflüsse«. Noch im 19. jahrhundert galt den antisemitischen diskursen als das zentrale körperliche zeichen nicht die »jüdische nase«, sondern die »jüdische schwärze«. Jene war ausdruck von krankheit im allgemeinen und syphilis im besonderen, was wiederum auf die perverse sexualität verwies. Die gleichung, die sich dabei also ergab war jüdisch = schwarz = pervers.

Gleichzeitig ist auch die rassistische geschlechterkonstruktion keineswegs homogen und historisch unverändert, auch dann nicht, wenn sich bei der betrachtung auf die konstruktion schwarzer männlichkeit/weiblichkeit beschränkt wird. Schwarze frauen repräsentieren keineswegs nur das bild exotisierter sexualität und gefährlicher anziehungskraft, sie werden auch als abstoßend und hässlich beschrieben, insofern sie dem ideal weißer, blonder weiblichkeit nie entsprechen können. Das bild der schwarzen mammy, das zu einem der populärsten und vielleicht auch ältesten gehört, fällt aus diesem rahmen ohnehin raus. Aber auch die schwarze männlichkeit ist keineswegs so eindeutig hypermaskulin, wie sie eingangs gezeichnet wurde. Denn von der hegemonialen, bürgerlichen männlichkeit, die gekennzeichnet ist durch autonomie und macht, sind rassisierte männer infolge der rassistische arbeitsteilung, die weitgehend mit der geistiger und körperlicher arbeit in eins fällt, ausgeschlossen. Da in der konstruktion des männlichen autonomen subjekts fremdbeherrschung und selbstbeherrschung ineinander verschränkt sind, geht mit der unfähigkeit, qua sozialer stellung macht auszuüben auch die unfähigkeit einher, sich selbst zu kontrollieren, triebverzicht zu leisten. Insofern ist die unkontrollierte sexualität und aggressivität, die schwarzen männern im rassistischen diskurs zugewiesen wird, als abweichung vom ideal autonomer männlichkeit zu lesen. Die körperlichkeit, potenz des schwarzen mannes kompensiert den mangel an sozialer macht und bringt gleichzeitig eine effeminierungseffekt hervor, da den eigenen körper zum objekt zu machen, für den blick des anderen herzurichten, weiblich konnotiert ist.

06.



Lässt sich also keine klarheit in das komplexe gewirr sich widersprechender und einander überlappender

zuschreibungen bringen? Oder ist vielleicht schon der anspruch pervers, licht in eine sache bringen 'zu wollen, die per definitionem düster ist? Muss eine kritik, die aus dem vorurteil eine logik herausschälen will, sich nicht vorwerfen lassen, einem naiven aufklärungsbegriff aufzusitzen? Schließlich handelt es sich bei rassismus und antismitismus selbst dann, wenn sie sich zu verwissenschaftlichen versuchen, nicht um gewöhnliche »theorien«. Verwissenschaftlicht können Sie zwar an ihren inneren widersprüchen der unwahrheit überführt, aber dadurch noch lange nicht ihrer wirkmächtigkeit beraubt werden.

Vielleicht muss der versuch einer erklärung, statt die überschüssigen oder minoritären diskurse vereinfachend abzuschneiden, an genau dieser widersprüchlichkeit ansetzen. Ist sie nicht möglicherweise ein notwendiges konstitutiv für das funktionieren antisemitischer und rassitischer diskurse? Wie lässt sich dann die flexibilität konkreter zuschreibungen bei gleichzeitiger starrheit der diskriminierenden signifizierung an sich beschreiben und erklären?

Warum können schwarze männer gleichzeitig feminin und ultramaskulin, jüdinnen gleichzeitig an der entstehung des patriarchats und an dessen niedergang schuld sein? Und warum kämen dennoch rassistinnen nie auf die idee, ihre bis an die grenze der beliebigkeit ausgedehnten zuschreibungen auch auf weiße auszudehnen? Warum bleibt die konstruktion schwarz und die hierarchie, in der sie zur konstruktion weiß steht, unangetastet?

Gerade die ambivalenz, die unsinnige widersprüchlichkeit der stereotype lässt die option, dass die auseinanderstrebenden zuschreibungen von den schwarzen, den jüd/innen selbst zusammengehalten würden, dass sie der referent seien, der die identität der diskurse garantierte, ausscheiden. Die rassistischen / antisemitischen bilder sind keine abbilder, denn es gibt schlechterdings keinen menschen, der solch entgegengesetzte eigenschaften in sich vereint. Dass die markierten subjekte nicht die referenz der bildproduktion stellen, dass sie bei beim zeichenprozess buchstäblich abwesend sind, lässt sich auch daran erkennen, dass es einen antisemitismus ohne jüdinnen gibt und dass der rassismus häufig dort besonders hoch ist, wo der migrantinnenanteil besonders niedrig ist: in ostdeutschen dörfern oder in us-amerikanischen vorstädten beispielsweise.

Wenn also die widersprüchlichen zuschreibungen überhaupt von subjekten zusammengehalten werden, von subjekten ihre identität garantiert bekommen sollten, dann nicht von den bezeichneten, den rassifizierten und als jüdinnen identifizierten, sondern von den bezeichnenden, von den antisemitinnen und rassistinnen. So gesehen spiegeln die klischees, zuschreibungen und stereotype keine eigenschaften schwarzer oder jüdinnen, sondern subjektanteile der hegemonialen subjektivität – allerdings solche, die bei der konstruktion der hegemonialen (in der regel also: weißen, heterosexuellenn, männlichen, bürgerlichen) identität ausgeschlossen, verworfen werden müssen. Dieses verworfene, was das subjekt durch die permanente gefahr seine wiederkehr bedroht, wird von dem unerwünschten eigenen, zu dem anderen, zu den anderen transformiert. Die ontologische differenz, die zwischen dem bereinigten subjekt und seinem anderen installiert wird, die unüberbrückbare kluft zwischen schwarz und weiß beispielsweise, verspricht sicherheit. Je ontologischer, umso sicherer.

Die widersprüchlichkeit, ambivalenz der zuschreibungen verweist somit auf eine notwendigkeit für das funktionieren der diskurse hin. Die stereotype müssen offen sein, damit sich möglichst viel in sie hineinpacken lässt, damit so ziemlich alles, was irgendwie stört dort seinen platz findet, wo es sicher vor heimkehr verwahrt und bekämpfbar ist. Die widersprüchlichkeit und vielfältigkeit dessen, was ausgeschlossen werden muss (die überbordende lust ebenso wie die impotenz) spiegelt sich in den bildern über die ausgeschlossenen wieder. Dass es sich bei den bildern der antisemitischen und rassistischen diskurse um verworfene (und in sich widersprüchliche) anteile des hegemonialen subjekts handelt, erklärt nicht nur die innere widersprüchlichkeit der stereotype, sondern auch die ambivalenz des hegemonialen subjekts bezüglich seiner produktionen. Das verworfene eigene, ist gleichzeitig das verachtenswerte, hässliche fremde und das anziehende, erotische, geheimnisvolle, von dem das subjekt nie gänzlich loskommen kann.

Handelt es sich bei rassimus und antisemitismus, bei der mörderischen gewalt jener vergesellschaftungsformationen also eigentlich um ein »pseudopsychoanalytisches drama des subjekts« (zizek 2002: 19) Sind »die schwarze« oder »der jude« doch nur kontingente füllungen eines eigentlich leeren signifikantens, austauschbar gegeneinander und prinzipiell mit allem zu-, vollzuschreiben? Nein, denn die relative festigkeit der diskurse verhindert ein austauschen der signifikanten schwarz und jüdisch. Sie verweist auf unterschiedliche tradierungen und institutionalisierungen historischer erzählungen, in der die geschichte des kolonialismus als eine gänzlich andere als die des antijudaismus aufgehoben ist. Die bedrohung, die der rassismus imaginiert, kommt eher von außen, von vorne, während die des antisemitismus von innen, von hinten kommt. Dass rassistinnen schwarze wahlweise für den niedergang des patriarchats oder für dessen entstehung verantwortlich machen, ist ebenso wenig vorstellbar, wie dass ihnen die schuld an den weltkriegen, den finanzcrashs, der außenpolitik der usa zugeschrieben wird. Die relative festigkeit der diskurse verweist somit auch auf eine unterschiedliche (nichtinstrumentelle, nichtintentionale) funktionalität, die den antisemitischen diskursen anders als den rassistischen unter den bedingungen kapitalistischer warenproduktion zukommt. Aus dieser perspektive richtet sich der rassismus eher nach unten, in die vergangenheit, während der antisemitismus in einer systemstabilisierenden geste eher nach oben, in die zukunft weist.

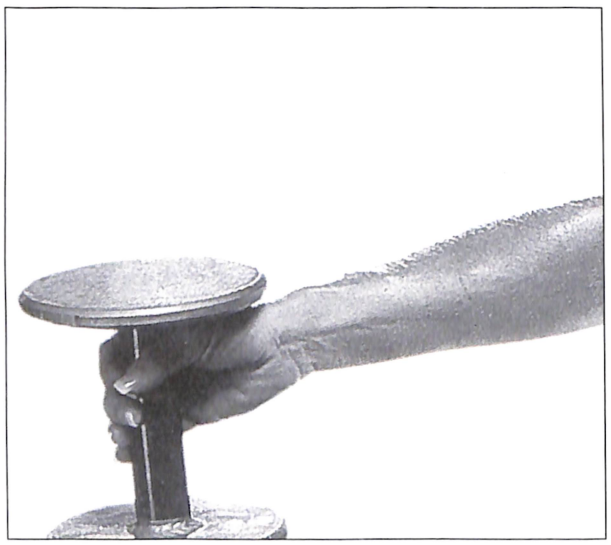
*bini adamczak + bine flick*

**#1** Asiatische männer tauchen hier fast nie auf. Und wenn doch, dann sind sie zumeist als »schwul«, als »memmen« oder beides konstuiert.
Auf der ebene des mainstreammediendiskurses lassen sich ähnliche konstruktionen finden. Besonders nett kann man den memmenasiaten anhand der serien startrek oder voyager beobachten. Aber

auch jackie chan stellt als figur – zwar angesichts des bösen durchaus wehrhaft – eher einen unterwürfigen, schüchternen samariter dar, als einen male fighter a la bruce willis.

**Literatur:**


*.* borderline: wie die nase eines mannes, so seine menstruation. zur geschlechterkonstruktion in antisemitischen diskursen, in: *sinistra!*, 1 / 2003.
*.* braun, christina von 1995: antisemitische stereotype und sexualphantasien, in: jüdisches museum der stadt wien (hg.), die macht der bilder, wien
*.* gilman, sander l. 1994: freud, identität und geschlecht, frankfurt/m
*.* ders. (hg.) 1998: »der shejne jid« – das bild des jüdischen körpers in mythos und ritual, wien
*.* ders.1998: »die rasse ist nicht schön« – »nein, wir juden sind keine hübsche rasse«, in: ders. (hg.): »der shejne jid« – das bild des jüdischen körpers in mythos und ritual, wien
*.* hödl, klaus 1997: die pathologisierung des jüdischen körpers, wien
*.* hooks, bell 1994: black looks, berlin
*.* jakubowski, jeanette 1995: »die jüdin«, in schoeps / schloer: antisemitismus. Vorurteile und mythen, münchen
*.* meinecke, thomas 2001: hellblau, frankfurt / m
*.* ziege, eva-maria 1995: die »mörder der göttinnen«, in schoeps / schloer: antisemitismus. Vorurteile und mythen, münchen
*.* zizek, slavoj 2002: die revolution steht bevor: dreizehn versuche über lenin, frankfurt / m

JUNGLE-WORLD.COM

Jungle World

☐ Krieg
☐ Frieden
☐ Abo

☐ **Ja, ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* jetzt 5 Wochen lang für nur 10 Euro im Probeabo testen.**

**Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zehneuroschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.**

Name

Vorname

Straße, Nr.

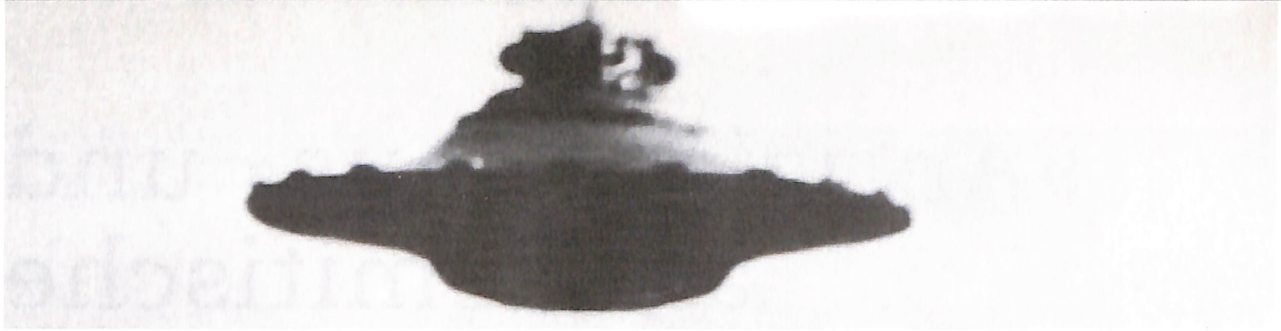
PLZ, Ort

**Bitte ausfüllen und einsenden an:**
**Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin**

# »Antizionismus« und antisemitische Verschwörungstheorien in der politischen Linken

## Sozialistische Schauprozesse

Im Dezember 1952 wird Paul Merker von der Staatssicherheit der DDR verhaftet. Nach monatelangen Verhören wird er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Bereits seit Ende der 1940er-Jahre sind noch andere ehemalige Mitglieder des Bundes Freies Deutschland (BFD), einer kommunistischen Exilgruppe in Mexiko während des Zweiten Weltkriegs, wie Alexander Abusch, Erich Jungmann und Leo Zuckermann aus politischen Organisationen ausgeschlossen und verhört worden. Der Vorwurf: Es handele sich bei ihnen um »zionistische Agenten«, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR verhindern wollen. Tatsächlich hat der BFD nichts weiter getan als im mexikanischen Exil eine andere Position zur Shoah zu vertreten als die Mehrheit der Exilkommunistinnen und -kommunisten: nicht nur Unterstützung für den Staat Israel von Seiten eines sozialistischen Deutschlands, sondern auch die finanzielle Entschädigung der Shoah-Überlebenden und die Rückgabe des von den Nazis geraubten, so genannten »arisierten« Vermögens an die Jüdinnen und Juden. Das Zentralkomitee der SED macht daraus 1954: »Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung des jüdischen Vermögens nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus.« Zeitgleich mit der Verhaftung Merkers werden die jüdischen Gemeinden in der DDR durchsucht und deren Vorsitzende verhört. Auch hier der Vorwurf: Sie seien »zionistische Spionagezentralen« des »US-Imperialismus«. Über ein Viertel der damaligen 3500 Mitglieder der jüdischen Gemeinden flieht aus Angst vor erneuten staatlichen Verfolgungen sieben Jahre nach der Shoah aus dem sich als »antifaschistisch« verstehenden Deutschland.



Das ZK der SED beruft sich bei dieser Verfolgung auch auf die »Erkenntnisse« aus dem Schauprozess 1952 in der CSR gegen Rudolf Slánský und dessen »zionistisches Verschwörerzentrum«. In der Abstrusität der Anschuldigungen wird deutlich, dass der Anklage antisemitische Verschwörungstheorien zugrunde liegen: Slánský und die anderen Angeklagten sollen, wie es in der Anklageschrift heißt, sowohl für Fehlinvestitionen, Vermögenstransfers ins Ausland als auch für die Verteuerung von Fleischwaren und Stromabschaltungen verantwortlich sein. Sie hätten »das fortschreitende Ansteigen des Lebensniveaus« bedroht und »aus unserer Wirtschaft ungeheure Wuchergewinne« herausgepresst. Der Generalsekretär der tschechoslowakischen KP Slánský, bis zu seiner Verhaftung der nach dem Parteivorsitzenden Klement Gottwald zweitmächtigste Politiker der CSR, und sein »Verschwörerzentrum« hätten den »Sicherheitsapparat« unterwandert, um sich »vor der Enthüllung zu schützen«, und eine »ausgedehnte, planmäßige Spionage« betrieben. (Zur gleichen Zeit werden neun »Kreml-Ärzte« in der Sowjetunion verhaftet, von denen sechs aus jüdischen Familien stammen und denen vorgeworfen wird, im Auftrag »zionistischer Organisationen« Stalin ermorden zu wollen. Zuvor ist das Jüdische Antifaschistische Komitee, dessen Vorsitzender im Januar 1948 ermordet wurde, aufgelöst worden, weil es angeblich die Krim in eine »jüdische Republik« umwandeln wollte, um einen »Brückenkopf des amerikanischen Imperialismus« zu schaffen.) Elf der vierzehn Hauptangeklagten werden zum Tode verurteilt, die Leichen der Hingerichteten verbrannt, und die Asche auf den Straßen vor Prag verstreut. Insgesamt werden in dieser Säuberungswelle gegen »Repräsentanten des slowakischen Nationalismus«, »Trotzkisten« und »Zionisten« in der CSR 178 Todesurteile vollstreckt, über 50000 Menschen kommen ins Gefängnis oder ohne Gerichtsurteil in Arbeitslager.

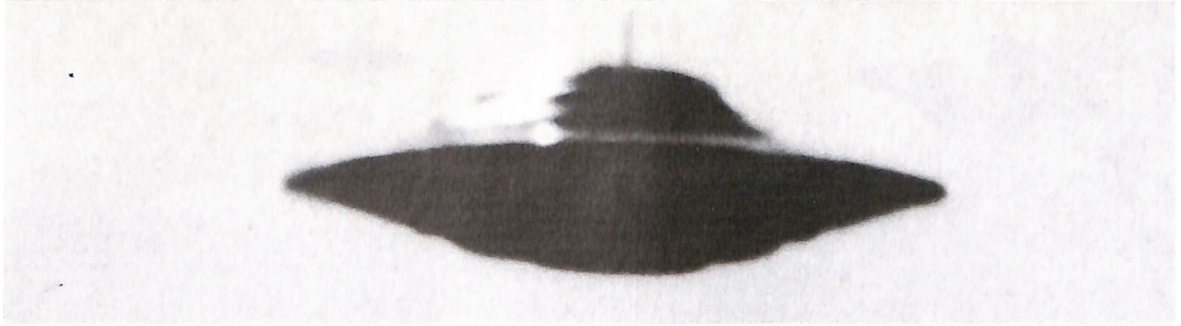
Die »antizionistischen« Schauprozesse in den sozialistischen Staaten enden mit Stalins Tod im März 1953. Aber erst nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956, auf dem Nikita Sergejewitsch Chruschtschow die stalinistische Ära mit seiner »Geheimrede« beendet, werden Paul Merker und andere Gefangene freigelassen.

### Antizionismus ...

Um Erklärungen für die Verfolgungen und Ermordungen von Jüdinnen und Juden in den sozialistischen Staaten zu finden, suchen neuere Forschungen nach Ursachen in einer bestimmten »antikapitalistischen« Ideologie. Die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden in der politischen Linken weist nämlich eine bestimmte logische Struktur auf, die sich spätestens mit dem Marxismus-Leninismus in leicht variierender Form bis heute zeigt. Im Marxismus-Leninismus, so Thomas Haury in »Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR«, wird der Kapitalismus personifiziert, und die kapitalistische Ausbeutung wird vor allem durch den Einfluss fremder, »imperialistischer« Mächte erklärt. In den Prozessen gegen Merker und Slánský wird der »Imperialismus« dann personifiziert in den »Zionisten«, und dieser Ausdruck bedeutet in den meisten Fällen: in Jüdinnen und Juden.

Wie Moishe Postone in seinem Aufsatz »Nationalsozialismus und Antisemitismus« von 1979 zeigt, werden seit dem 19. Jahrhundert die tradierten antisemitischen Stereotype so umgewandelt, dass auch die Entwicklung des modernen Kapitalismus letztlich auf eine »jüdische Weltverschwörung« zurückgeführt wird. So erscheinen die abstrakten Machtmechanismen kapitalistischer Entfremdung und Ausbeutung greifbar und vorstellbar in »den Juden« als vermeintlichen geheimen Drahtziehern hinter all den Auflösungstendenzen und sozioökonomischen Krisen, die der moderne Kapitalismus mit sich bringt: Auflösung der nationalen Einheiten, der traditionellen sozialen Klassen und Schichten. Scheinbar profitieren die Jüdinnen und Juden am meisten von der kapitalistischen Moderne. Dass z.B. die »ehrliche deutsche Arbeit« käuflich wird, zu einer Ware wird, ist für Antisemitinnen und Antisemiten ein Machwerk »der Juden« (vgl. Schatz / Woeldike).

Dieser antisemitische Antimodernismus wird im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts quer durch alle politischen Richtungen vertreten, nicht nur in der Linken, aber eben auch in der sozialdemokratischen und der kommunistischen Bewegung. Mit der »Imperialismus«–Theorie Wladimir Iljitsch Lenins, so Haury, kann das Element der »Weltverschwörung« in die »linke Theorie« integriert werden. Obwohl Lenin in seinen politischen Erklärungen zum Kampf gegen Nationalismus und Judenhass aufruft, wird in »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1916) der Kapitalismus als »ungeheuerliche Herrschaft« einer »Handvoll skrupelloser, in Laster und Luxus ersticken-der Milliardäre« hingestellt. Implizit wird damit der Sozialismus zu einer nationalen Angelegenheit; »das Volk« müsse sich nur von diesen »Parasiten« befreien, um den Kapitalismus zu überwinden. Der Imperialismus bringe einige wenige reiche und mächtige »Wucherstaaten« hervor, die »Schmarotzer am Körper der übrigen Menschheit« seien. Entsprechend gehören »Kapitalisten« nicht zum eigenen Volk. (In der Propaganda der DDR der 1950er–Jahre wird die Regierung der BRD als



»antideutsch« bezeichnet.) Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus werden darauf zurückgeführt, dass die übrige Welt kapitalistisch ist und sich »fremde«, »anti–nationale« und eigentlich »imperialistische Spione« ins eigene Land eingeschlichen hätten. Wie Klaus Holz in »Nationaler Antisemitismus« anhand eines Verhörprotokollauszugs aus dem Slánský–Prozess zeigen kann, wird zu Beginn der Vernehmung erst einmal demonstriert, dass der Angeklagte Bedrich Geminder nicht richtig Tschechisch spräche und kein echter Tscheche wäre.

Der Antisemitismus von links passt nach 1945, nach der Shoah in die offiziellen Parteidoktrinen, weil er sich als etwas ganz anderes darstellt: als »Antikosmopolitismus« wie in der Sowjetunion der 1940er Jahre oder als »Antizionismus«. Nach Haury bedeutet der Begriff »Antizionismus« in der frühen DDR auch gar nicht, dass Israel die Existenzberechtigung abgesprochen wird; im Gegenteil: Die Gründung des Staates Israels wird von der DDR zunächst offiziell begrüßt. Der Begriff »Antizionismus« ist vielmehr ein Tarnausdruck für die alte antisemitische Verschwörungstheorie von »den reichen und geldgierigen Juden«: »›Zionismus‹ fungierte jetzt vielmehr als zentrale Metapher innerhalb des marxistisch–leninistischen Weltbildes und war verknüpft mit der Behauptung einer weltweiten Verschwörung anationaler Wallstreet–Kapitalisten, der Entgegensetzung ›schaffende Völker‹ versus ›Finanzhyänen und Parasiten‹ und einer Bedrohung durch die Zersetzungsarbeit getarnter innerer Feinde.«

Der Begriff »Zionismus« hat demnach nach 1945 eine ganz andere Bedeutung als in der Diskussion innerhalb der sozialistischen bzw. kommunistischen Linken vor 1933, als über einen eigenen Staat für Jüdinnen und Juden gestritten wurde. Wie die Gruppe MAGMA in ihrer Geschichte der KPD der Weimarer Republik zeigt, erfolgt die Nationalisierung der kommunistischen Ideologie bereits vor 1933, und ebenso lassen sich Versatzstücke der späteren »antizionistischen« Ideologie finden, die in die Denkform des personifizierenden »Antikapitalismus« passen. Die KPD benutzt u.a. den Ausdruck »Judenkapital« und nähert sich 1923 an völkische und faschistische Strömungen an. Berüchtigt ist die Rede der Vorsitzenden des ZK der KPD Ruth Fischer vor faschistischen Studenten, in der sie ihr Auditorium zur Ermordung von »Judenkapitalisten« ermuntert: »Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner ...?« Diese Äußerung fällt in eine der nationalistischen Wellen der KPD. 1923 kämpfen kommunistische Gruppen mit völkischen und faschistischen gegen die französische Besatzung im Rheinland. Die KPD erklärt in dieser Phase die Ausbeutung der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem mit dem Einfluss des »französischen Imperialismus« und präsentiert sich als die einzige Partei, die die »nationalen Interessen« vertrete. Spätestens ab 1930, mit dem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung«, verfolgt sie diesen Kurs wieder. Der NSDAP wirft sie vor, von »jüdischen Kapitalisten« bezahlt zu sein, und den Nazis, dass diese ihren Judenhass nicht ernst meinen.

Die Politik der europäischen kommunistischen Parteien ist in der Epoche von Mitte der 1920er-Jahre bis 1953 stark von der Person Stalins geprägt. Auch sind die judenfeindlichen Diskriminierungen und Verfolgungen von den jeweiligen Parteiführungen initiiert worden, und es stellt sich die Frage, ob die breite Bevölkerung oder wenigstens die Mehrheit der Parteimitglieder den »Antizionismus« teilt. Im Einzelfall lassen sich darüber nur Vermutungen anstellen; aber einen Hinweis, welche Verbreitung antisemitische Denkformen in der Linken haben, liefert der Blick auf die nicht–parteilich–organisierte Linke nach 1945.

### ... und Antizionismus:

Weil sich der Antisemitismus in der Linken nach der Shoah eher unter dem Label »Antizionismus« ausdrückt, untersucht Margit Reiter die Haltung der österreichischen Linken zum Staat Israel. Israel kommt im antisemitischen Diskurs die Rolle des »tolerierten ›Ausnahmejuden‹« auf staatlicher Ebene zu, der so lange akzeptiert wird, als er sich »›versöhnlich‹ zeigt und die eigene Opferrolle nicht in Frage stellt«. Allerdings sagt diese Vorgehensweise nur begrenzt etwas aus, denn wie eine Umfrage von 1967 deutlich macht, können durchaus »negative Judenbilder und positive Israelbilder nebeneinander« bestehen. Während nach Reiter die österreichische Sozialdemokratie zum neuen und als sozialistisch angesehenen Israel in den 1950er und 1960er Jahren eher freundschaftlich eingestellt ist, was sich allerdings mit der Ära Bruno Kreisky grundlegend ändert, verhält sich die KPÖ schon früher ablehnend. Bereits 1967 während des Sechstagekriegs sind über 55 Prozent der KPÖ-Mitglieder für einen Sieg der arabischen Armeen, für Israel nur elf Prozent (während gesamtgesellschaftlich das Verhältnis umgekehrt ist).

Erst die Neue Linke aber setzt seit den 1970er-Jahren Zionismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus explizit gleich und ruft zur »Vernichtung Israels« auf – zu einer Zeit, als der Vorsitzende der PLO Ahmed Schukeiry droht, »die Juden ins Meer zu wer-

fen«. Etwa zur gleichen Zeit, im Frühjahr 1968, gibt es in Polen eine erneute »antizionistische« Kampagne: »Den Juden« wird auch hier vorgeworfen, sich bereichert zu haben und an den wirtschaftlichen Krisen Schuld zu sein und insofern »antisozialistisch« zu agieren. Auch die Reformbewegung 1968 wird auf den zu großen Einfluss »der Juden« zurückgeführt. 20000 Jüdinnen und Juden fliehen aus Polen nach Israel (vgl. Kosmala). Besonders deutlich zeigt sich die Verbindung von Hass auf Israel mit linken »antizionistischen« Verschwörungstheorien in einem Flugblatt der Palästinasolidarität von 1988: »Weltweiter Boykott und Ausschluß des zionistischen Regimes aus allen internationalen Organisationen!! Abbruch der politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu ›Israel‹! Für die Schließung aller zionistischen und faschistischen Organisationen in Österreich! [...] Stop der Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Polizei mit dem ›israelischen‹ Geheimdienst Mossad! Ausweisung aller Agenten dieses Geheimdienstes aus Österreich!!!«

In den 1940er- und 1950er-Jahren werden die Angeklagten zu Wesen (»Elementen«) erklärt, die keine richtigen Menschen sind und die, heimatlos, im Auftrag fremder Mächte andere Nationen ausspionieren und ökonomisch aussaugen. In den späten 1980er–Jahren erfolgt eine ähnliche Projektion auf Israel, das, um seine Existenz als echter Nationalstaat zu leugnen, nur in Anführungszeichen genannt wird: als wäre es kein Land, in dem Menschen leben, sondern ein sonderbares Gebilde, das lediglich der Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinensern diene. Reiter hebt hervor, dass der »Antizionismus« in der österreichischen Linken auf verbale Äußerungen begrenzt bleibt. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland anders: Knud Andresen weist darauf hin, dass gerade in der Phase, in der die bundesdeutsche Linke militante Strukturen aufbaut, auch jüdische Einrichtungen Ziel der Anschläge sind. Zwar misslingt der Bombenanschlag der *Tupamaros Westberlin* auf die jüdische Gemeinde Berlin am 9. November 1969, dennoch wird er als Auftakt zur Schaffung einer revolutionären Stadtguerilla angesehen. Das Datum des Anschlags hat die symbolische Bedeutung, dass »die Juden« selbst zu Nazis geworden seien und die Palästinenserinnen und Palästinenser »ausradieren« wollten. Jedes Gedenken an die Pogromnacht im Deutschen Reich in der BRD würde unterschlagen, »daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten [...] wiederholt wird.«

### don't play this song on the radio!

Ein Sprung in die Gegenwart zeigt, dass solche Denkweisen bis heute in der Linken existieren. Die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden wird damit »begründet«, dass »Juden« die typischen oder besonders perfiden Kapitalistinnen und Kapitalisten seien. Der Hass auf Israel besteht unvermindert weiter. Und die Verschwörungstheorien haben in dem einzigen nichtkommerziellen und nicht–öffentlich–rechtlichen Radio in Hamburg, dem Freien Sender Kombinat (FSK), zu Gewalttätigkeiten gegen »Zionisten« geführt. Im FSK hat es in den letzten Jahren mehrere Konflikte über antisemitische Aussagen von einzelnen Radiogruppen gegeben (vgl. Kühne / Woeldike und www.fsk-hh.org). Bemerkenswert ist, dass die antisemitischen Verschwörungstheorien nicht nur im Zusammenhang mit dem Israel-Palästina-Konflikt vorkommen.
So kündigt die FSK–Sendereihe *45 Knockout Broadcasting* für den 18. Januar 2002 ein Interview mit Jan Udo Holey an, der sich auch Jan Van Helsing nennt, über dessen Buch »Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert«. Holey ist kein Linker, sondern ein Antisemit und Neonazi; sein Buch, dessen Verbreitung in Deutschland verboten ist, ist voll von abstrusen antisemitischen Wahnideen (siehe Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, www.idgr.de). Holey, obwohl auch laut *45 Knockout Broadcasting* ein »umstrittener Autor«, soll in dem Interview weitere Hintergründe zum Terroranschlag am 11. September 2001 in New York analysieren. Auf Nachfrage anderer FSK–Aktiver hält *45 Knockout Broadcasting* es für vorschnell, Holey als Nazi und sein Buch als antisemitisch zu bezeichnen, vielmehr erhoffe man sich von Holey mehr Informationen über die weltweite Macht des »Finanzkapitals«. Schließlich wird die angekündigte Sendung durch einen Beitrag über Holey ersetzt. Im weiteren Verlauf stellt sich heraus, dass auch andere FSK–Mitglieder Holeys Buch kennen und durchaus »interessant« finden.

Der letzte Streit hat sich anhand der Sendereihe »Afrika, Asien, Lateinamerika – In Kontakt« entzündet, in der das Vorgehen des israelischen Militärs in den palästinensischen Gebieten mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichsetzt wird. In der Sendung am 11. April 2002 wird ein Palästinenser interviewt, und der Moderator bekräftigt dessen Aussagen:

Interviewter: »Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen den Kämpfen im Warschauer Ghetto damals gegen die Nazis und die Kämpfe in Djenin oder in irgendeinem anderen Flüchtlingslager in der Gegend. Es sind also Leute, die von einer Übermacht umzingelt sind und die kämpfen um ihr eigenes Überleben ...« Moderator: »Ja, und auf jeden Fall: in beiden Fällen muss man gegen das Unrecht aufstehen und Widerstand leisten.«

Der Beschluss der AnbieterInnengemeinschaft des FSK, die Ausstrahlung dieser Sendereihe bis zur weiteren Klärung auszusetzen, um über die Problematik einer solchen Israel-Palästina-Kommentierung zu diskutieren, wird übertreten; *In Kontakt* sendet weiter. Als andere FSK-Aktive dies eine Woche später durch eine Sitzblockade verhindern wollen, werden sie von *In Kontakt*-Mitgliedern und -Sympathisierenden als »Mossad-Agenten« beschimpft, tätlich angegriffen und eine Person zusammengetreten. Der aggressivste Schläger ist übrigens wie der Moderator der Sendung ein Deutscher, der wegen seiner bekannten Gewalttätigkeit schon in vielen linken Projekten Hausverbot hat. Obwohl die Gewalt und die Israel-Nazideutschland-Gleichsetzung der *In Kontakt*-Gruppe von fast allen Radiogruppen des FSK offiziell verurteilt wird und *In Kontakt* als Gruppe seit den Gewalttätigkeiten nicht mehr sendet, schwelt der Konflikt über den Antisemitismus in der Linken bis heute weiter. Die intensivere Auseinandersetzung mit den Eigenarten und der Gefährlichkeit von Antisemitismus bleibt aus. Überdies ist völlig unklar, wie gegen antisemitische Verschwörungstheorien und die Antisemitinnen und Antisemiten in der Linken vorgegangen werden könnte.

Was seitdem passiert, ist zu Recht für Außenstehende nicht mehr nachvollziehbar: Es gelingt dem *In Kontakt*-Umfeld, das Vorgehen gegen den antisemitischen »Antizionismus« als »Rassismus« zu diffamieren, weil sich auch Migrantinnen und Migranten in ähnlicher Weise äußern. Da das FSK nicht fernab der deutschen Gesellschaft existiert, ist es sicherlich auch nicht frei von rassistischen Strukturen; aber es ist schon befremdlich, dass dagegen erst im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten und der Wahnidee, FSK-Aktive wären »Mossad-Agenten«, massiv protestiert wird. Es sind auch nicht Palästinenserinnen und Palästinenser, die sich hinter *In Kontakt* stellen, sondern neben deutschen Antiimperialisten vor allem Teile der lateinamerikanischen Radiogruppe *Voz Latina* und des türkischen *Radio Göçmen*. Beide stellen aus Protest ihren Sendebetrieb ein und organisieren statt dessen mit *In Kontakt*-Mitgliedern Demonstrationen vor den Räumen des FSK gegen den »Rassismus im Freien Sender Kombinat«, um zu erreichen, dass die »Sendeverbote aufgehoben werden«. Auch die FrauenLesbenRadiogruppe *St. Paula* sendet von da an nur eine Protesterklärung; zwar verurteilen sie in ihrer Erklärung die »antisemitischen Äußerungen« von *In Kontakt*, aber nach ihrer Einschätzung hätten die Konflikte im FSK letztlich andere Ursachen, weswegen die Selbstverwaltung des FSK komplett umstrukturiert werden müsse. Mittlerweile sind die Streiks beendet, es kommt zwar noch zu Bedrohungen einzelner FSK-Mitglieder durch das Umfeld von *In Kontakt*, aber nicht mehr zu Gewalttätigkeiten.

Von Teilen der Linken in Hamburg wird bereits die Beschäftigung mit Antisemitismus abgelehnt und die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Linken, die u.a. die Redaktion 3 seit Anfang 2002 in der wöchentlichen Sendereihe *Antisemitismus von links* vornimmt, als »imperialistisch« oder »faschistisch« diffamiert bzw. Strategie hingestellt, die nichts anderes soll als »der Linken« zu schaden. Eines machen die Vorgänge im FSK auf jeden Fall deutlich: Von dem von Friedrich Engels bereits 1890 formulierten Anspruch, dass das Proletariat mit dem Antisemitismus »nichts zu schaffen haben« könne, ist die Radikale Linke gegenwärtig weit entfernt. Ein Teil der Linken im FSK weiß nicht, wie der Antisemitismus zu bekämpfen wäre, der andere Teil der Linken wüsste gar nicht, warum.

*Olaf Kistenmacher*

Jeder der einstündigen Folgen der Sendereihe *Antisemitismus von links* kann gegen Material- und Portokosten auf CD zugeschickt werden. E-Mail an redaktion3@fsk-hh.org oder Post an:
Redaktion 3 des FSK, Schulterblatt 23c, 20357 Hamburg.
Die Sendereihe ist außerdem abrufbar unter www.freie-radios.de.

**Literatur:**


*.* Andresen, Knud (2000): Die Verdrängung der Shoah – die Linke in den 1970er Jahren, Hamburg (Vortragsmitschnitt des FSK).
*.* Engels, Friedrich (1970): Über den Antisemitismus, in: Marx–Engels Werke (MEW), Bd. 22, Berlin: Dietz, S. 49–51.
*.* Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Nationalismus, kommunistische Ideologie und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg: Hamburger Edition, 517 S.
*.* Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition, 615 S.
*.* Kosmala, Beate (Hg.) (2000): Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin: Metropol, 192 S.
*.* Kühne, Andreas / Woeldike, Andrea (2002): Der Skandal als Institution. Antisemitismus im Hamburger »Freien Senderkombinat«, in: Initiative Sozialistisches Forum (ISF): Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und linksdeutsche Ideologie, Freiburg im Breisgau: ca ira, zweite erweiterte Auflage, 200 S.
*.* Gruppe MAGMA (2001): »...denn Angriff ist die beste Verteidigung«. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn: Pahl–Rugenstein, 295 S.
*.* Postone, Moishe (1992): Antisemitismus und Nationalsozialismus, übersetzt von Renate Schumacher, in: Redaktion diskus (Hg.): Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Berlin/Amsterdam (ID–Archiv), S. 425–437.
*.* Reiter, Margit (2001): Unter Antisemitismusverdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah, Innsbruck/Wien/München: Studien, 515 S.
*.* Schatz, Holger / Woeldike, Andrea (2001): Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion, Hamburg/Münster: Unrast, 220 S.

# Europäischer und arabischer Antisemitismus

## Versuch einer Differenzierung

### Das »ewige« Phänomen?

Das antijüdische Ressentiment gleicht dem von ihm geschaffenem »ewigen Juden«, es durchwandert die Geschichte seit Jahrhunderten. Es erwies sich als wandlungsfähig und verließ mit der Aufklärung die religiöse Sphäre in die der Wissenschaften, um schließlich in der Ökonomie seine Projektionsfläche zu finden. Vieles spricht dafür, es als prototypisches Ressentiment des christlichen Europas zu sehen, das sich seither in allen anderen Ressentiments perpetuiert. Auch als mit der Shoa sein radikalster Ausdruck seine Dimensionen der Welt offenbarte, verschwand es nicht. Die leise humanistisch-revolutionäre Hoffnung, Auschwitz habe das »Philosophem von der reinen Identität als dem Tod« (Adorno 1994) bestätigt und die Menschheit durch diese Erkenntnis zur Emanzipation von den Dingen gebracht, wurde nicht erfüllt. Der im Stande der Unfreiheit entwickelte pragmatische Gedanke des Zionismus, in einem eigenen Staat seien die Juden geschützt und das Thema – gewissermaßen durch einseitigen Rückzug – »aus der Welt«, sollte sich als Irrtum erweisen.

Flohen die Juden einst vor dem Antisemitismus nach Palästina und gründeten Israel, so hat sie das Ressentiment im Zuge des israelisch-arabischen Konfliktes schließlich eingeholt. Nach 1967 hat die vermeintlich antiimperialistisch-antikoloniale Rhetorik den Antisemitismus in der Zusammenführung der Begriffe »Imperialismus«, »Kapitalismus« und »Judentum« als »Antizionismus« progressiv codiert. Davor, daß Antisemitismus im Antizionismus enthalten sei »wie das Gewitter in der Wolke«, warnte Jean Améry bereits 1969 die deutsche und die französische Linke. Trotzdem hat sich die Palästina-Solidarität (Glasner 1991) nie gescheut, noch die dümmsten Märchen des arabischen (und v.a. sowjetischen) Antizionismus zu reproduzieren. Die jüngste Wiederkehr dieses Antizionismus vollzog sich zurecht in den grotesken Akten der Möllemann-Karsli-Operette.

Antisemitismus ist längst zur Waffe im Arsenal der politischen Gegner Israels geworden. Seine aus Europa importierten Stereotypen, Schriften und Funktionsweisen kehren in der arabischen Propaganda wieder: von der Ritualmordlegende über die »Protokolle der Weisen von Zion« bis zu Hitlers »Mein

Kampf« und den revisionistischen Schriften Faurissons oder Garaudies. Die Darstellung israelischer Politiker als ›Blutsäufer‹ in der Tagespresse zeugt ebenso von seiner derzeitigen Konjunktur im arabischen Raum wie die Beliebtheit der antisemitischen Fernsehserie ›Ross und Reiter‹, die mittlerweile zu diplomatischen Protesten seitens Israel geführt hat.

### Thema mit Variationen

Die Renaissance des Antisemitismus im arabischen Raum, wo zunehmend sogar die antizionistische Kaschierung wegfällt, zeigt: der antisemitische Diskurs ist durchaus transferierbar, nicht nur durch die Zeit, sondern auch über religiöse, kulturelle und geographische Grenzen hinweg. Und er ist prinzipiell möglich: das Gegenargument, ein »semitisches Volk« könne quasi aus seiner Natur heraus nicht antisemitisch agieren, affirmiert nicht nur rassistisches Denken, da es seinen Konstrukten aufsitzt – das Ressentiment bedarf generell einer Konstruktion, keiner wissenschaftlichen Grundlage; und auch der durchaus vorhandene Rassismus gibt noch keine Auskunft über die Existenz oder Bedeutung von »Menschenrassen« – es unterschlägt auch, daß der Antisemitismus sich historisch immer gegen Juden gerichtet hat, nicht gegen die ebenfalls im sprachgeschichtlichen und später rassentheoretischen Diskurs als semitisch definierten Araber. Die im Schlußprotokoll der »Antirassismuskonferenz« im südafrikanischen Durban formulierte Verurteilung des Antisemitismus ist ein aktuelles Beispiel der Bösartigkeit dieser Affirmation (bereits im Vorfeld hatten arabische NGOs – gegen den Protest afrikanischer oder indischer Gruppen – den Nahostkonflikt in den Mittelpunkt der Konferenz gerückt). Der Verurteilung wird dort angefügt, die größten Opfer des Antisemitismus seien heute die arabischen Völker. Damit wird den Juden abgesprochen, Opfer einer historisch spezifischen Repression zu sein. Solch ›Geschichtsraub‹ dient – ähnlich der von Omar Kamil untersuchten Holocaustleugnung im arabischen Raum – v. a. dazu, diese als das zentrale zionistische Argument zu entwerten.

### Der Spezifik des Transfers auf der Spur

Die heutige Präsenz antisemitischer Ressentiments im arabisch-islamischen Raum legt nahe, diesen Import einer Ideologie aus dem christlich-europäischen Kulturraum in den islamisch-arabischen auf seine Differenzen hin zu untersuchen. Auch ein diskriminierender Diskurs wird von den gesellschaftlichen und historischen Voraussetzungen seiner Träger beeinflusst. Eine einfache Gleichung zwischen der europäischen Tradition des Judenhass und seiner »islamischen« Erscheinungsform wäre nivellierend. Bereits innerhalb Europas ist zu verzeichnen, wie sich z. B. der französische, russische und deutsche Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert zwar parallel formierten, die jeweilige Nationalgeschichte aber mit Blum, Stalin und Hitler längerfristig zu sehr verschiedenen Ergebnissen führte. Auch gerät das Sprechen über »die islamische Welt« vom europäischen Sprechort aus schnell selbst zum Ressentiment. Die Gratwanderung zwischen notwendiger Religionskritik und chauvinistischem Ressentiment mißlingt zumal dann, wenn die Konstruktion einer »westlichen Identität« jede Kritik der Moderne unterbindet.

Eine Analyse muß Analogien benennen und Differenzen wahrnehmen können. Bereits am Beispiel des ›Geschichtsraubes‹ lassen sich aus den jeweiligen Motivationen erste Ansatzpunkte zur Differenzierung ziehen. Deutschen Revisionisten geht es darum, die Täter zu entlasten, indem sie die Shoa relativieren oder gleich ganz leugnen, im arabischen Raum soll damit eher die Legitimation Israels als Konsequenz der Vereinten Nationen aus der Shoa in Frage gestellt werden. Ein weiterer Unterschied besteht in den Umständen, unter denen das Ressentiment sich artikuliert (vorher vage: der konkreten Situation): zu keinem Moment der verschiedenen Phasen europäischer Judenverfolgung waren die christlichen Verfolger mit einem Staat oder einer tatsächlichen jüdischen Autonomie, geschweige denn einer Militärmacht konfrontiert. Das Pogrom entsprang den Projektionen des Mobs. Der arabische Antisemitismus kann dagegen auf tatsächliche politische und soziale Konflikte verweisen. Diese Differenzen dienen nicht dazu, ihn zu entschuldigen, sind aber zu begreifen, um die Verbreitung des Ressentiments plausibel zu machen. Im Gegensatz zu den spezifisch europäischen Anklagen des »Gottesmords«, der »Hostienschändung« oder »Rassenvergiftung« stellen die arabischen Niederlagen, die Nakba und die Diskriminierung der israelischen Araber oder das Land- und Wasserproblem Erfahrungen dar, an denen das Ressentiment eine scheinbar rationale Bestätigung findet. Antisemitismus bedarf zwar dieser Bestätigung nicht, er kommt ohne empirische Juden aus. Die Existenz des Nahostkonflikts hat aber als Ticket seiner Verbreitung in der arabischen Welt fungiert. Vor diesem Hintergrund ist erklärbar, warum, anders als im christlichen Europa, Judenhass als Massenphänomen im arabischen Raum erst in den letzten Jahrzehnten relevant geworden ist.

### Kreuzzüge

Im Gegensatz zur christlich-jüdischen war die islamisch-jüdische Geschichte lange durch eine engere und friedlichere Verbindung geprägt. Der Islamwissenschaftler Morabia spricht hinsichtlich der gemeinsamen ›klassische Epoche‹ bis zu den Kreuzzügen und – nach jahrhundertelanger Agonie - dem beidseitigen Hervortreten als Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts aus dem Schatten christlicher Dominanz gar von einer jüdisch-islamischen Symbiose: »Man ist verblüfft über die Übereinstimmung des jüdischen und moslemischen Verfalls im arabisch-islamischen Orient am Ende des Mittelalters wie über die Gleichzeitigkeit des Aufblühens der jüdischen und moslemischen Kultur zu Beginn der osmanischen Ära.« Er sieht darin einen »zusätzliche(n) Beweis für die Bindung beider Kulturen an den selben politisch-sozialen Kontext.« Diese Übereinstimmung in Blüte und Verfall trat dort zutage, wo Moslems und Juden gemeinsam lebten. Der Umstand, daß die großen serphadischen Gemeinden in den zionistischen Debatten kaum eine Rolle spielten, resultierte aus dieser Realität in den moslemischen Ländern. Sicher war, wie Robert S. Wistrich einwendet, das ›goldene Zeitalter‹ von Islam und Judentum keineswegs nur ›golden‹, die Konflikte und Repressionen unter islamischer Herrschaft sind aber nicht mit denen unter christlicher vergleichbar. Im Abendland zeigte sich schon früh eine andere Realität: Das dem Christentum über die Gottesmordlegende innewohnende antijüdische Moment führte zur »Kreuzzugsideologie« des 11. Jahrhunderts, »im Zeichen des Kreuzes wurden ganze Gemeinden ausgerottet.« (Wirth 1991); Übrigens ist erstaunlich, daß die in der Kreuzzugsmetaphorik eines protestantischen US-Präsidenten mit teilweise fundamentalchristlicher Wählerklientel mitschwingende antijüdische Latenz nicht bemerkt wurde.) Auch andere antijüdische Exzesse des Christentums wie Vertreibungsedikte, Zwangstaufen und Konvertitenverfolgung finden kaum Entsprechung im jüdisch-moslemischen Verhältnis.

Später war die Religionspolitik der ›Hohen Pforte‹ wesentlich toleranter als die der christlichen Kolonialmächte, denn das Osmanische Reich als größte islamische Macht bis in die Moderne hinein hatte ein anderes Herrschaftsverständnis als Europa. In den islamischen Ländern »gehörte vor ihrer Durchdringung mit westlichen Vorstellungen von Nationalismus und Patriotismus die Grundloyalität der eigenen religiösen Gemeinde und erst die politische Untertanenpflicht dem Staat.« (Lewis 1987) Trotz einer vergleichsweise aggressiven Missionshaltung des Islam und judenfeindlichen Passagen im Koran war ein über Jahrhunderte sich erhaltender und sich ständig modernisierender Judenhass – anders als im Christentum – kein dominantes Merkmal islamischer Gesellschaften.

### A political turn ...

Das Auftauchen von Antisemitismus »europäischen Stils« im Nahen Osten Anfang des 20. Jahrhunderts wurde von nichtislamischen Demagogen – Christen und Kolonialbeamten – befördert. So versprach sich beispielsweise die englische Propaganda nach der jungtürkischen Revolution eine Schwächung des Kriegsgegners, indem sie die Revolution als eine »jüdische Verschwörung« darstellte. Später, in der Phase der arabischen Kollaboration mit NS-Deutschland war der ideologische Einfluss des Antisemitismus offensichtlich, geleitet wurde diese Kollaboration aber von politischen Interessen: dem Panarabismus und der Befreiung von der Kolonialherrschaft. Der Antisemitismus stellte eine ideologische Brücke zwischen den strategischen Interessen der Achsenmächte und dem Unabhängigkeitsstreben der Araber dar, er war nicht die Triebkraft für das Bündnis.

Der große äußere Einfluss auf die arabische Ideologiebildung ist auch an ihrer jeweiligen Einschätzung des Zionismus ablesbar. Galt dieser im Hinblick auf die faschistischen Verbündeten in den 40er Jahren noch als eine kommunistische Bedrohung, so änderte sich die Haltung in den 60ern unter Einfluss der Sowjetunion: Zionismus galt jetzt selbst als faschistisch. (Bishara 2000) Die Verdächtigung, im Dienste verschiedenster äußerer Mächte zu stehen, wurden dem Zionismus das 20. Jahrhundert hindurch immer abhängig von der jeweiligen politischen Weltlage zugeschrieben: »Zu Anfang waren es entweder Frankreich oder Deutschland, später Großbritannien oder die Sowjetunion, in der Gegenwart sind es die Vereinigten Staaten.« (Lewis 1987)

Überhaupt wesentlich belastet wurde das jüdisch-islamische Verhältnis also erst zu Beginn der Moderne. Vom historischen Standpunkt aus kollidierten in der nahöstlichen Geschichte zunächst Panarabismus und Zionismus, nicht Antisemitismus und Juden. Dann aber kam es zu jener innerarabischen Dynamik, in der Antizionismus eine stabilisierende Funktion haben konnte. Gegen Israel konnte man sich

innen- und außenpolitisch profilieren. »Vor der UNO pflegten (die arabischen Staaten) die antizionistische Rhetorik, um dem Westen eins auszuwischen und ihn angesichts der israelischen Besatzungspolitik moralisch unter Druck zu setzen. Dieses Ceterum censeo stärkte das antiimperialistische Profil und kostete wenig.« (Claussen 1992) Innenpolitisch übernahmen diverse arabische Herrscher das repressive Moment des Antisemitismus als Herrschaftsideologie nach europäischem Vorbild. Der politische Konflikt geriet zum »Massenbetrug«.

In »Treibt sie ins Meer ...«, dem antisowjetisch motivierten, in seiner Analyse des Orients aber erstaunlich differenzierten Standardwerk der Achtziger, beobachtete der US-Orientalist Bernard Lewis, dass die Einflüsse des europäischen Antisemitismus »sowohl durch ihr Beispiel als auch durch planmäßige Propaganda den Boden für den neuen arabischen Antisemitismus bereitet« haben. Diese »Islamisierung des Antisemitismus« setzte aber erst in der jüngsten Vergangenheit, im Schatten des Aufstiegs der Moslembruderschaften zu einem innenpolitischen Faktor in den arabischen Staaten, ein. Ein Indikator für die Rolle der israelisch-arabischen Konfliktes in der sukzessiven Durchsetzung des neuen Phänomens ist, daß das Leben der arabischen Juden erst in seinem Schatten massiv beeinträchtigt wurde, also wie im Irak ab 1948 und endgültig nach 1967.

In den lezten Jahren war Antisemitismus Bestandteil des erstarkenden religiösen Fundamentalismus und hat – forciert durch den Niedergang der Sowjetunion und des arabischen Nationalismus – den Platz des Antizionismus eingenommen. Im Gegensatz zur europäischen Geschichte ist aber die Verbreitung des islamischen Antisemitismus v.a. nach 1967 zunächst als Kriegsfolge zu sehen. Der Hintergrund ständiger Konfrontation, die es in der europäischen Geschichte in dieser Form zu keinem Zeitpunkt gab, kann bei einer Untersuchung der Genese des arabischen Antisemitismus nicht ausgeblendet werden. Vor allem ist eine Abgrenzung von der europäischen oder gar deutschen Tradition notwendig, eine einfache Analogie wäre hier ahistorisch. Es besteht eher die Möglichkeit, daß der Antisemitismus derzeit eine weitere Wandlung erfährt und eine spezifisch islamische Gestalt annimmt. Glaubte Lewis in den achtziger Jahren den Unterschied hinsichtlich der jeweiligen Haltung zur Nahostkrise in die These fassen zu können: »für christliche Antisemiten ist das Palästinaproblem ein Vorwand und ein Ventil für ihren Haß, für moslemische Antisemiten ist es die Ursache«, hat der antisemitische Diskurs längst eine innerislamische Eigendynamik entwickelt, die auch auf das europäische Importgut nicht länger angewiesen ist. Jetzt besteht die Gefahr, daß es seiner Verkopplung mit dem Nahostkonflikt nicht mehr bedarf oder diesen gar überdauert.

### Transferverluste und Einbettung

Der im Rahmen europäischer Betrachtungen oft zum Schema reduzierte »arabisch-islamische Kulturraum« hat sich also mit dem Antisemitismus eines europäischen Phänomens angenommen, bettet es aber in eine andere Tradition ein. Bleibt die Frage, ob der arabische Antisemitismus nicht gesellschaftlich die gleiche Funktion erfüllt, wie er es in seiner Konstitutionsphase im Europa des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts tat. Die Ausdauer, mit der arabische Herrscher von eigenen innen- und außenpolitischen Desastern mit dem Verweis auf Israel ablenken, weist Israel nach dem klassischen Sündenbockprinzip eine Funktion als ›Jude unter den Staaten‹ zu. Ebenso lassen sich im Diskurs des arabischen Nationalismus über Israel Analogien zu jenem Diskurs über Juden erkennen, der im Rahmen der europäischen Nationalstaatenbildung des 19. Jahrhunderts statt fand. Und schließlich bietet auch die berechtigte Kritik am ›Westen‹ und den USA sowie Israel als eines Teils der selben »Weltverschwörung«

dem ›Ressentiment von Unten‹ eine weit offene Flanke, und wie schnell fehlgeleitete Kapitalkritik antisemitische Konnotationen aufweist, hat die europäische Geschichte vorexerziert.

### Glück ohne Macht

Dieser Vergleich stößt aber auch an seine Grenzen. Denn neben seiner historischen Tradierung gilt der europäische und v.a. der deutsche Antisemitismus als ein Produkt der Dialektik der Aufklärung. Nach Horkheimer und Adorno resultiert er aus der Diskrepanz des aufklärerischen Glücksversprechens zur Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung. Das in der Entfremdung deformierte Subjekt projiziert seine Enttäuschung auf jene, an denen sich vermeintlich das zentrale Versprechen der Moderne erfüllt hat: »Glück ohne Macht« (Adorno 1993) lautete die Anklage der Antise-

miten gegen die Juden. Denn bekamen sie schließlich auch Bürgerrechte gewährt, so blieben sie doch weiter von der direkten administrativen oder militärischen Staatsgewalt ausgeschlossen, und von daher schien ihre Emanzipation nicht erklärbar. Aus der Unerträglichkeit, die der Gedanke, dem Menschen könne Freiheit auch ohne Partizipation an Gewalt gewährt werden, für das selbst unterdrückte Subjekt hatte, wuchs der Wahn, die jüdische Macht sei eine Verborgene; sie liege im jüdischen Intellekt, im jüdischen Körper, und sei durch Konspiration mit der neuen Form der kapitalistischen Ökonomie verwoben. Die reale Machtlosigkeit der Masse der europäischen Juden wandelte sich in das antisemitische Hirngespinst einer jüdischen Übermacht. Das religiöse Ressentiment wandelte sich in der Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zur »Denkform« (Haury 1992).

Claussen bezeichnet den modernen Antisemitismus als negative Utopie, ein Code, »mit dem sich die Menschen gegenseitig bestätigen, daß Emanzipation weder möglich noch wünschenswert sei.« Dies mag vor allem die Rolle erklären, die Antisemitimus heute in reaktionären religiösen Strömungen spielt, die ihren Anhängern meist selbst die Hölle auf Erden bereiten. Der auf das jüdische Bürgertum Europas geprägte Vorwurf »Glück ohne Macht« ist aber auf den Blick der arabischen Staaten auf Israel nur begrenzt übertragbar. Tatsächlich blieb Israel auch nach Verwirklichung der zionistischen Utopie »Glück« im Sinne von Frieden verwehrt. Die Shoa überstanden und eine jüdische Renaissance in Israel geschaffen zu haben, regt möglicherweise manche Verschwörungstheorie an, aber von einem »Glückszustand« sprechen

angesichts des permanenten Ausnahmezustandes in Israel selbst die größten Neider nicht. Israel wusste zudem das versagte historische Glück durch militärische Macht zu kompensieren; die Umkehrung der Formel - »Macht ohne Glück« - dürfte im islamischen Raum heute andere Projektionen hervorrufen als »Glück ohne Macht« während der Konstition des bürgerlichen Europas. Auch die gesellschaftliche Totalität der Verdinglichung weist im »Westen« eine ganz andere Dimension auf. Erkenntnisse einer Kritik der westlichen Moderne auf Gesellschaften zu projizieren, in denen diese nicht oder anders kanonisiert wurde, bzw. man sich sogar offen von ihr abzukehren beginnt, ist fragwürdig.

Claussen hatte bereits an Poliakovs innereuropäischer Genealogie des Antizionismus kritisiert, er greife »die grotesken Blüten dieser synkretistischen, geschichtslosen Ideologie auf, aber sein geistesgeschichtliches Suchen an den Quellen der französischen Aufklärung und der Marxschen Theorie stellt eine intellektuelle Kontinuität her, die seinem eigenen soziologischen Wissen widerspricht.« Claussen selbst weist dagegen auf die akute Wirkung des »politisch-militärischen Dilemma(s) des Nahen Ostens« und innenpolitische Konstellationen hin, die mehr zur Wiederkehr jener »Gespenster der Vergangenheit« und »Idiosynkrasien« beitrügen als die Ausfälle der Klassiker.

Dieses »soziologische Wissen« hinsichtlich innergesellschaftlicher Prozesse sollte in der Diskussion des

israelisch-palästinensischen Konfliktes mehr aktiviert werden, um Ursache und Wirkung des Antisemitismus in diesem Konflikt schärfer von den europäischen Vorlagen zu trennen. Ein Ausblenden der differierenden gesellschaftlichen und historischen Situationen im Vergleich zum historischen Rahmen der Shoa wäre spiegelbildlich zu einer Ignoranz, wie sie jene palästinensischen Kader und v.a. ihre deutschen Unterstützer an den Tag legen, wenn sie den Antisemitismus ihrer Klientel schlicht leugnen. So geschehen bei Jürgen Möllemann oder auch dem damaligen AstA der Hamburger »Hochschule für Wirtschaft und Politik«, der nach Ausbruch der zweiten Intifada ausgerechnet den arabischen Nationalchauvinisten Kharam Khella als Referenten geladen hatte.

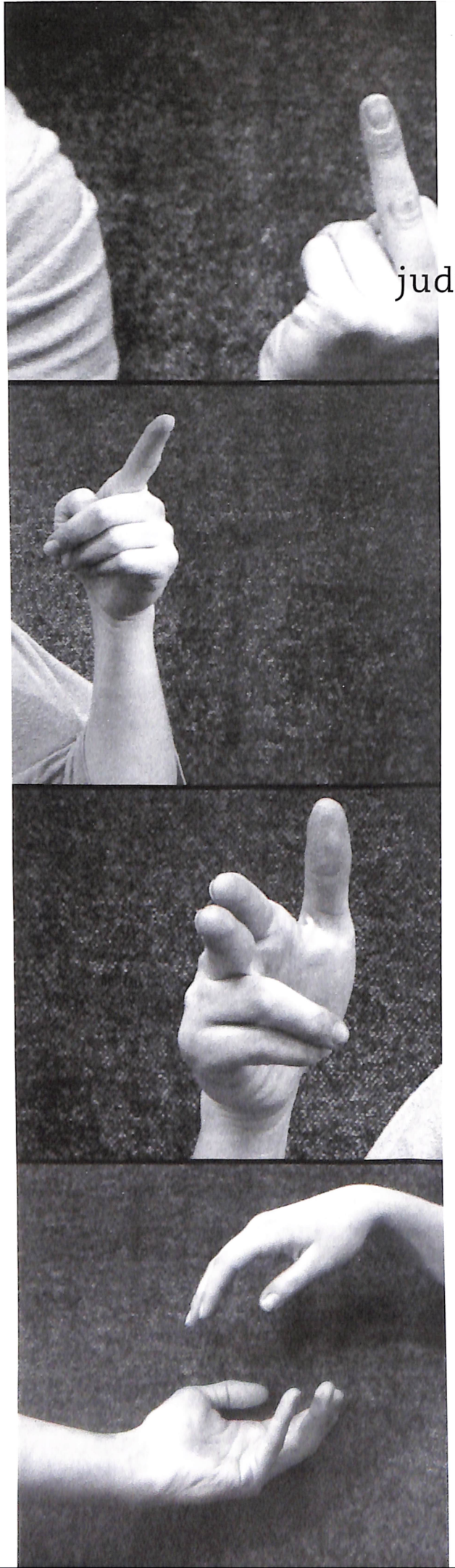
### Ausfälle

Manche Betrachtung »des Islam« und die Weigerung, historische und gesellschaftliche Unterschiede gegenüber Europa im gemeinsamen Phänomen Antisemitismus wahrzunehmen, zeugen selbst von einem gravierenden Ausfall der Reflexion. Differenzierungen auch zu denken und die Besonderheiten des Betrachteten wahrzunehmen, ist ein zentraler Anspruch kritischer Theorie. Auch das Wissen, daß nach Auschwitz durch jeden Antisemitismus die Vernichtungsdrohung hindurchscheint, entbindet nicht davon, zwischen seinen verschiedenen Formen und den Handlungs- und Sprechorten der Akteure zu unterscheiden. Dazu ist es in der Kritik Israels stets mitentscheidend, aus welcher Perspektive diskutiert wird. Die Vehemenz, mit der sich Linke jahrelang positionierten, hatte oft kompensatorische Funktion und bleibt zu hinterfragen. Im politischen Diskurs von Israelis oder Palästinensern haben diese Positionen meist einen anderen Hintergrund. Regierungskritische Israelis können geltend machen, eine andere Lehre aus der Shoa gezogen zu haben als die von Arbeitspartei, Likkud oder Nationalreligiösen verkündete. Ihnen dies ausgerechnet von deutscher Seite aus abzusprechen, wäre unverschämt. Zudem sind sie wie auch palästinensischen Araber als potentielle Kombattanten ohnehin involviert. Bei allen anderen ist Skepsis angebracht, welche Konflikte und Ressentiments zusätzlich in das Engagement hineinspielen. Im Gegensatz zur deutschen Palästinasolidarität wird übrigens in der paästinensischen akademischen Community die Verbreitung des arabischen Antisemitismus durchaus kritisch gesehen. Vielleicht werden dort die ersten Konzepte zu seiner Überwindung vorgelegt werden, während die europäische Linke noch stoisch vor sich hinbetet, Semiten könnten doch garnicht antisemitisch sein.

*Volker Weiß*

**Literatur:**


*.* Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, FfM 1993
*.* Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, FfM 1994
*.* Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus in: "Die Zeit" vom 25. 7.1969
*.* Azmi Bishara: Die Araber und die Shoa - die Problematisierung einer Konjunktion in: Rainer Zimmer-Winkel: Die Araber und die Shoa, Trier 2000
*.* Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung, die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, FfM 1994
*.* Hans G. Glasner: Antisemitismus - auch von Links in: Günther B. Ginzel: Antisemitismus, Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991
*.* Omar Kamil: Vortrag auf dem Symposium "Das Ende der Zukunft" am 1. Juni 2002 im Völkerkundemuseum in Hamburg
*.* Bernard Lewis: "Treibt sie ins Meer!" Die Geschichte des Antisemitismus, FfM 1987
*.* Alfred Morabia: Die Begegnung der Juden mit der Welt des Islam in: Bautz, Franz: Die Geschichte der Juden. Von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart, München 1992
*.* Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlev Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury, Freiburg i.B. 1992
*.* Wolfgang Wirth: »... von jener schimpflichen Gemeinschaft uns trennen«, Judenfeindschaft von der frühen Kirche bis zu den Kreuzzügen; in: Günther B. Ginzel: Antisemitismus, Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991
*.* Robert S. Wistrich: Muslim Antisemitism. A Clear and Present Danger, o.O. 2002



# unerkannt _anerkannt

## judith butlers ethik-projekt

**»wow, du hast tatsächlich mit ihr gesprochen ...! dafür schenke ich dir meine einzige handtasche.«**

*[... so Frauke zu Hans in Thomas Meineckes Roman Tomboy, nachdem er in einem Butlervortrag in den späten Neunzigern eine Frage an j.b. gerichtet hatte]*

Eine Poststrukturalistin, der über Adorno doziert? Eine Philosophin, die eigentlich Rhetorik lehrt? Ein Popstar, der gerne über Politik spricht? Eine Kämpferin, die radikal identitäre Kategorien und die ihnen inhärenten Zwangsverhältnisse ablehnt und doch time after time über sie konstituierende Dinge wie ihre »jewish education« erzählt? Soweit wir wußten, wollte j.b. in Frankfurt Vorträge über die ethische Gewalt halten; das schien ziemlich unerhört zu sein: Braucht sie dafür nicht irgendeine Form von normativer Grundlage? Und ist es nicht gerade Judith Butler, die so was ablehnt? Meine Welt war aus den Fugen geraten... Wie kann sich ein radikal politisches Projekt auf Ethik einlassen, die Wissenschaft, die sich damit beschäftigt, herrschaftsstützende Ideologien zu produzieren? Wie ethische Aussagen treffen, wenn mensch die Festschreibung von Universalität bekämpft?

Die Gelegenheit war günstig: Denn Judith Butler war »in town«, und sie hatte sich mit einer Gruppe von Studentinnen auf ein Treffen geeinigt, wie sie es ungeachtet ihres Status als Professorin und king o´ the scene bisweilen zu tun scheint. Sie während ihrer Präsenz über einige dringende Probleme zu befragen, schien mir als »irgendwie-schon«Feministin und Freizeitphilosophin zumindest angebracht. Gefragt habe ich sie dann doch nicht, dafür die Chance auf eine persönliche Antwort verpasst. Aber wieso? Weil sie eine Autorität ist? Gibt's vielleicht Themen, die zu komplex sind, um auch nur klug danach zu fragen? (Darf ich Frau Butler auch eine dumme Frage stellen?) Aber als wen adressiere ich sie dabei? Und wozu mache ich mich selbst? Die Situation wuchs mir über den Kopf: kaum möglich, in der Frage nach ihrer Position (fem_post_1993) all den identitären Zuschreibungen zu entkommen! Und überhaupt: Autoritäten ... Zuletzt habe ich mich wie Münchhausen selbst am Schopf aus dem Sumpf gezogen – im »freiwilligen« Verzicht. Kann ich denn auch von einer Rhetorikerin mündlich eine bessere Antwort erwarten, als sie in ihren Umfang reichen Schriften leistet? Ich schwieg also und ging dann (wie alle aus der »posse«) in die Adorno Lectures, hörte mir an, was sie zu sagen hatte,

schrieb mit, las die Vorträge, suchte nach zusätzlichen Texten, diskutierte, telefonierte, kopierte, machte mir ein Bild, und versuchte zu kapieren, was Ethik für die Politik bringen kann. Die Frage, die mir auf der Seele brannte, stellte ich mir selbst: Wieso, zum Teufel, versucht ausgerechnet Judith Butler sich an Ethik? Was ist damit gewonnen? Was alles zu verlieren?
(außer der Handtasche ... aber mir schenkt ja eh keiner so was.)

### »does a return to ethics constitute an escape from politics?«

*etliche ethische ambivalenzen vorweg*

Bringt mich / bringt uns eine Beschäftigung mit Ethik von meinem politischen Projekt ab, stürze ich mich auf die falsche Gegnerin? Die gängigen Verknüpfungen zwischen beiden funktionieren wirklich ein wenig so: Ethik depolitisiert. Die Beschäftigung mit Ethik würde also kein »Politisches« übrig lassen? Wenn »Ethik« auf dem politischen Feld eingesetzt wird, geht´s oft um eine ideologische Legitimation politischen Handelns. Das verschiebt die Ebene, auf der diskutiert wird. In der Rede von den »Werten« liegt eine Sinnhaftigkeit für die Einzelnen, die den »Macht«diskurs aussetzt und eventuell gewisse Interessen des Allgemeinen verschleiern hilft: so wär´s vielleicht ganz erhellend, sich die Rolle des »Nationalen Ethikrates« für die Durchsetzung neuer biopolitischer Interessen anzuschauen.

Dient Ethik dazu, Politik auf der Subjektebene plausibel zu machen, so kann sie das nur leisten, wenn gewisse Maximen, derer sie sich bedient, schon im Individuum verankert sind: »jede muss schließlich selbst wissen, was gut und böse ist...«, weiß das moralisch individualisierte Selbst und handelt danach, so gut es kann. Sich im privaten Bereich seiner »persönlichen« Moral unterstellend, gaukelt bürger sich die Autonomie vor, die ihm durch seine politische Verwaltung öffentlich vorenthalten wird, denn die Vorgaben, denen der Moralist sich unterstellt, betrachtet er als selbstgesetzte, schlimmstenfalls als ewige, einem höheren Sollen verpflichtet.

Mehr noch: Sich in Bezug auf einen Verhaltenskodex als ethisches Subjekt herauszubilden, heißt, sich überhaupt als (moralisch) kohärentes, autonomes Selbst zu stilisieren. Und der Übergang zur Tugend: wenn ich beim Befolgen einer Anweisung die Gründe dafür nicht nur verstehe, sondern sie mir selbst formuliere und sie schließlich zu meinen eigenen mache, wird staatsbürgerlicher Gehorsam zur »Tugend« (kritik?_2002). Damit mache ich mich als Einzelne beherrschbar und unterstelle mir gleichzeitig die Fähigkeit zu autonomem Handeln.

Politik wird also auf dem ethischen Feld gemacht und bedient sich moralischer Begründungen – und gerade darin liegt die stärkste Motivation zu einem Gegenprojekt: die korrumpierende Verbindung mit der Politik nämlich besteht. Mensch scheint nicht umhin zu kommen, sich in die aktuellen moralischen Diskurse einzumischen, und zwar nicht mit dem abgrenzenden Urteil (»Ethik ist doof«), noch darin, durch das Einmischen noch (s)ein Scherflein beizutragen. Eher müsste es darum gehen, Erkundigungen einzuholen, wie es möglich sein könnte, »eine neue Praxis von Werten«(kritik?_2002), einen produktiven Gegendiskurs zu eröffnen; eher muss da etwas anderes entstehen. Aber läuft das keine Gefahr, eigene ethische Maßstäbe für ein anderes »richtiges« Handeln zu setzen? Denn letzten Endes agieren wir doch weiter auf einem Feld voller moralischer Fallstricke, die umgangen werden wollen. die butlersche Gedankenspur aufnehmen _ die diverse AutorInnen unseres Vertrauens hinzuzieht _ diverse ethische Grundlegungen und Praxen demontiert: das ethische Urteil _ den Moralismus _ das Gewissen _ die zu verteidigenden Werte als universell gesehene... und vielleicht gelingt es, ein eigenes ethisches Gegenprojekt aus diesem Klotz Moral herauszuschnitzen, etwas zu finden, das – vielleicht – zu einer anderen sozialen Wirklichkeit führen kann...

### »the absolute evil...«

*moralisten moralismen moralisches urteilen*

Wogegen j.b. sich wendet, zeigte sich in den Diskussionen, in denen sie sich über die Reaktionen auf den »11. September« sprach. In dieser konkreten historischen Situation scheint sie die Notwendigkeit zu sehen, ihren politischen Einsatz gerade im moralischen Feld zu bringen.

Jener aktuelle Aufschwung und Anstieg des Moralismus manifestiert sich im derzeitigen Diskurs; es scheint der zu sein, der solch kategoriale Urteile wie »Achse des Bösen« fällen und ihre Legitimation aus unverrückbaren ethischen Prinzipien ableiten kann; der das Wahre, Gute, Mutige verteidigt; der fern aller Dilemmata klar für sich entscheiden kann, wer oder was das Böse ist – aus einem Universalitätsanspruch heraus, der tief in der eigenen, weißen, westlichen Welt wurzelt ... Die Rede vom »Kampf gegen das Böse« mobilisiert gerade faktisch zu Kriegsvorbereitungen, und sie basiert auf einem moralischen Urteil: Da hat jemand etwas »Falsches« getan, und weiter: deswegen ist er »böse«.

*j.b.: »kennt ihr die Darstellungen mit Bin Laden als ›das absolute Böse‹? Die Friedensbewegung hat dieses Bild mit dem Kopf von Bush überblendet und benutzt es als Plakat auf ihren Demonstrationen. Twice wrong, dachte ich mir da.«*

Eine Kritik an solchem Urteilen kann sich aus einer Kritik an den Gewaltverhältnissen speisen, die sie ins Werk setzen – der ontologischen Differenz zwischen Urteilendem und Beurteiltem, die sich nicht erst auftut, sobald »vernichtende Kritik« betrieben, die Adressierung zur Anklage wird, sondern die auf der Herstellung jener »deutlichen moralischen Distanz« fußt, die im Urteil über Personen allemal angelegt ist. Hier misst ein moralisch kohärentes Selbst ein anderes anhand seiner Maßstäbe...

*j. b.: »having committed a crime doesn´t mean being a criminal.« »having committed a terrorist act doesn´t mean being a terrorist.«*

Dabei braucht aus einleuchtenden Gründen schon gar nicht mehr über irgendeine mögliche Richtigkeit des Urteils gesprochen zu werden – die setzt der Moralist voraus, und sie ist immer auf seiner Seite. Adorno würde dazu sagen, das »wahre Unrecht« sitze eigentlich immer »an der Stelle, an der man sich selber blind ins Recht und das andere ins Unrecht setzt« (ad_lec_2002). Das heißt nun wirklich nicht, dass es weniger gewaltsam wäre, das andere auf Grund eines wie auch immer gerechtfertigten Normenkatalogs ins Unrecht zu setzen als es aus der überwältigenden eigenen moralischen Reinheit heraus zu tun. Urteilen

scheint eher immer blind zu sein, wo es bedeutet, jemanden »unter eine bereits konstituierte Kategorie zu subsumieren« (kritik?_2002), ohne nach dem Feld der Kategorien selbst zu fragen.

Zugegeben: die herkömmliche »Ethik« betätigt sich hauptsächlich im Fällen und Rechtfertigen von Urteilen, und die ist noch nicht ganz zu verwerfen; aber auch, wenn jene »natürlich *Teil* des ethischen Feldes sein« könnten: »*Nicht alle* ethischen Beziehungen lassen sich auf Urteilsakte reduzieren«, meint j.b. Die allgemeine Notwendigkeit von Urteilen im persönlichen und politischen Leben mal gar nicht bestritten, scheint es ihr aber doch um jene ethischen Beziehungen zu gehen, die sich nicht auf Urteilsakte reduzieren lassen: Es geht um die »ethische Reflexion über die Menschlichkeit des Anderen«, und die ist erst unter der Voraussetzung des aufgeschobenen Urteils möglich (ad_lec_2002). Dieser Aufschub ermöglicht das Erfahren der Anderen statt ihrer Aburteilung (auch, wenn sie noch so »anders« sind). Ich erfahre vielleicht, wie eineR »menschlich« ist, wenn ich das Urteil über sie / ihn aussetze, statt gleich zu behaupten, ich wisse eh Bescheid. Das Zwischenmenschliche gewinnt so vielleicht jenen prozesshaften Charakter zurück, den das momentane Urteil verleugnet, das die Anderen (gewaltsam) auf einen Begriff bringen, identisch machen, will.

Das zu hinterfragen bedeutet den wie auch immer gearteten Versuch, ethische Verbindungen zwischen Menschen anders zu denken als über richtig und falsch, sich nicht auf Gesinnung oder Überzeugung zu verlassen, und das Selbst nicht zur Grundlage und zum Maß des moralischen Urteils zu machen. Schließlich, nicht zu meinen, durch richtige Anwendung seiner praktischen Vernunft zu einem sich selbst vollständig bewussten, moralisch kohärenten Subjekt werden zu können, zu einem selbstidentischen Subjekt überhaupt, das durch getreues Befolgen des eigenen Gewissens immer das »Richtige« tut und aus dieser Position heraus Andere richten kann: denn so wird der »Moralist zum Mörder«.(ad_lec_2002)

### »are you betraying [us]?«

*genealogie der moral aus verletzungen: rache oder strafe oder was sonst?*[1]

Ein ethisches Problem, das auch Butler nicht so ohne weiteres lösen kann, ist der Umgang mit Verletzung. Das Beispiel, an dem sie sich am Anfang ihrer philosophischen Karriere abgearbeitet zu haben scheint, ist jene ethische Praxis, die sich in den jüdischen Communities der Überlebenden des Holocaust und ihrer Nachfahren in Nordamerika entwickelt hat – aus der Matrix der deutschen Judenvernichtung. Der Knoten bleibt in diesem Extremfall unauflösbar bestehen: Jene »hyperethicality« (eth_amb_1999) versucht, die unfassbaren Ereignisse zu verarbeiten oder kompensieren, ohne zu Gewalt zu greifen, und verfällt dabei in ein lähmendes Moralisches. Als Reaktion auf die Unfassbarkeit der Ereignisse fundiert dieser Diskurs ein höchst wachsames Auge auf jede Art von ethischer Verfehlung, um sich selbst nichts zu schulden kommen zu lassen.

Auf diesem Geflecht aus Gewalt, Verletzung und schmerzhaftem Erinnern läßt sich vielleicht nur leben, wenn moralisches Verhalten, Treue, Solidarität innerhalb der Gruppe hoch bewertet werden: einzig sie gibt psychologischen Halt. Und nur das Beharren auf der einer gesteigerten moralischen Integrität verhilft zu psychischem Überleben und der Hoffnung, vielleicht »eine bessere Welt« für die Zukunft zu schaffen.

Rache zu üben, wäre unvereinbar mit den ethischen Werten aus den eigenen Gewalterfahrungen; wollen die Opfer nicht zu Tätern werden, müssen sie aus dieser Spirale aussteigen und versuchen, auf einer anderen Ebene weiterleben. Auch vergessen, ist keine Alternative, zu tief ist alles ins Gedächtnis eingebrannt. Und das unausweichliche Erinnern ruft jeweils die erfahrene Ohnmacht auf den Plan, die weder rückgängig zu machen, noch produktiv zu wenden ist. Erlittene Gewalt ist eben nicht durch Wiedergutmachungen und Entschuldigungen aus der Welt zu schaffen, und auch nicht durch Strafen: »Institutionen der Bestrafung und Einsperrung sind verantwortlich dafür, das Leben derer derer zu stützen, die in sie eintreten, weil sie eben die Macht haben, Leben im Namen der ›Ethik‹ unangefochten zu beschädigen und zu zerstören.« (ad_lec_2002)

Butler löst das Paradoxon dieses Beispiels nicht auf. Nicht zu versuchen, die Hilflosigkeit aus der erlittenen Verletzung mittels Gegengewalt oder Moral aufzuheben, hieße, ihr machtlos gegenüber zu stehen. Hier scheint ethisches und sogar gesteigertes ethisches Verhalten und Urteilen die einzige Möglichkeit für die Betroffenen zu sein – und ist doch eine moralische Sackgasse.

*Wenn alle einfach so täten, was sie sollten, gäbe es ja keine Probleme... Subjekt zum Gewissen: »Was soll ich tun?« Gewissen: »Wende dich da vertrauensvoll an mich...«*

Geht es Butler nun darum, Gewalt zu verhindern? Letzten Endes ja. Aber nicht durch die Etablierung eines »Gewissens«. Aber wie Leute dazu bringen, sich »menschlich« zu verhalten, wenn frau sie weder durch Gewalt noch Gesetze noch Ethik noch Nächstenliebe zwingen mag? Wenn es ohne die Einsetzung von Normen für »menschliches«/»ethisches« Verhalten gehen soll? Überwachen dann alle alle? Alle sich selbst? Und wonach? Nein, die Frage ist vielmehr die, inwiefern Verantwortlichkeit sich »freiwillig« begründen läßt, ohne auf eine Gewissensinstanz bauen zu müssen... und sie muss unter dem Blickwinkel gestellt werden, dass mein Handeln für immer andere relevant ist oder werden kann.

### »it´s not possible not being affected«

*(über die unmöglichkeit, nicht von anderen »betroffen«, berührt, verletzt zu werden)*

Der Anspruch auf Glück, Freiheit oder Sicherheit? Die Möglichkeit dazu? Verfassungsmäßig garantiert gar? – »I am not a philosopher of freedom«, sagt Butler. Statt dessen spricht sie drei Abende lang von Verantwortung, Verletzung und gegenseitiger Rechenschaft: Selbst du musst zulassen, dass du es nicht verhindern kannst, dass von anderen Bezug auf dich genommen wird (being affected by others), sagt sie zum Mächtigen, das passiert ständig, egal, ob absichtlich oder nicht; und selbst, wenn es aus böser Absicht passiert, bist du für deine Reaktionen darauf verantwortlich. Du kannst keine absolute Sicherheit für dich herstellen und du hast keinen größeren Anspruch darauf als andere, nicht verletzt zu werden, und deine Prinzipien sind keine universellen.

Ethik aus der Sicht der Betroffenen, der Verletzten? Ja, denn alle sind betroffen und verletzlich. Auf alle kann Bezug genommen werden. Die verletzende Anrufung als Subjekt ist in jedem sozialen Akt impliziert: von Anfang an durch Andere strukturiert und adressiert zu werden, ihnen ausgeliefert zu sein, und nicht, sich zu verteidigen, zu wollen, zu handeln, konstituiert uns letztlich. So gründet unsere Sicherheit auf unserer Verletzbarkeit und unser Wissen auf unserer konstitutiven Undurchsichtigkeit. Und so hält uns paradoxerweise gerade die Unerfüllbarkeit unserer »Begierde zu sein« am Leben, immer eingefordert statt einmal erlangt: »do not seed upon your desire«, sagt sie mit Lacan, du musst das Begehren begehren, steck´ es nicht auf.

Dass unsere ganze Undurchsichtigkeit nicht jede Form von Handlungsfähigkeit und Verantwortlichkeit ausschließen darf, folgt daraus, dass irgendwie für alle physisches und psychisches Überleben in dieser Welt möglich sein muss. Im Anschluss an Hegel vertritt Butler in den Adorno Lectures ein Projekt wechselseitiger Anerkennung: der Andere ist wie ich, erkennt er mich an, so erkennt er auch sich in seiner Gleichheit zu mir. (Das macht beide glücklich und darüber hinaus zu gesellschaftlichen Wesen.) Sie geht aber insofern über Hegel hinaus, als sie diese »Gleichheit« nicht auf einer Erkennbarkeit des Anderen beruhen lässt, sondern auf seiner Unerkennbarkeit, dem unausweichlichen – und gemeinsamen – Scheitern bei dem Versuch,

Rechenschaft über sich selbst abzugeben. *»Die Geschichten, die ich beim dritten Glas Wein von mir selbst erzähle, unterscheiden sich meist völlig von denen, die ich sonst so erzählen würde.«*

Absolute Sicherheit gibt´s in dieser Anerkennungsszenerie keine: sich einem fremden Anderen gegenüber stellen, heißt nicht, dass es mich nicht verletzen kann, und das Ganze kann sowieso nur stattfinden, wenn ich mich darauf einlasse, mich nicht über es zu stellen und mit »He, sie da« anzurufen, oder die Adressierung gleich zur Anklage zu machen: »you´re on my property...«[2]

Setzt nun eine Ethik, die auf gegenseitigen Wunsch nach Narration baut - arg idealisiert - das stille Kämmerlein voraus, in das sich jede mit jeder, jeder mit jedem zurückziehen kann, um sich ausführlich gegenseitig wahrzunehmen und sich die unterschiedlichen Geschichten seiner selbst zu erzählen? – und liest sich das nicht ein wenig wie eine Anleitung, die ganze Welt im Wissen um ihre Undurchsichtigkeit und die Verletzungen, die sie mir zufügt, lieben zu lernen? Eine Komplexitätsreduktion? Oder doch ein Anerkennen von Komplexitäten, und die Möglichkeit, etwas anzuerkennen, das völlig verschieden von mir ist – ohne es zu kennen?

*»wenn das Subjekt sich selbst undurchsichtig ist, kann es noch lange nicht tun, was es will, oder seine verbindlichen Beziehungen zu anderen ignorieren.«*

Den Sinn der Verantwortung auf der Grundlage der Grenzen des Selbstverständnisses neu zu denken, heißt, sich selbst und andere als Subjekte zu akzeptieren, deren Entstehungsbedingungen sich nicht vollständig erklären lassen, und stellt klar, dass das Unbewusste mit seinem Überschuss und seiner Undurchsichtigkeit als psychisches Erfordernis des Überlebens und der Individuation weder übergangen noch durchdrungen werden kann: Es basiert auf bestehenden Verletzungen, und die können wir nicht alle wissen. So kann die Forderung nach Transparenz oder Identität niemandem gegenüber erhoben werden. Das Nicht-Kennen ist kein Anklagepunkt mehr gegen das Fremde, wichtiger ist die Einsicht in das Nicht-Kennen-Können.

Der zentrale Punkt ist aber der, den Anderen eben doch kennen zu wollen und sich auf einen nichtendenden Prozess einzulassen: Das ist in der zentralen Frage »Wer bist du?« angelegt, die dazu da ist, immer weiter gestellt zu werden, ohne je zu meinen, es gäbe eine abschließende Antwort darauf. Die ethische Haltung liegt nicht in der Beantwortung, sondern in der Praxis, die Frage zu stellen. Anders herum: »ich« verändere mich im Prozess des Fragens ständig selbst, so dass ich keine endgültige Antwort erwarten kann, denn auch mein »So-sein« hängt vom »Anders-sein« der Anderen ab, und die hängen in ihrem »Anders-sein« von meinem »So-sein« ab, und so ergibt

*»jede Antwort wieder eine neue Frage, und jede neue Frage wieder eine neue Antwort«*

Das Betonen eines primären physischen und psychischen Ausgesetztseins und einer schutzlosen Offenheit dem Anderen gegenüber, das Beharren auf der Notwendigkeit dieser schwierigen, unsteuerbaren Relationalität und schließlich genau das Ertragen(wollen) der Unerträglichkeit dieses Ausgesetzt-Seins, als Zeichen einer geteilten Verletzlichkeit, einer gemeinsamen Körperlichkeit, eines geteilten Risikos, ermöglicht die Entwicklung einer Ethik, die keinerlei Sicherheit bietet, außer der, dass ohne die Anderen kein Überleben möglich ist, egal, wie sehr sich "mich" auch hänseln und verletzen und adressieren und lieb haben mögen: denn genau das konstituiert mich, das macht »mich« zu »mir«.

*»Möglicherweise erscheint die Frage der Ethik genau an den Grenzen unserer Systeme der Verständlichkeit, dort, wo wir uns fragen, was es heißen könnte, einen Dialog fortzuführen, für den wir keine gemeinsame Grundlage annehmen können und wo wir uns gleichsam an den Grenzen unseres Wissens befinden und dennoch Anerkennung zu geben und zu empfangen haben.« (ad_lec_2002, 9)*

### # epilog - verletzende prägungen - (once in a lifetime) #

»Als ich 8 war, traf ich Udo Lindenberg in einer Hotellobby, aber ich habe ihn nicht angesprochen. Als ich 17 war, hatte ich Karten für ein Nirvanakonzert, das ausfiel. Ich sah Kurt Cobain nicht mehr lebend wieder. Und nun, mit 26, hätte ich die Chance gehabt, eine persönliche Antwort auf die Frage zu

bekommen, wie frau mit einer permanent fragenden Haltung allen gegenüber zu einer politischen Praxis kommen kann, oder, ob genau dies nicht eine hochpolitische Praxis ist ... aber vielleicht bleibt das auch selbst auszuprobieren ...?«

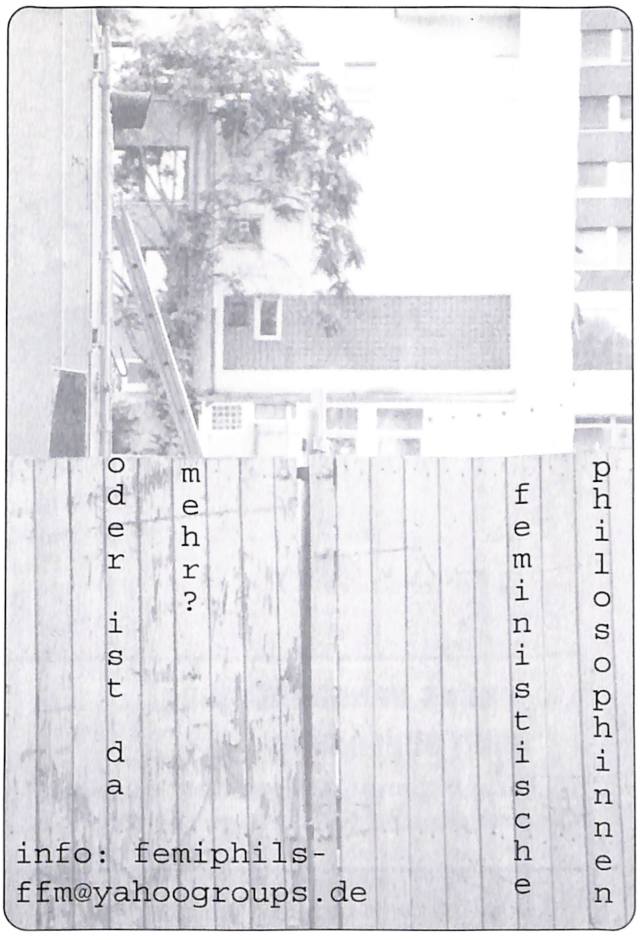
*anna kant, b. settele,*
*be-collectivante*

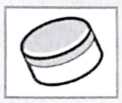
credits - dank an alex_anne_auweg_bini_uta_daniel_dietmar_ _d-red_femis_mello_oli_wng fuer aufmunterung, lit, krit, material, sinn + verstand und zeit
und an adriana_emmanuel_fritz_georg_judith_michel_theo für diverse vorüberlegungen

**#1** ...den Versuch, Ethik aus der Sicht der Verletzten zu denken, macht Emmanuel Lévinas.
**#2** ...und außerdem bist du in Schussweite!« - Michael Moore untersucht den nordamerikanisch-nationalen Umgang mit Waffen. Zentraler Gedanke ist, dass das Verlangen nach immer mehr Sicherheit tatsächlich immer mehr Angst generiert.

**Literatur:**

*.* ad_lec_2002 - Judith Butler, Adorno Vorträge FfM 2002: »Kritik der ethischen Gewalt«. Die Adorno Vorträge haben vom 11. bis 13.11.2002 in Frankfurt statt gefunden (Initiatorin Institut für Sozialforschung) und sollen jährlich mit Autoritäten wechselndender Fachgebiete über die Bühne gehen.
*.* kritik?_2002 - Judith Butler, Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend, in: Dt. Zeitschrift für Philosophie 2002, Heft 50
antigone_2001 - Judith Butler, Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre, Interview diskus 3.01. www.copyriot.com/diskus
*.* eth_amb_1999 - Judith Butler, Ethical Ambivalences, in: *figurationen*, Nullnummer, Heft 0/99. http://www.figurationen.unizh.ch/desktop.html
*.* fem_post_1993 - Judith Butler, Kontingente Grundlagen: Feminismus und die Frage der »Postmoderne«, in: Benhabib, Butler, Cornell, Fraser: Der Streit um Differenz, 1993
*.* hand_2002 - René Aguigah, Wir in der Hand der Anderen. Wie erklären wir, dass wir immer von Anderen beeinflusst werden, die wir nicht kennen? in: *taz* vom 18.11.2002
*.* bowling_2002 - Michael Moore, Bowling for Columbine, Film, USA 2002.



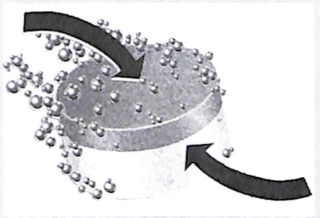


## weder entschädigung, noch auflösung

IG Farben demonstrieren Kontinuität, Demonstranten für die Liquidierung.

Nur gut 100 Demonstranten erwarteten Mitte Dezember die Aktionäre der »IG Farben AG in Abwicklung« (IGF) in Frankfurt. Darunter studentische Initiativen und solche aus dem Antifa-Bereich sowie Peter Gingold, der für die VVN-BdA sprach. Sie protestierten wieder für die Auflösung des einst größten Konzerns im nationalsozialistischen Deutschland und die Verwendung des IGF-Vermögens zur Entschädigung der Zwangsarbeiter. Transparente forderten aber auch: »Dem antisemitischen Pack auf die Pelle rücken« und zitierten mit »Deutschland denken heißt Auschwitz denken« Adorno. Mehrere Demonstranten führten israelische Flaggen mit sich. Kurz nach Beginn der Hauptversammlung protestierten etwa 25 bis 30 kritische Aktionäre im Saal selbst. Sie zeigten ein Transparent mit dem Text »Alle Jahre wieder: KZ-Profiteure beim Zocken« und verlangten Rederecht, das nicht erteilt wurde. Statt dessen wurden sie von Angestellten eines privaten Wachdienstes und Polizisten aus dem Raum gedrängt. Auf Veranlassung eines Ordners räumten die Beamten dabei auch gleich noch einen Reporter des Neuen Deutschland mit nach draußen, weil er trotz Aufforderung das Fotografieren nicht unterlassen habe. Der auffordernde Anzugsträger hatte sich jedoch nicht als Bevollmächtigter des Unternehmens ausgewiesen, die Aufforderung war daher gegenstandslos. Der Journalist wurde mit Hausverbot belegt, auf Druck eines Einsatzleiters aber wieder zugelassen.

IGF wirken nicht nur wie ein Relikt aus einer anderen Zeit, die Liquidatoren (vergleichbar mit Geschäftsführern) reden auch so, namentlich Volker Pollehn. Er war der Meinung, dass IGF »eine der gewaltigsten Protestlawinen, die deutsche Unternehmen je erlebt haben, mit Anstand durchgestanden« habe – der Mann weiß offenbar weder wovon er spricht, noch was unter Anstand zu verstehen ist. Immerhin ist der Realismus so weit gediehen, dass die Rückerlangung alten Ostvermögens (worunter Aktionäre vor einigen Jahren sogar noch »Vermögenswerte in Polen« verstanden) als aussichtslos bezeichnet und nicht mehr verfolgt wird. Anders verhält es sich im sogenannten Interhandel-Komplex, bei dem die von der Bank UBS geforderte Summe bis zu 4,4 Mrd. Mark beträgt. Hier bestehen zwar auch nach Firmenangaben keine rechtlich durchsetzbaren Ansprüche mehr, das aber will man nicht einsehen: »Die UBS ist gut beraten, sich mit uns zu einigen so lange das noch möglich ist, sie trägt sonst den Makel des Unrechts auf ihrer Stirn.« Zugleich heißt es im Geschäftsbericht 2001, man wolle das Vermögen aus dieser Angelegenheit angeblich zur Entschädigung von Zwangsarbeitern verwenden. Eine Konstruktion, die schon seit ein paar Jahren als Motivation für die Bemühungen in Sachen Interhandel herhalten darf sowie als Begründung dafür, dass die IGF-eigene Entschädigungsstiftung nur mit lächerlichen 500 000 Mark ausgestattet wurde und bislang keinerlei Auszahlungen vorgenommen hat. Demgegenüber bezifferte Liquidator Otto Bernhardt (CDU) die jährlichen Pensionsverpflichtungen für die ehemaligen Täter auf 800.000 Euro im Jahr. Außer am Interhandel-Komplex hänge die »nach wie vor« für 2004 angestrebte Auflösung noch am Verkauf der Immobilien und Grundstücke, für die ein Käufer gefunden sei, die Abwicklung müsse aber noch unter Dach und Fach gebracht werden. Im Jahr 2001 ist das ausgewiesene Abwicklungskapital von IGF von 20,7 Mio. auf gut elf Mio. Mark gesunken, verursacht durch einen gegenüber dem Jahr 2000 mehr als verdoppelten Betriebsverlust von fast zehn Mio. Mark. Dazu trugen Abschreibungen bei: Die Tochter Ammoniakwerk Merseburg GmbH, deren Tochter wiederum das opera-



tive Geschäft betreibt und die Immobilien besitzt, wurde komplett abgeschrieben und befindet sich nun mit dem symbolischen Wert von einer Mark in den Bilanzen, obwohl sie Grundstücke und Häuser im Wert von 75 Mio. besitzt. Ebenso wurde der Kredit von IGF an ihre Tochter im Wert von 30 Mio. Mark komplett abgeschrieben.

Da die Gesellschaft selbst rechtlich durchsetzbare Ansprüche in Sachen Interhandel verneint und die Immobilien angeblich kurz vor dem Verkauf stehen, fragt sich, mit welcher Begründung die Abwicklung sich noch bis 2004 hinschleppen soll. Sollte sich das ausgewiesene Abwicklungskapital bis 2004 ähnliche rasch wie zuletzt verringern, wird es dann sowieso nichts mehr abzuwickeln geben.

*Martin Brust*

Dieser Artikel ist im Original erschienen auf *Liga6000 – frankfurt_digital.* Online-Magazin für Alltag in Frankfurt. Musik, Literatur, Politik und mehr. Zu finden unter: **www.liga6000.de**

## gurkendose auf konzertflügel

Einige nachträgliche Bemerkungen zu Polanskis »Der Pianist« und seiner deutschen Presserezeption.

Nach dem Advertisement für Polanski Film in Deutschland hätte man erwarten können, dass die ›Rettung‹ des Pianisten durch einen deutschen Wehrmachtsoffizier auch in der Presse einen breiteren Raum einnehmen würde, da deutsche ›Retter‹ seit »Schindlers Liste« medial hoch im Kurs stehen. Das war – sieht man von der Bild-Zeitung ab – glücklicherweise kaum der Fall, zumal weder der Film, noch der bereits 1946 verfasste Bericht von Szpilman eine solche Deutung wirklich hergeben. (Darüber hinaus müsste es sich langsam herumgesprochen haben, dass Überlebende des Holocaust häufig einen ›Retter‹ haben. Zum einen bedurfte es einer solchen Person aus ganz praktischen Gründen, zum anderen stellte sie für viele Überlebende einen psychischen Bezugspunkt dar. Eine – aus welchen Gründen auch immer geleistete – Unterstützung konnte zur ›Rettung‹ verklärt werden, um nicht vollends das Vertrauen in die Menschen zu verlieren.)

Einhellig war die Aufmerksamkeit und Anerkennung für einen anderen Punkt: Polanski gilt spätestens seit »Ekel« und »Rosemaries Baby« als Meister von Gewalt- und Horrorinszenierungen – und in der Tat hat der Film hier etwas zu bieten, was so in den letzten Jahren nicht im Kino zu sehen war. Im weitgehenden Verzicht auf die Mythologisierung der Gewalt und des Todes führt er in lakonischen Bildern ihre Endgültigkeit vor Augen – keine Szene, in der sich noch mal jemand über eine Leiche beugt und bescheinigt, dass sie tot ist. Nie war die Anwesenheit von Toten in den Straßen so selbstverständlich, ohne dass den ZuschauerInnen ein Trost angeboten wird oder ein noch so verstellter Sinn aufscheint. Wenn bei anderen die Streicherquartette einsetzen, ist bei Polanski nur das leise Summen der Fliegen zu hören.

Der entscheidende Punkt, an dem der Film von den konventionellen Darstellungen des populären Kinos abweicht, ist in den Rezensionen zwar bemerkt, aber in seiner historiographischen wie filmtheoretischen Bedeutung nur in der Besprechung von Georg Seesslen in der Zeit thematisiert worden. Er liegt in der eigentümlichen Konzentration und Hingabe, mit der Polanski die Überlebensgeschichte von Szpilman nachzeichnet und versucht, eine individuelle Geschichte inmitten der von Ikonen umstellten Erinnerungslandschaft zu erzählen.

Hat man den Bericht von Szpilman selbst gelesen, wird erst deutlich, wie eng Polanski – von der angedeuteten Liebesgeschichte zu Beginn abgese-

hen – an der Vorlage bleibt: kein dramaturgischer Höhepunkt, der nicht der Vorlage von Szpilman folgt. Der Spielfilm geht ins Dokumentarische über, ohne sich gegenüber den historischen Tatsachen zu versklaven. Vielleicht ist das ein wenig so, wie es Jorge Semprun in seinem jüngsten Roman »Der Tote mit meinem Namen« für die Literatur beschrieben hat: nämlich, dass der Schriftsteller mit seiner kreativen Leistung der Historiographie zu Hilfe eilen muss, um historische Wahrheit zu generieren. Ähnliches kann für die Regiearbeit gelten. Darin liegt der Vorteil der Literatur oder des Films gegenüber der Wissenschaft: dass sie freier mit den Fakten umgehen können und häufig auch weniger theorieblind und positivistisch sind als eine den historischen Fakten verpflichtete Geschichtswissenschaft.

Erstaunlicherweise war es der Nicht-Filmtheoretiker Marcel Reich-Ranicki, der in der *FAZ* auf die Notwendigkeit hinwies, neue Bilder zu inszenieren, da die verfügbaren dokumentarischen zumeist NS-Propaganda sind. Allerdings müssen sich die inszenierten Bilder nicht nur zur Historie verhalten, sondern sich auch gegenüber den etablierten Holocaust-Erzählungen behaupten. Und hier bewahren die Versenkung ins Detail der Überlebensgeschichte seiner Hauptfigur und der Blick fürs Profane und das Absurde Polanski davor, den konventionellen Narrativen zum Opfer zu fallen: die Gurkendose auf dem Konzertflügel statt das rote Kleidchen in farbloser Menge als zentrales Motiv zu zeigen.

*Micha Elm*

## schritte ohne schritte auf deutschland zu

kYoram Kaniuk alias »Der letzte Berliner« schildert seine erste und darauf folgende Reisen nach Deutschland. Im Rückgriff auf das Bild von der »Rückkehr ohne Schritte« aus Nelly Sachs' Stück Eli beschreibt er seinen Wunsch, nach Deutschland fahren zu wollen, ohne in Deutschland zu sein. Er bettet seine biografischen Schilderungen in einen narrativen Rahmen ein, der die Ambivalenz in seiner dilemmatisch anmutenden notwendigen Verbindung zu Deutschland veranschaulicht. Eckdaten der Familiengeschichte: Vater Mosche Kaniuk, 1898 in Tarnopol (Galizien) geboren, in den 20er Jahren nach Berlin emigriert, Studium u.a. in Heidelberg, 1928 Auswanderung nach Palästina; Yoram wird 1930 in Tel Aviv geboren und ist im Vergleich zu den meisten seiner Altersgenossen kein Überlebender des Holocaust. Zentrales Moment seiner Sozialisation durch Großvater und Vater war deren positiver Bezug auf die deutsch-jüdische Kultur der Weimarer Republik.

Kaniuk erzählt eine Geschichte, die er irgendwann angefangen und nicht zu Ende geschrieben hat. Die Interpretation liegt nahe, dass es sich dabei um seine eigene Geschichte handelt. Auf einer mysteriösen Gedenkfeier zum Todestag seines Großvaters erfährt Uri vierundzwanzig von der schicksalhaften Bestimmung, die ihm sein Großvater aufgebürdet hat. Am 28. November 1939 sollten Gustav vierundzwanzig und seine Frau Hilde Berlin verlassen. Aus ungeklärten Gründen erscheint sie nicht am verabredeten Treffpunkt; die beiden sehen sich nie wieder. Uris Bestimmung ist es nun aufzuklären, weshalb seine Großmutter nicht wie verabredet am Bahnhof ankam. »Erst jetzt begriff Uri das Spiel, das sein Großvater seit seiner frühesten Kindheit mit ihm gespielt hatte. Der Großvater hatte ihn gelehrt, wie Berlin am 28. November 1939 aussah, dem Tag, an dem er die Stadt verließ. Die Momentaufnahme der Stadt hatte sich in sein Bewusstsein unauslöschlich eingeprägt, und so gab er sie an seinen Enkel weiter, und der Enkel hatte Freude an dem Spiel und glaubte, er lerne bei dem Spiel eine Stadt kennen, die gar nicht existierte« (S. 27). Man kann diese Geschichte als eine Erklärung für das emotionale Spannungsverhältnis lesen, in dem sich Kaniuk zu Deutschland befindet. »Weniger aus Neugier als aus einer Art Heimweh« (S. 21) macht sich »der letzte Berliner« 1984 zum ersten Mal auf den Weg nach Deutschland.

Yoram Kaniuk schreibt vor allem ein sehr persönliches Buch, doch durch seine zahlreichen Verweise auf die deutsch-jüdische Geschichte und die Bezüge zu der durchaus politischen Frage des möglichen Verhältnisses zwischen Israel und Deutschland gelingt es ihm, über sein individuelles Erleben hinaus die kollektive Geschichte deutsch-jüdischer Identität bzw. deren Unmöglichkeit zu erzählen. Im Mittelpunkt steht die schmerzhafte Erfahrung jüdischer Intellektueller, die Stefan

Zweig im Exil 1942 kurz vor seinem Selbstmord wohl am eindringlichsten beschrieben hat: »Mein literarisches Werk ist in der Sprache, in der ich es geschrieben, zu Asche gebrannt worden ... Auch die eigentliche Heimat, die mein Herz sich erwählt, Europa, ist mir verloren ...« (S. 22). Auf die Zerstörung und Heimatlosigkeit deutsch-jüdischer Kultur kommt Kaniuk immer wieder zu sprechen.

Das Thema, das in unterschiedlicher Weise auftaucht, ist, ganz allgemein gesprochen, die Frage nach einem möglichen Verhältnis von Juden und Deutschen, genauer gesagt, die Frage, weshalb in Deutschland die Sehnsucht nach deutsch-jüdischer Kultur oder das Gefühl eines Verlustes nicht stärker spürbar ist. Kaniuk stellt in Deutschland immer wieder verwundert fest, dass die gemeinsame Geschichte, die durch den Holocaust brutal beendet wurde, in Deutschland nicht stärker als Verlust und als Abbruch einer gemeinsamen Geschichte wahrgenommen wird. In diesem Sinne konstatiert er resignativ: »Da war wieder die fehlende Wahrnehmung einer Präsenz, die aus der Abwesenheit lebte. Sogar in Peking empfindet man die Abwesenheit der Juden stärker als in Deutschland« (S. 192).

In den verschiedenen geschilderten Begegnungen taucht sehr plastisch die schmerzliche Erfahrung der Diskrepanz zwischen seinem persönlichen Bedürfnis nach einer offensiven Auseinandersetzung mit der deutsch-jüdischen Vergangenheit und der für ihn in Deutschland spürbaren bis zur Ignoranz reichenden Distanz gegenüber der gemeinsamen Geschichte auf. Kaniuk formuliert jedoch nicht, wie die Rezension in *Die Zeit* (26 / 2002) von Stefan Weidner nahe legt, den pauschalen Antisemitismusvorwurf. Dieser Vorwurf wird der Vielfalt der Schilderungen nicht gerecht. Und auch die abfällige Bemerkung von Eva-Elisabeth Fischer in der Süddeutschen Zeitung (02. 08. 2002), es handele sich um ein »entsetzlich dummes« Buch, übersieht die Subtilität und Tiefe der Auseinandersetzung. Man könnte die Rezensionen durchaus als Ausdruck einer permanenten Schuldabwehr lesen, die in jeder Äußerung eine Anklage sieht. Die eigenwillige Interpretation, die Stefan Weidner von Kaniuks Schilderung seiner Gedanken während eines Besuchs bei Habermas gibt, lässt sich anders kaum erklären. Kaniuk schreibt: »Wir tranken Wein, die Bücher, die Bilder und das ruhige Gespräch verbreiteten eine angenehme Atmosphäre. Als ich dieses abgelegene Haus sah, dachte ich, wie leicht es gewesen wäre, hier Juden zu verstecken. Allein im Erdgeschoss hätte man vier Juden unterbringen können. Wer hätte sie mitten im Wald gefunden? Ich sagte Habermas nichts von diesen Gedanken. Er ist nicht schuld an dem, was nicht geschehen ist« (S. 241). Weidner leitet diese Szene folgendermaßen ein: »Aber man sträubt sich zu verstehen, warum dann auch Habermas ins Schussfeld gerät.« Und nach einer kurzen Schilderung der oben zitierten Begegnung gibt er folgende Deutung: »Im selben Moment, in dem Kaniuk Habermas freispricht, insinuiert er dessen Schuld. Denn im Kontext dieses Buches ist der Vorwurf immer schon erhoben.« Wohlwollend könnte man diese Deutung als eine Fehlinterpretation lesen, meines Erachtens steckt dahinter jedoch die strukturelle Abwehr einer sensibilisierten Wahrnehmung, die Kaniuk als Person symbolisiert.

Natürlich provoziert Der letzte Berliner durch seinen kritischen Blick auf Deutschland. Aber gerade weil das Buch in sehr persönlicher Weise Gedanken, Gefühle und Ängste eines Israelis mit einer solchen Biographie aufzeigt, enthält es das Bedürfnis nach Auseinandersetzung und Verständigung. Bemerkenswert ist die schonungslos ehrliche und offene Art Kaniuks. So verwundert es auch nicht, dass es an vielen Stellen selbstironisch auch eigene Vorurteilsstrukturen eingesteht. »Meine Frau hatte alle Mühe, italienische Fieberthermometer für mich aufzutreiben, die schwierig zu bekommen waren, um keine deutschen Thermometer kaufen zu müssen. Ich fuhr französische Wagen, die mir nur Ärger machten, um mir keinen Volkswagen anzuschaffen, der mir siebenhundertundfünfzig Tage in der Werkstatt und astronomische Preise erspart hätte, ich tauschte einmal ein deutsches Fernsehgerät wieder um...« (S. 20).

Das Spektrum der Schilderungen bewegt sich zwischen Selbstironie und direkter Anklage. Natürlich lässt sich in diesem Buch nachlesen, dass es in Deutschland spürbaren Antisemitismus gibt, aber wer wollte das bestreiten? In den aktuellen politischen Debatten um den Konflikt im Nahen Osten lässt sich immer wieder feststellen, dass man sich hierzulande in besonderem Maße aufgerufen fühlt, Kritik an Israel zu üben. Das Unangenehme daran ist, dass diese Kritik inzwischen sogar häufig mit dem Argument versehen wird, man habe aus der Geschichte gelernt und müsse sich gerade wegen der historischen Verantwortung, bzw. der Auseinandersetzung mit der Geschichte äußern. Auch wenn man sich die jeweilige historische Situation genau ansehen muss, werfen Kaniuks kriti-

sche Ausführungen über seine Kritik an der Haltung der Grünen zu Israel während des Golfkrieges durchaus aktuelle Fragen auf. Wenn man aus Deutschland eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikt fordert, muss man sich damals wie heute durchaus fragen, ob man die in Israel erlebte permanente Bedrohung durch den Irak wirklich ernst nimmt.

Verfolgt man in Deutschland ernsthaft den Anspruch, verantwortlich mit der Geschichte umzugehen, muss man sich unangenehme Fragen stellen. So schmerzlich es ist, die Frage, ob Ignatz Bubis Angst hatte, sein Grab würde geschändet, wenn er in Deutschland begraben würde, ist berechtigt und wichtig.

In einer Selbstbeschreibung am Ende seines Buches macht Kaniuk deutlich, dass es ihm um die Frage der Erinnerung geht und darum, was man aus ihr macht und wie man sie lebt: »Die meisten Deutschen und Juden sind nur dafür verantwortlich, wie intensiv sie sich mit dem Geschehen auseinandersetzen und auf welche Art sie das tun.« (S. 253) Das liest sich wie eine Aufforderung, sich ehrlich und verantwortlich mit den eigenen Verstrickungen in die jeweilige kollektive Erinnerung auseinander zu setzen.

*Tanja-Maria Müller*

Yoram Kaniuk: »Der letzte Berliner«. Aus dem Hebräischen von Felix Roth. List Verlag, München 2002. (18 EUR)

## schwieriges stimmen

Der Offenbacher Verein Connection e.V. tritt seit Jahren für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. International arbeitet er mit Gruppen zusammen, die sich gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren. Aus dieser Arbeit heraus ist ein Buch entstanden, dass sich mit dem Nahostkonflikt auseinandersetzt. Autor/innen aus Israel, Palästina und Deutschland versuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln emanzipatorisches Potential zur Lösung dieses Konflikts zu aktivieren. Einig sind sie sich in dem zentralen Ziel eines sicheren Israels und eines eigenständigen palästinensischen Staates. Dies bedeutet die Beendigung des palästinensischen Terrors und die Räumung der israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten Westbank und Gaza. Das Buch macht deutlich, welche Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel zu bewältigen sind.

Moshe Zuckermann, Professor für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, weist auf die Bedeutung einer Räumung der besetzten Gebiete für das Selbstverständnis Israels hin. Bis heute hat es die israelische Gesellschaft versäumt, zu klären, ob sie den Staat Israel als ein politisches oder als ein religiöses Projekt versteht. Für die Siedlerbewegung ist das Westjordanland das »Land der Urväter« und Hebron die Stadt Abrahams. Für sie ist Israel wesentlich auch ein religiöses Projekt. Eine Rückgabe der besetzten Gebiete kommt für sie nicht in Frage. Doch dies bedeutet, so Zuckermann, »dass Israel in einem Dauerzustand der Okkupation und der akuten Gewalt verharrt.« Eine Lösung des Konflikts ist nur möglich, wenn Israel zuvor sein Selbstverständnis klärt. Und das kann nur heißen, sich von dem religiösen Staatsverständnis zu verabschieden. Israel muss sich zuallererst als ein politisches Projekt begreifen.

Sowohl Subhi al-Zobaidi, Filmemacher aus Ramallah, als auch Rafik Schami, Schriftsteller aus Damaskus, zeigen, dass sich auch die palästinensische Gesellschaft unangenehme Fragen stellen muss. Zunächst müssen sich die Palästinenser vom Terror als Mittel des politischen Kampfes verabschieden. »Wie viele andere habe auch ich genug von dieser fatalistischen Art des Widerstands, den Hamas und Islamischer Djihad anführen«, sagt Subhi al-Zobaidi und Rafik Schami fügt hinzu: »Ein palästinensischer Staat kann nicht ernsthaft mit Israel verhandeln und zugleich offiziell Büros von terroristischen Islamisten unterstützen.« Doch die Attentate sind Ausdruck einer politischen Krise. »Die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) verdrängte seit ihrer Gründung 1993 praktisch jeglichen politischen Ausdruck, den sich der palästinensische Kampf in den letzten fünf Jahrzehnten geschaffen hatte.« Anstatt offene, demokratische und widerständige Strukturen auf- und weiterzubauen, konzentrierte sich die PNA auf die Zementierung ihrer Macht. Sie wählte »den Weg

der arabischen Diplomatie, um ihre Ziele zu erreichen. Sie gingen direkt zu den höchsten Stellen in den Staaten, die sie besuchten, und ließen die Menschen, die Macht der Strasse und der zivilen Institutionen links liegen. Medien, Kultur und soziale Bewegung wurden nie als strategische Mittel und revolutionäre Werkzeuge begriffen. (...) Eine politische Kultur des Widerstands zu schaffen lag ihnen fern.« So braucht die palästinensische Gesellschaft dringend eine Pause, »um wieder zum Atmen zu kommen.« »Wir stecken in einer tiefen Krise«, schreibt Rafik Schami. »Und wir müssen die Frage nach dem Warum stellen. Erst dann sehe ich Hoffnung.«

Während es den männlichen Autoren um das Selbstverständnis ihrer Gesellschaften geht, zeigt Uta Klein, Professorin für Soziologie an der Fachhochschule Kiel, dass Politik und Macht in beiden Gesellschaften ein Geschlecht haben. Sie macht deutlich, dass vor allem die »Geschlechterdemokratie« Opfer des militärisch geführten Konflikts geworden ist. In der israelischen und palästinensischen Gesellschaft ist eine militärische Laufbahn Sprungbrett für eine politische (und auch sonstige) Karriere. So ragt die patriarchale Struktur des Militärs direkt in die Gesellschaft hinein. In der Knesset liegt der Frauenanteil bei mageren 12 Prozent, die palästinensische Vertretung kommt auf 6 Prozent. Die personelle Benachteiligung von Frauen zieht sich direkt auf der Ebene des Diskurses durch. Der militärische Diskurs dominiert den Diskurs um Geschlechterfragen. Die Benachteiligung von Frauen gilt als »Luxusproblem, um das man sich kümmern werde, wenn Frieden erreicht sei.« Zum Teil wird diese Haltung auch von Frauen internalisiert. »Wir glauben«, so eine Aktivistin der Union der Palästinensischen Frauenkomitees, »dass wir unter der Besatzung so sehr leiden, dass wir alle Fragen der Geschlechterbefreiung bis nach der nationalen Befreiung aufschieben müssen.« Erstaunlich ist jedoch, dass auch Uta Klein das Primat des Militärischen anerkennt. »Es wird lange dauern«, schreibt sie, »bis in beiden Gesellschaften eine Entmilitarisierung dazu führen kann, dass Geschlechterdemokratie wieder auf der Tagesordnung steht.«

Reuven Kaminer, Aktivist der israelischen Friedensbewegung Peace Now, zeichnet die Geschichte und aktuelle Lage der israelischen Friedensbewegung nach. Er macht deutlich, dass die Friedensbewegung den Fehler beging, ausschließlich auf Ehud Barak, ihren Kandidaten, zu setzten. Sie versäumte dabei, eine eigenständige Position zu entwickeln. Mit Baraks überwältigender Niederlage im Februar 2001 verschwand dann auch die Friedensbewegung in der Versenkung. Erst Anfang 2002 trat sie wieder öffentlich in Erscheinung. Doch sind die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung noch nicht in der Lage, eine gemeinsame Plattform zu bilden. Zu unterschiedlich bewerten sie die Ursachen des Konflikts. Während die gemäßigte Friedensbewegung Peace Now den palästinensischen Terror für die Verschlechterung der Lage mitverantwortlich macht, »akzeptieren die Radikalen niemals, dass die Ursachen für den Nahostkonflikt gleichrangig seien.« Für sie ist »israelischer Militarismus und Expansionismus die Wurzel der Krise.« Doch in ihrer zentralen Forderung »Raus aus den Gebieten« ist sich die Friedensbewegung einig. Leider stellt sich Reuven Kaminer allzu sehr auf die Seite der Radikalen. Bei ihm gerinnt die andere Seite schnell zu einem »palästinensischen Volk«, dass den Blick für kritische Differenzierungen versperrt.

Endy Hagen beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Kriegsdienstverweigerung in Israel. Sie macht auf die besondere Situation der Kriegsdienstverweigerer aufmerksam. Deren Situation spiegelt sich in unterschiedlichen Formen der Verweigerung und unterschiedlichen Begründungen. Zum einen gibt es diejenigen, die nur den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern, zum anderen die, die, solange Israel die besetzten Gebiete nicht räumt, überhaupt keinen Militärdienst leisten wollen. Die Begründungen für die Verweigerung reichen von loyalen Argumentationen verweigernder Offiziere, die ihre Verweigerung mit der Sicherheit Israels begründen, bis hin zu verweigernden SchülerInnen, welche die Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee in den besetzten Gebieten hervorheben. Die Zahl der Verweiger/innen hat politisch noch keine relevante Größe erreicht. Noch werden alle Verweiger/innen einzeln abgeurteilt und zu mehr oder minder kurzen Haftstrafen verurteilt. Doch die »Bedeutung ihres Tabubruchs in einer zumindest ideologisch unverändert eng mit der Armee verwobenen Gesellschaft ist groß.«

Dies sind einige der Stimmen, die sich in diesem Buch für Frieden und Verständigung einsetzen. Sie legen nahe, dass Frieden nur zu haben ist, wenn

beide Gesellschaften weitreichende Revisionen ihres politischen, militärischen und geschlechtlichen Selbstverständnisses vornehmen.

*Stefan Trenkel*

Rudi Friedrich (Hg.): »Gefangen zwischen Terror und Krieg? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Geschichten – Analysen – Positionen.« Trotzdem Verlagsgesellschaft, Graufenau 2002. (12 Euro)

## Mufti-Papiere

Spätestens seit den Anschlägen vom 11.9.2001, aber auch im Zusammenhang mit den Terrorakten in Israel wird über einen arabischen Antisemitismus gestritten. Anhand der vom Zentrum Moderner Orient herausgegebenen Schriften des ehemaligen Großmuftis von Jerusalem lässt sich die Entwicklung und Veränderung der Judenfeindschaft in der arabischen Welt des 20. Jahrhunderts an einem berüchtigten Beispiel genauer studieren. Amîn al-Husainî war von 1926 bis 1937 der Großmufti von Jerusalem, bis die britische Mandatsmacht ihn absetzte; von 1940 bis 1945 befand er sich im europäischen Exil. Bekannt ist seine Freundschaft zu Adolf Hitler und anderen Führern der so genannten »Achsenmächte« Italien und Nazideutschland.

Gerhard Höpp geht im Vorwort auf die Vieldeutigkeit der Person Amîn al–Husainîs ein. Amîn al-Husainî gehöre, so Höpp, »nach wie vor zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten in der modernen Geschichte des Vorderen Orients [...]. Während Amîn al-Husainî (1895–1974), der ehemalige ›Großmufti‹ von Jerusalem, für die einen der Inbegriff verabscheuungswürdiger Kollaboration mit dem Nationalsozialismus und dem Faschismus geworden ist und ihnen als Mitverantwortlicher am Holocaust gilt, bagatellisieren oder verdrängen andere seine Zusammenarbeit mit den Mächten der ›Achse‹ während des Zweiten Weltkriegs und bekennen sich trotzig zu ihm als einen der großen Führer in ihrem nationalen Befreiungskampf.«

Dass beide Seiten aber einander nicht unbedingt widersprechen müssen, wie Höpp behauptet, zeigt ein Blick auf neuere Antisemitismustheorien. Im Europa jedenfalls ist die Konstitution der eigenen Nation eng verknüpft mit der Ausgrenzung der so genannten inneren Feinde, »den Juden«. Neben die Unterscheidung der eigenen von fremden Nationen tritt so die Unterscheidung zwischen allen Nationen und »den Juden«, wodurch »die Juden« als Gegenbegriff für alle Nationen der Welt erscheinen. Gilt das vielleicht auch für den »nationalen Befreiungskampf« der Araberinnen und Araber in Palästina?

Dass die Feindschaft gegen andere Nationalitäten die Einheit der eigenen Nation stärkt, wusste auch al-Husainî. In einem Brief an Adolf Hitler von 1941 stellt al-Husainî fest, dass der Konflikt zwischen den Jüdinnen und Juden und den Araberinnen und Arabern in Palästina »alle arabischen Laender in einem gemeinsamen Hass gegen die Englaender und Juden geeint [habe]. Wenn der gemeinsame Feind das Vorspiel der Bildung der nationalen Unabhaengigkeit ist, kann man sagen, dass das palaestinensische Problem diese Einigkeit beschleunigt hat.«

Die historische Situation in Palästina zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist offenkundig eine andere als in Europa. »Juden« erscheinen hier (im Gegensatz zu Europa) weniger als Feinde im Innern, sondern eher als äußere Feinde. Zwar verfügten die Jüdinnen und Juden bis zur Staatsgründung Israels 1948 nicht über einen eigenen Staat, aber seit der Besiedlung Palästinas war ein unabhängiger Staat Israel das Ziel der zionistischen Jüdinnen und Juden. Diese Siedlerinnen und Siedler lebten unter den Araberinnen und Arabern nicht im gleichen Sinne innerhalb der jeweiligen Gesellschaften, wie sie in den europäischen Gesellschaften lebten.

Die »Mufti-Papiere« zeigen, wie die Feindschaft in der arabischen Welt gegen die jüdische Besiedlung dem europäischen Antisemitismus ähnlicher werden konnte. In den Texten al-Husainîs bis Anfang 1940 werden Jüdinnen und Juden noch als Vorboten des britischen Imperialismus gesehen. Zwar werden sie bereits 1941 in einem Brief an Adolf Hitler als die »gefaehrlichen Feinde« bezeichnet, die die Machtmechanismen der modernen kapitalistischen Welt beherrschen: »das Geld, die Korruption und die Intrigen«. Aber hinter den angeblich reichen, korrupten und intriganten Jüdinnen und Juden in Palästina steht noch der britische Imperialismus, steht »England, dieser erbitterte und verschlagene Feind der wirklichen Freiheit der Völker«.

Doch mehr und mehr werden »die Juden« in al-Husainîs Schriften zu der gewaltigen Übermacht,

die angeblich hinter den weltlichen Akteuren herrscht. 1942 spricht al-Husainî schon vom Kampf gegen »die Engländer und die hinter ihnen versteckten Juden«. Noch deutlicher wird er in einem Brief an den Bey von Tunis: »Das Mitkaempfen der Tunesier an der Seite der Achsenmaechte gegen die gemeinsamen Feinde traegt zur Abwehr ihrer Unterdrueckung, der bolschewistischen Gefahr und des juedischen Ungluecks bei. Wir alle wissen, wie die Amerikaner und Englaender von den Juden gefuehrt werden und wie sie sich den juedischen Aspirationen und der juedischen Gier gegenueber, ob im Maghreb oder im Arabischen Orient helfend stellen.«

Die US-amerikanischen und britischen Kolonialinteressen sind nun, wie für den deutschen Nationalsozialismus, nur Teil einer »internationalen jüdischen Verschwörung«, die, auch dies wie bei den Nazis, mit der vermeintlichen »bolschewistischen« Bedrohung einhergehe. Wie die Nazis spricht er von Jüdinnen und Juden im rassistisch–medizinischen Vokabular: »Doch immer, wenn jüdische Bazillen gefunden werden, gibt es auch Mittel gegen diese Krankheit, die die Welt befällt und die überall das arabische und islamische Wesen bedroht. Amerika ist voll von diesen Mikroben, die aus allen Ecken und Enden der Welt zu ihm gelangt sind, und es wird durch die jüdische Seuche selbst den größten Schaden erleiden. Die arabische Welt begegnete dieser tyrannischen Herausforderung durch das jüdische Amerika mit Zorn und Stolz.«

Im August 1942 ist erstmals in einem Brief al-Husainîs die Rede von »arabischen regulaeren militaerischen Einheiten, die Schulter an Schulter mit den Achsentruppen« kämpfen. Vor solch einer muslimischen SS-Division sagt al-Husainî:»Mich hat es sehr beglückt, dass Ihr Euch in die Reihen der Waffen SS eingegliedert habt, und dass Ihr entschlossen seid, mit festem Glauben Seite an Seite mit unseren deutschen Verbündeten gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Das Lager der Alliierten, das vom Weltjudentum getrieben wird, d.h. von den Mächten, die seit jeher als traditionelle Feinde des Islams gelten, die die Moslime unterdrücken, ihre Länder besetzen, ihre Religion bekämpfen und ihnen für die Zukunft das Schlimmste vorbereiten.«

Die Veröffentlichung der »Mufti-Papiere« in den Übersetzungen der deutschen Nazis gibt auch einen Hinweis darauf, wie der Rassismus gegenüber den Araberinnen und Araber und der Antisemitismus der deutschen Nazis zusammenwirken. Die Nazis »verballhornen« nämlich, wie Höpp schreibt, an einigen Stellen die arabischen Namen; statt Hadz-Effendi heißt es dann »Affendie«. Von deutscher Seite hat die Verbundenheit mit den muslimischen SS-Verbänden Grenzen: Sie werden benutzt, wenn es gegen den gemeinsamen Feind, »die Juden«, geht, aber trotzdem sind Araberinnen und Araber keine wirklichen Menschen. Amîn al-Husainî mag sich auf das »arabisches Sprichwort: Der Feind Deines Feindes ist Dein Freund« berufen, aber für Hitler, Himmler und Ribbentrop ist al-Husainî eben kein ebenbürtiger Freund, sondern nur ein nützlicher Affe.

*Olaf Kistenmacher*

Amîn al-Husainî: Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amîn al-Husainîs aus dem Exil, 1940–1945 (Studien des Zentrums Moderner Orient Bd. 16), hrsg. von Gerhard Höpp. Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2001.

## Zweifeln für einen Post-Antiimperialismus

Mit seinem Erstlingswerk »Krieg ist Frieden« knüpft Wolf Wetzel politisch wie publizistisch an sein vormaliges Autorenkollektiv, die autonome L. U. P. U. S.-Gruppe, an. Zum einen greift er vakante Zeitfragen des deutschen Linksradikalismus auf und versucht gewissen ›Fehlentwicklungen‹ mit einer alternativen politischen Analyse und Positionierung zu begegnen. Mit ihren Texten zum zweiten Golfkrieg, dem ›Asylkompromiss‹ und den Pogromen und Lichterketten etablierte sich Lupus als eine wichtige Stimme in der Nie wieder Deutschland-Linken der 90er. Zum anderen bedient sich Wetzel der ereignisorientierten Publikationsweise von Lupus, die in einer zeitnahen Analyse ihres Gegenstands bestand. Im Unterschied zu den Lupus-Textsammlungen kompiliert »Krieg ist Frieden« jedoch Texte aus über zehn Jahren. Damit lässt Wetzel die Chance verstreichen, die eigene Geschichte eingehend zu reflektieren, um politische Sackgassen erkennen und verlassen zu können. Was sich besonders in den aktuellen Texten zu den Entwicklungen seit dem Elften Neunten bemerkbar macht.

Eine solche »Zeitreise« (Verlags-Info) hat aber auch ihre Reize. Sie bietet der Nie wieder Deutschland-Linken die Gelegenheit, die ausstehende Re-

lektüre ihrer eigenen Geschichte (vgl. z. B. Kretschmer, Lupus in: diskus 1/99) in Angriff zu nehmen, um dabei nach den Leerstellen und Brüchen in den eigenen Konzeptionen zu fragen. Als symptomaler Ausgangspunkt kann das Auseinanderfallen der antifaschistischen Maxime Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg, mit dem eine Spaltung auch der antinationalen Linken einhergeht, herangezogen werden. Hinzu kommt die Desartikulation des Antiimperialismus als sozialrevolutionäre Ideologie mit dem Zusammenbrechen der Sowjetunion. Fasten your seatbelts, die Reise beginnt.

## Golf- und Kosovo-Krieg: Verloren im (anti-)nationalen Blick

Der erste Zeitsprung führt uns zum 2. August 1990. Die so genannte Golfkrise tritt in ihre heiße Phase. Auch in Frankfurt der Startschuss für eine kurze Renaissance der Friedensbewegung. Das Aktionsbündnis gegen den Golfkrieg, getragen von Studentinnen- und Schülervertretungen, fordert die Mitdemonstrierenden zum Protest wider die »grüne Doppelmoral« auf und tritt in Aktion. Neben solchen in die große Politik eingebundenen Reality-Erzählungen wendet sich Wetzel vor allem der Ideologiekritik der »Maskenbildner des Krieges«, der linken Kriegsbefürworter zu; speziell Hans-Magnus Enzensbergers »Hitlers Widergänger« als Blaupause der deutschen Normalisierer von links. Operationsziel: Die antifaschistische Maxime Nachkriegsdeutschlands Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg knacken, um »Auschwitz kriegstauglich zu machen« und damit Deutschland bald das militärische Mitmachen in der neuen imperialistischen Weltordnung zu ermöglichen.

Wetzels historisch-kritischer Abrechnung mit Enzensberger kann sicherlich nur wenig hinzugefügt werden. In den Erzählungen, Analysen und Statements zum Golfkrieg macht sich jedoch die Abwesenheit einer kritischen Selbstverortung in dieser innerlinken Auseinandersetzung und deren diskursiven Effekte als kaum zu übersehender Mangel bemerkbar. So, als bewahre die ideologiekritische Versicherung mit den eignen antifaschistischen wie kritisch-antiimperialistischen Sicherheiten vor der politischen Einsicht, dass die erste Runde im Kampf um die »Weltinnenpolitik« des Neuen Deutschland an die anderen gegangen ist. Die deutsche Linke hatte sich im Golfkrieg de facto in eine diskursive Nie wieder Auschwitz-Partei einerseits und eine Nie wieder Krieg-Partei andererseits gespalten.

Bedeutsam hierfür war sicherlich der von Wetzel angeführte Vorteil, den linke Bellizisten durch die asymmetrische Medienkriegsführung realisieren konnten: Die durch filmende Bomben zum Verschwinden gebrachten irakischen Kriegsopfer standen den sichtbaren israelischen Opfern der irakischen Scud-Raketen gegenüber. Damit ist zwar ein offensichtliches Problem angesprochen aber keineswegs gelöst. Die ideologische Selbstblockade versperrte eine Reflexion und Veränderung der Antikriegsposition, was sich acht Jahre später zum letzten Mal und mit aller Deutlichkeit rächen sollte.

Dass der Kosovo-Krieg zum letzten Gefecht zwischen Normalisierern und Kriegsgegnern inner- und außerhalb der Linken würde, war auch in Wetzels Posse klar. »Ein historischer Augenblick, den wir angesichts der Abwesenheit einer relevanten Radikalopposition nutzen müssen« heißt die trotzige Parole, mit der Lupus zum Sonderparteitag der Grünen am 13. Mai 1999 mobilisiert. Dennoch kommen in Wetzels Texten zum Kosovo-Krieg erstmals Zweifel auf. Zweifel, die zwar auf halben Weg wieder abgewürgt werden, in einer Betrachtung ex post aber zu den richtigen Fragen führen können.

So erklärt Wetzel die Lähmung in der Linken u. a. damit, dass die Bürger- und Sezessionskriege in Jugoslawien jahrelang »im toten Winkel linker Internationalismus-Politik« gestanden habe. Dieser Ansatz einer Selbstkritik wird jedoch mit dem Hinweis kompensiert, dass die »innerdeutschen Verhältnisse« seit der deutsch-deutschen Vereinigung das entscheidende Motiv lieferten, gegen den NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu sein. Zugespitzter kann man wohl die apolitischen Effekte eines ritualisierten Antinationalismus nicht vorführen. Dass eine Kriegsgegnerschaft, die explizit von den Verhältnissen in Ex-Jugoslawien nicht viel wissen will, keine Alternative zum Nato-Krieg aufzeigen kann und daher zum Scheitern verurteilt ist, macht Wetzel hier eher unfreiwillig klar. Die Selbstbeschränkung auf Antifaschismus konnte keine wirkungsvolle Opposition gegen die neue NATO-Kriegsführung (Bosnien 1995, Kosovo/JU 1999) etablieren, weil es die eigne Sicht auf einen nationalstaatlichen Tunnelblick reduzierte.

Dass der linke Internationalismus-Ansatz nach der Proklamation des ›4. Reichs‹ keine glaubwürdige Interpretationsfolie der jugoslawischen Sezessionskriege abgeben konnte, verwundert nicht. Denn das Neue dieser Kriege besteht eben darin, dass sie nicht in den Mustern klassischer Kriege (Heer gegen Heer) oder dem der nationalen Befreiungskriege (Partisanen gegen Heer) der postkolonialen Ära beschrieben werden kann. Die Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien richteten sich hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung der jeweils anderen, ethnifizierten Seite und schlossen so eine internationale Solidarisierung mit welcher Seite auch immer aus. Kurz, im Kosovo-Krieg gab's für die Antikriegslinke nichts zu gewinnen außer der nicht zu unterschätzenden Einsicht, dass Deutschland als Hauptwiderspruch und Ersatz für ein politisches Projekt nicht funktioniert.

## Elfter Neunter: Der Antiimperialismus - auch der kritische - ist nicht mehr zu retten

Der Zeitsprung zu den folgenreichen Terroranschlägen vom Elften Neunten zeigt, dass auch Wetzel seine Lehren aus der Kosovo-Niederlage gezogen hat. Er tauscht den nationalen Tunnelblick gegen den eines kritischen Antiimperialismus ein.

Wetzels Zweifel am Antiimperialismus deuten sich in einer defensiven Haltung gegenüber dem antideutschen Diskussionscluster an. Dieser habe die Kritiken am Pazifismus und linken Antiamerikanismus, wie die Kritik an ökonomistischen und antisemitischen Antiimperialismen der eigenen Konzeption entwendet. »Sie haben diese aufgegriffen und zueinander in Beziehung gesetzt und damit ihren Anteil, dass bestimmte linke Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt, neu gedacht und in eine andere Praxis umgesetzt werden müssen.« Indem er die feindliche Übernahme linker Selbstverständlichkeiten durch ›die Antideutschen‹ und nicht die antiimperialistischen Kategorien selbst als Grund für ihre Infragestellung ausmacht, kann Wetzel ihnen weiter treu bleiben. Das muss umso mehr erstaunen, als er selbst zeigt, dass die Antiimpmaschine ächzt und kracht.

So arbeitet er recht überzeugend anhand der »David/Goliath-Schablone« im Israel/Palästina-Konflikt heraus, dass antideutsche Argumentationen nicht nur linksradikale Kritiken am Antiimperialismus beerbt haben, sondern sich ebenso in dessen Opferaxiomatik bewegen: Nachdem deutsche Linke bis 1967 kritiklos mit Israel solidarisch waren, schwenkten die Sympathien danach auf die ›Opfer der Opfer‹ um. Womit antideutsche Identifizierungen mit Israel »die Opferlogik nur um einen Salto rückwärts verlängern«, statt sie zu durchbrechen. Wetzel trifft damit den neuralgischen Punkt des traditionellen Linksradikalismus: In der simplifizierenden Dualität von Herrschaft und Unterworfenheit ist Politik nur als Schlacht souveräner Akteure denkbar. Den Bruch mit diesem Souveränismus fordert Wetzel praktisch ein, indem er politisch auf den Kurs des linken Spektrums der organisierten Friedensbewegung einschwenkt. Dieser besteht in einer langfristig angelegten Unterstützung jener subpolitischen Gruppen auf beiden Seiten, die sich der militärischen wie nationalistisch-religiösen Logik widersetzten.

Die Konsequenzen dieser Kritik am Antiimperialismus nehmen bei Wetzel aber eine andere Wendung: »Mit der Unmöglichkeit, sich mit den ›Opfern imperialistischer Aggression‹ zu identifizieren«, mit dem Verschwinden sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen sei auch der Antiimperialismus selbst verschwunden. Für Wetzel kein Grund, (Anti-)Imperialismus als zentrales Erklärungsmuster der Welt zu überwinden. An die Stelle der Opferidentifikation müsse der eigene Widerstand gegen die hiesigen Verhältnisse gesetzt werden. Mit diesem klassischen autonomen Argument gegen die Antiimps der 80er wird mit anderen Worten die David-Perspektive mit der eigenen Subjektivität aufrecht gehalten. Was Wetzel praktisch für den Nahostkonflikt formuliert, theoretisch jedoch nicht weiterdenkt, ist der Bruch mit dem souveränistischen Dualismus aus Staat und der Externalität des Widerstands gegen ihn (vgl. no spoon in: *diskus* Nr. 1/02).

*Dirk Kretschmer*

*.*Autonome L. U. P. U. S.-Gruppe: »Nie wieder Krieg!« (1948) - »Nie wieder Srebrenica?« (1995). In: *diskus* Nr. 1/99.

Dirk Kretschmer: Die Last der Krieger. Über den rot-grünen Kriegshumanismus und die (Un-)Möglichkeiten eines bewegten Antimilitarismus. In: *diskus* Nr.1/99.

no spoon: agent_smith service pack. Politik an der Grenze zum Empire II. In: *diskus* Nr. 1/02.

Wolf Wetzel: Krieg ist Frieden. Über Bagdad, Srebrenica, Genua, Kabul nach ..., Unrast Verlag, Münster 2002. 228 Seiten, 14 Euro.

## Contro il neoliberismo, la guerra e il razzismo

Schon auf dem roten Ausweis, mit dem der oder die Besucherin des European Social Forum (ESF) Einlass auf das Veranstaltungsgelände erhielt, erschien der Antirassismus als Teil einer globalisierungskritischen Dreifaltigkeit. »Contro il neoliberismo, la guerra e il razzismo.« So wie bei den ersten beiden Themen, versammeln sich hinter der Opposition gegen Rassismus freilich auch eine Menge sehr verschiedener politischer Ansätze. Was auf den zahlreichen Seminaren, Vortreffen und schließlich auf der großen Versammlung der MigrantInnen deutlich wurde, war die Konzentration der gegenwärtigen antirassistischen Kämpfe in Europa auf einerseits den Kampf gegen die Abschiebezentren und andere mehr oder weniger sichtbare Symbole und Apparate der »Festung Europa« und andererseits die vielfältigen Versuche, den Kampf um Rechte entlang des Topos der Legalisierung zu führen.

Wie auf so vielen Veranstaltungen auf dem ESF, kam es auch hier nicht wirklich zu Debatten zwischen den teilnehmenden Gruppen, von denen übrigens nur sehr wenige aus Deutschland kamen (namentlich die Flüchtlingsinitiative Brandenburg, jeder mensch ist ein experte und kanak attak). Zwar waren sich alle darin einig, dass die »Festung Europa« angegriffen werden muss und dass es hierzu einer europäischen Vernetzung bedarf. Bestenfalls auf den Fluren und in Gesprächen zwischen den einzelnen Veranstaltungen aber war es möglich, die Bedingungen für so eine Kooperation zu diskutieren. Denn die traute Einigkeit der gemeinsamen Ziele bestand nur auf den ersten Blick.

Was einige ProtagonistInnen des antirassistischen Milieus kritisierten, dass nämlich das Migrationsthema auf dem Forum unterrepräsentiert sei und nur oberflächlich eine Rolle spiele, reflektiert ein Problem, das sich auch innerhalb des antirassistischen und migrationspolitischen Feldes wiederfindet. Dass gegen die »Detention Centers« zu sein, solange man nicht die Perspektive der Kämpfe der MigrantInnen einnimmt, häufig in einer bloßen humanistischen Geste endet, zeigt etwa, dass es nicht ausreicht, die vielfältigen sozialen, biopolitischen und anderen Kämpfe zu addieren. Es herrschte bei Teilen der Gruppen anscheinend die Befürchtung, eine Zuspitzung, Kritik oder der Versuch, Fokussierungen und damit auch Verbindungen zu schaffen, könnte ausschließend wirken und die Vielfalt der Bewegung in Frage stellen. Der Preis dafür ist jedoch, dass der Kampf gegen Migrationsregime und durch sie induzierte Rassismen nicht in Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen gebracht werden konnte. Dass die »Festung Europa« aber nicht einfach das Projekt »der da oben« ist, sondern auf vielfältigen, national-sozial organisierten Kompromissen mit den Mehrheitsbevölkerungen innerhalb der EU beruht, dass der Kampf gegen den Neoliberalismus ebenso häufig mit der Vorstellung operiert, die Lösung sei in monopolistisch regulierten Nationalstaaten mit entsprechend protektionistischen Arbeitsmärkten zu finden, sind Koordinaten, die eine wirkliche Verbindung der Kämpfe zwischen AntirassistInnen und dem Kampf gegen den Neoliberalismus schwieriger machen, als diese Verbindung auf eine Karte zu schreiben.

*Serhat Karakayali*

## state estate.

Neuherausgabe der »Staatstheorie« von Nicos Poulantzas

Ganz offensichtlich bemüht sich die akademische Linke, dem marxistischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas wieder Gehör zu verschaffen. Poulantzas hatte in Absetzung von Althusser versucht, der strukturalistischen Verkürzung der marxistischen Theorie zu entkommen. Dies gelang ihm dadurch, dass er den Begriff der kapitalistischen Produktionsweise nicht allein auf die Ökonomie als vom Politischen und Ideologischen getrennten Bereich bezog, sondern auf den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Politik, Ökonomie und Ideologie sind nach Poulantzas Bereiche, die schon

immer ineinander konstitutiv präsent sind und nicht als voneinander Getrenntes in Beziehung treten.

Erst aus dieser Untersuchungsperspektive heraus ergibt sich die für Poulantzas typische Verschränkung von (kapital)logischer und historischer Analyse des Kapitalismus. Der kapitalistische Staat ist logische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, was sich allerdings erst historisch »durchsetzen« muss und eine historisch spezifische Ausprägung erfährt. So lässt sich sein wohl bekanntestes und in Deutschland am meisten rezipiertes Werk, die Staatstheorie, als Beantwortung der Frage lesen, warum der heutige (Poulantzas schreibt Ende der 60ger Jahre) »national-populare Repräsentativstaat mit Klassencharakter« entsteht. In der deutschsprachigen staatstheoretischen Debatte steht Poulantzas jedoch lediglich für die Bestimmung des Staates als »Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« und als Kohäsionsfaktor, der die Klassen und Klassenfraktionen in Beziehung zueinander setzt, so dass es zur Bildung eines hegemonialen Blocks unter Führung einer bestimmten Kapitalfraktion unter Einbindung und Desorganisation der unterworfenen Klassen kommt. Leider bleibt den deutschsprachigen LeserInnen (Poulantzas schreibt auf Französisch) trotz der gerade erschienen Neuausgabe die oben genannte übergreifende Fragestellung weitgehend verborgen, denn die Neuausgabe ist nur eine Kopie der bereits schlecht übersetzten ersten deutschen Ausgabe. Ein Beispiel: Poulantzas schreibt in der französischen Ausgabe von »Etat-nation« (wörtlich: Staat-Nation) und »peuple-nation« (wörtlich: Volk-Nation), die beide mit der kapitalistischen Produktionsweise entstehen. In der deutschen Übersetzung steht hier jeweils »Staat und Nation« und »Volk und Nation«. Damit bleibt Poulantzas Punkt, dass mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Nation und Volk eine völlig neue Bedeutung bekommen, die in die kapitalistische Raum- und Zeitmatrix eingeschrieben ist und in einer besonderen Kombination dieser begründet liegt (also auch eine eigene Materialität besitzen), dem Verständnis der LeserInnen verborgen. Die Wortkonstruktionen »Etat-nation« und »peuple-nation« sind auch nicht mit den deutschen Worten Staatsnation und Volksnation einfach gleichzusetzen. Ansonsten hätte Poulantzas »Etat national« schreiben können, was er in anderem Zusammenhang auch tut. Im Französischen gibt es eigentlich das Bilden von Doppelworten mit Bindestrich nicht. Es handelt sich also um eine bewusste Wortkonstruktion, die man in der Übersetzung nicht so ohne weiteres unterschlagen kann, ohne den intendierten Zusammenhang total unverständlich zu entstellen. Die englische Übersetzung ist da sorgfältiger, die Bindestriche bleiben erhalten.

Die Neuherausgabe mit der alten nicht korrigierten Übersetzung wird also dazu führen, dass Poulantzas weiterhin nur beschränkt rezipiert werden wird. Das ist schade, denn gerade in Hinblick auf die Debatten um die Internationalisierung des Staates ist Poulantzas' Ansatz vielversprechend und weiter entwickelbar (vergleiche etwa Bob Jessops Arbeiten). Mit ihm ließe sich nicht zuletzt die entscheidende Rolle der Nationalstaaten begründen, die ihnen trotz allem Abgesang heute immer noch zukommt.

Wahrscheinlich müssen wir nach diesem Neudruck weitere 25 Jahre warten, bis eine systematische Neuübersetzung erfolgt. Bis dahin bleibt die Notwendigkeit, entweder auf Französisch oder auf Englisch zu lesen, will man Poulantzas in seinem gesamten Ansatz verstehen (Empfohlen sei darüber hinaus: »Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy«, Bob Jessop 1985). Die trotz allem lesenwerte Einleitung des Neuabdrucks von Demirovic / Hirsch / Jessop gibt's im Übrigen auf der Website des Verlags. Also auch dafür braucht man das Buch nicht zu kaufen.

*Nico Hausmeisterin*

Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA-Verlag, Hamburg 2002.

## perverse studien

Als eine der berühmtesten Autorinnen der US-amerikanischen queer-studies verstand Judith Butler es vor mehr als zehn Jahren mit ihrem Buch »Gender Trouble«, Michel Foucaults Diskurstheorie radikal auf Geschlecht anzuwenden. Ihre These, dass sich die vermeintlich natürliche Biologie der Zweigeschlechtlichkeit bei näherem Hinsehen als Effekt des Sozialen entpuppt, löste heftige

Debatten aus. Was als queer-studies – queer ist ähnlich dem deutschen »pervers« ein Schimpfwort gegen alles sexuell Abweichende – begann, wurde zu transgender und forderte nicht nur den heterosexuellen Mainstream in seinem trotzigen Festhalten an der Musterfamilie, sondern auch auf Abgrenzung bedachte Lesben-, Schwulen- und Transsexuellenzusammenhänge heraus.

Waren etwa Transsexuelle lange Zeit darauf gebucht, Geschlechternormen nahezu überzuerfüllen, nicht zuletzt, um den gesetzlichen Bestimmungen für die ersehnte Geschlechtsumwandlung zu genügen, so griff der queer-Gedanke auch hier über. Transgender als neuer Begriff soll das bezeichnen, was allen eigen ist, die von der heterosexuellen Norm abweichen. Transgender steht für »Räume und Denkmöglichkeiten, welche die starre Einteilung der Menschheit in ›zwei Geschlechter‹ infrage stellen«. Er stellt einen Sammelbegriff für sexualpolitische Bewegungen dar und nimmt in Anspruch, Kritikkonzept institutioneller Normen zu sein.

Eine Gruppe von Heinrich-Böll-Stipendiatinnen und -Stipendiaten, die unter dem Namen »polymorph« firmieren, treten nun mit einem Sammelband an, nicht nur die sexualpolitische Dimension von transgender zu durchleuchten, vielmehr geht es ihnen wie Butler um die Kritik gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Das Buch sucht in der Grauzone zwischen queer theory, sexualpolitischer Praxis und individueller Alltagsbewältigung nach politischen Perspektiven in der Auseinandersetzung mit starren Geschlechtsidentitäten und festgefahrenen Mustern von Sexualität. Die einzelnen Beiträge über juristische, soziologische, kulturwissenschaftliche oder künstlerische Aspekte von transgender sowie eine Fotostrecke und ein Comic kreisen immer wieder um die Frage, wie sich denn nun der politische Anspruch einer Anti-Identitätspolitik umsetzen ließe – sei es nun im großen politischen Rahmen oder einfach nur im Alltag.

Dass dies gerade im Bereich der Geschlechterpolitik nicht zu trennen ist, zeigt etwa die Institution Ehe. In ihrer Kritik der »Homo-Ehe« stellen Nina Degele, Christian Dries und Anne Stauffer in Anlehnung an Habermas eine »doppelte Kolonialisierung« durch die Erweiterung der eingetragenen Partnerschaft auf gleichgeschlechtliche Paare fest. Zum einen werden homosexuelle Paare dadurch kolonialisiert, dass sie in den exklusiven Status der heterosexuellen Norm aufgenommen werden. Zum anderen wird der Staat erneut in seiner Rolle als Instrument der Legitimierung von Partnerschaften bestätigt und damit durch die Homo-Ehe-Befürworter kolonialisiert. Nicht nur, dass die Homo-Ehe ohne vollständiges Adoptionsrecht und steuerliche Vorteile lediglich eine Ehe zweiter Klasse ist, sie führt zudem zu einer weiteren Verfestigung der Geschlechterordnung. Transgender haben aber nicht nur mit normativer Ausgrenzung zu kämpfen. Wie Britta Madeleine Woitschig zu zeigen vermag, sind geschlechtlich nicht eindeutig zuzuordnende Menschen einer extremen Klischeebildung unterworfen. Sie weist kulturhistorisch nach, wie die Kulturindustrie transgender auf drei Typen zurechtstutzt: Die »Diva«, das »Heimchen am Herd« und die »willige Hure«. Selbst moderne, als progressiv geltende Filme wie »Boy's don't cry« von Kimberley Peirce schreiben die Klischeebildung fort.

Der durchaus sympathische – wenn auch mit ironischem Unterton vorgetragene – Optimismus der HerausgeberInnen, die die »Blütezeit der Heterosexualität« ihrem Ende entgegen gehen sehen, mag angesichts dieser sozialen Realität verwundern. Viele Beiträge des Bandes verweisen doch gerade auf die erneute Verfestigung heterosexueller Normalitätsvorstellungen auch und gerade in einer individualisierten und vor Patchwork-Biographien nur so strotzenden Welt.

*Gottfried Oy*

polymorph (Hrsg.): (K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive. Querverlag, Berlin 2002. 263 Seiten, 15,50 Euro.

## strike a pose

### Slavoj Zizeks Reformulierung des Leninismus

Schon seit einigen Jahren sorgt der slowenische Psychoanalytiker und Philosoph Slavoj Zizek mit seinem Versuch für Furore, das Werk W. I. Lenins für die Politik im 21. Jahrhundert zu recyceln.

2001 war es ihm sogar gelungen, für einen Kongress mit dem Titel »Gibt es eine Politik der Wahrheit – nach Lenin?« Fördergelder des Landes NRW in nicht unbeträchtlichem Umfang zu akquirieren, und auch in den bürgerlichen Feuilletons ist ?i?ek ein gern gedruckter Autor. Zizek ist, wegen seines akademischen Renomées, wegen seiner Rolle als osteuropäischer Exot, vom postmodernen Diskurs zu provokativen Sprechakten autorisiert – im Gegensatz etwa zur gemeinen Diskusautorin. Eine Beurteilung der Zizek'schen Schriften hat daher neben ihrer Inhalte auch die Effektivität und Angemessenheit ihrer theoriestaregischen Operationen zu berücksichtigen.

Die zentralen Elemente der Gegenwartsanalyse Zizeks sind bereits seit dem 1998 erschienen »Plädoyer für die Intoleranz« bekannt: Innerhalb des durch das Ende der Blockkonfrontation und die liberalkapitalistische Globalisierung entstandenen Paradigmas der »Post-Politik« ist all das, was legitimerweise Politik genannt werden könnte – eine gesellschaftlichen Intervention seitens bestimmter Interessensgruppen – radikal diskreditiert. Im allgemeinen wehrt man sich, so Zizek, gegen die alten »ideologischen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links«, die politischen Akteure sind durch die Formierung eines postmodernen Konsens auf das »Verwalten gesellschaftlicher Anliegen« beschränkt. Der Bezug zu antikapitalistischer Politik wird durch eine derartige »dogmenfreie« und »pragmatische« Politik effektiv ausgeschlossen.

Gegen die Gewalt einer post-politischen Beliebigkeit projektiert Zizek nun eine neue große Geste: Die Wiederholung Lenins. Den programmatischen Charakter dieses Unterfangens expliziert Zizek im letzten Satz seines aktuellen Buches mit dem erheiternd kontrafaktischen Titel »Die Revolution steht bevor«: »Es ist der Signifikant ›Lenin‹, der eine Reihe allgemeiner Gedanken in einen wahrhaft subversiven Theorieentwurf verwandelt.« (188) Was hier als Perspektive politischen Widerstands formuliert ist, lässt sich ebenso auf Zizeks eigene Theorie beziehen: Dessen ekklektizistische Ausschweifungen, die auf eher assoziative als auf wissenschaftlich-stringente Art unter Zuhilfenahme philosophischer und literarischer Versatzstücke Hegels, Badious, Mouffes, Kierkegaards, Hitchcocks und (immer wieder) Lacans Fragen nach der Liebe, des Christentums, des 9.11., der Anzahl der Hamburger Bahnhöfe u.v.m. streifen, werden erst durch den performativen Bezug zur Politik des Leninismus zur Antipode kaptitalistischer Realität. Dabei setzt die Indienstnahme des »Signifikanten Lenin« genau die Intergationsfähigkeit hegemonialer Post-Politik voraus, die Zizek so verzweifelt zu bekämpfen versucht: Erst die Tatsache, dass »Lenin« seines ursprünglichen Signifikats – autoritäre, spießige, repressive Politik – beraubt wurde resp. in Vergessenheit geraten ist, ermöglicht eine Art »unfriendly takeover« der Lenin'schen Geste seitens radikaldemokratisch informierter Kräfte. Insofern ist Zizek kein »authentischer« Leninist, vielmehr geht es ihm darum, emanzipatorische Forderungen mit leninistischer Verve gegen das postpolitische Paradigma in Anschlag zu bringen: »Lenin wiederholen heißt akzeptieren, dass ›Lenin tot ist‹, dass seine Lösung gescheitert ist, sogar fürchterlich gescheitert ist, aber dass darin ein utopischer Funke war, der es wert ist bewahrt zu werden.« (187)

Zizek hebt daher Lenin im hegelschen Sinne auf: Er bewahrt dessen strategische Operationen, terminiert aber gleichzeitig ihre tragischen Implikationen, in dem er sie unter radikal veränderten Bedingungen reformuliert. Dieser Zug lässt sich anhand Zizeks Vereinnahmung der Lenin´schen These exemplifizieren, wonach der Weg zum Sozialismus durch das Stadium des Monopolkapitalismus führt. Während Lenin kapitalistische Banken wegen ihrer bürokratischen Buchführung für anschlussfähig an das sowjetische System hielt, sieht Zizek diese Funktion heute vor allem im Internet gegeben. Insofern wäre die Zentralbank eine Art Internet avant la lettre: Man »könnte (...) sagen, dass Lenin tatsächlich eine Theorie der Rolle des World Wide Web entwickelte, aber sich bedauerlicherweise auf die Zentralbank beziehen musste, da es das WWW damals noch nicht gab.« (128)

Doch ebenso, wie die Che-Guevara-Swatch die revolutionäre Symbolik des berühmten Konterfeis nicht einfach liquidiert, weil die Vermarktung linker Ikonen ohne eine zumindest basale Konnotation derselben mit bestimmten Inhalten gar nicht funktionieren würde, enthält auch der »Signifikant Lenin« Rudimente seiner ursprünglichen Bedeutung. Die Forderung, Lenin zu wiederholen, ist daher nicht lediglich Marketing des Aufrufs zu neuem Anspruchsdenken oder der Warnung, nicht das Ganze aus dem Auge zu verlieren, sondern auch eine materiale Intervention in aktuelle Diskurse sozialer Bewegungen. Zizek hält sowohl

die »fetischistische Fixierung auf den alten marxistisch-leninistischen Rahmen« der Arbeiterklasse als Katalysator gesellschaftlicher Veränderung als auch die gegenwärtigen Strategien der nicht-orthodoxen Linken wie etwa »die Akzeptanz der kulturellen Kriege (feministische schwule, antirassistische u.a. multikulturalistische Kämpfe) als des beherrschenden Felds emanzipatorischer Politik« für Kennzeichen »der traurigen Lage der heutigen Linken« (185, vgl. auch 18). Die Frage, welche Elemente Lenin'scher Politik der heutige Bezug auf den Signifikanten Lenin genau enthalten soll, um diese beiden Arten der »Vermeidung der Anstrengung, das Neue zu denken« zu umgehen, bleibt in dem Buch merkwürdig dunkel – wahrscheinlich, weil Zizek jede klassifikatorische Definition als Konzession an hegemoniale diskursive Regeln zurückweisen würde. Besonders akut wird die Existenz solcher blinder Flecken beispielsweise bei Zizeks Ausführungen zur Demokratie, die er als politisches Komplement der ökonomischen Form des Kapitalismus denunziert: Nach Zizek »besteht das Problem der Demokratie darin, dass sie in dem Moment, in dem sie als ein positives formales System etabliert ist (...) einige Optionen als ›nicht-demokratisch‹ ausschließen muss, und diese Ausschließung (...) ist nicht demokratisch.« (167f.) Zwar kritisiert Zizek hier die Demokratie im Namen der Demokratie, da er aber systematische Ausschließungen für konstitutive Bestandteile demokratischer Politik hält, wird systematisch verunklart, ob diese Tatsache Anlass für die Suche nach alternativen Formen der Demokratie (etwa im Sinne einer Derrida'schen democratie à venir) ist oder ob sie einen Persilschein für die Ausübung revolutionärer Gewalt darstellt.

Wer Anstoß nimmt an theoretischen Inkonsistenzen, politischen Inkorrektheiten wie dem ständig latenten Hauptwiderspruchsdenken und der damit einhergehenden Diskreditierung feministischer oder antirassistischer Ansätze, an der fehlenden Stringenz oder an historischen Ungenauigkeiten, wird bei der Lektüre von »Die Revolution steht bevor« klarerweise genügend Anlässe finden, sich zu ärgern. Wer jedoch eine ähnliche Perspektive auf Zizek einnimmt wie dieser auf Lenin – ihn als Impulsgeber für die eigene politische Praxis produktiv zu machen – kann sein Buch als reichhaltigen Fundus erfrischend dogmatischer Gedanken nutzen. Nur Menschen, deren Herzen kalt sind wie Stein, entlockt jedenfalls der Tatbestand, dass heute die radikalste aller denkbaren Gesten des Dagegen-Seins Zustimmung in der *FAZ* erfährt, nicht wenigstens ein Lächeln, sei's der Verzweiflung, sei's der Hoffnung.

*Daniel Loick*

Slavoj Zizek: »Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin.« Frankfurt am Main 2002 (188 S., 9 Euro)

## Schließung des AStA KFZ-Referats

Die seit 1982 von der Studierendenschaft betriebene und bei Studierenden wie Nicht-Studierenden sehr beliebte Autovermietung soll nach dem Willen des grün-roten AStA-Vorstandes und mit Billigung des Studierendenparlamentes ab 28.02.2003 nicht mehr weiterbetrieben werden. Der AStA-Vorstand führt dabei in erster Linie betriebswirtschaftliche Verluste und eine angeblich vom Landesrechnungshof geforderte Schließung an. Dass das KFZ-Referat eine wichtige soziale Funktion für die Studierenden erfüllt, scheint hier keine Rolle mehr zu spielen. Abgesehen von den günstigen Preisen der AStA-Autovermietung ist es hier auch ohne Vorlage einer Kreditkarte oder Hinterlegung einer sehr hohen Kaution möglich, einen Wagen für den Umzug zu mieten. Gerade für ausländische Studierende, die in aller Regel nicht über derartige Sicherheitsnachweise verfügen, ist dies aber oft die einzige Möglichkeit, einen Wagen zu bekommen. In seinen Veröffentlichungen verweist der AStA-Vorstand zwar darauf, dass ein »ähnlicher« Service auch durch die Kooperation des AStA mit »externen Partnern« zu erreichen sei, geht aber leider nicht auf die damit verbundenen Probleme ein und bewirbt bereits eine Kooperation mit Carsharingpartnern des RMV. Die in diesem Zusammenhang auf den Internetseiten des AStA Verkehrsreferenten veröffentlichten Preise sind dabei jedoch höher als vergleichbare Tarife des KFZ-Referates.

Erstaunlich nicht zuletzt die Art und Weise, wie AStA-Vorstand und Geschäftsführung mit den betroffenen Mitarbeitern umgehen: Nicht nur dass

der gewählte Personalrat nicht zu den Kündigungen gehört wurde, wird jetzt, nachdem dieses Versäumnis erkannt wurde, einfach versucht, ihm die Legitimation abzusprechen.

Wie sehr dem AStA-Vorstand vermutlich bewusst ist, dass das KFZ-Referat eines der auf dem Campus am wenigsten umstrittenen Projekte ist, zeigen seine Versuche, diese Debatte aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Mit der Begründung, es handele sich bei der Schließung des KFZ-Referates um eine Personalangelegenheit, wurde die Öffentlichkeit während der Verhandlung des fraglichen Tagesordnungspunktes von der Sitzung des Studierendenparlamentes am 11. November ausgeschlossen.

Es wird für den Erhalt des KFZ-Referates mit entscheidend sein, dass die engagierte Öffentlichkeit politisch auf Vorstand und Studierendenparlament einwirkt, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

*Bella Van Coche*

## com.une.farce sagt tschüss!

www.copyriot.com/unefarce

Zum Ende des Jahres 2002 hat die Redaktion des Internet-Magazins *com.une.farce* die Arbeit am Projekt *farce* eingestellt. Die Webseite wird mit kleinen Änderungen als Archiv erhalten bleiben, [newsgroup], die Mailingliste der *farce*, wird ebenso weiter bestehen.

Eifrige BesucherInnen der Webseite mag dieser Schritt aufgrund der immer seltener werdenden updates nicht sonderlich verwundern. Anläufe der Redaktion, neue Diskussionen zu eröffnen, neue Beiträge zu organisieren oder einfach nur die Webseite aktuell zu halten verliefen immer öfter im Sand. Auch der Abschied vom an Printmedien angelehnten Heftkonzept hin zu "in progress"-Ausgaben, deren unabgeschlossener Status eine netzgemäße, kontinuierlichere Arbeitsweise gewährleisten sollte, brachte nicht den erhofften neuen Schwung. So erklärt sich aus den Entwicklungen des letzten Jahres der Schritt, das Projekt farce nach fünf Jahren, sechs Ausgaben mit etwa fünfzig bis sechzig Beiträgen, unzähligen Debatten, spannenden Auseinandersetzungen, aber auch Distanzierungen und Austritten aufzulösen.

Zurück bleibt keine zerstrittene Redaktion, vielmehr eine, die sich nach fünf Jahren gemeinsamer Arbeit in zum Teil prekären Verhältnissen wiederfindet, in denen es eben nicht mehr wie noch zu Studi-Zeiten möglich ist, mal ein paar Tage ganz dem politischen Hobby zu widmen. Ob freiberuflich, angestellt oder arbeitslos, mit Kind und ohne Kinderladenplatz, viele aus der *farce*-Redaktion fanden vor lauter Alltag nicht mehr die Zeit für die Redaktionsarbeit. Ausserdem gab es immer wieder Probleme, die redaktionelle Arbeit über eMail zu kommunizieren. Jede neue Ausgabe der *farce*, jeder Entwicklungsschritt des Projekts konnte nur durch ein face-to-face-treffen angeschoben werden. Dazwischen gab es oft über Monate hinweg Stillschweigen.

Schließlich gab es auch verschiedene Auffassungen über die Inhalte und die Bedeutung von redaktioneller Arbeit, die immer wieder miteinander in Konflikt geraten sind. Die Unvermittelbarkeit der verschiedenen Auffassungen von Redaktionsarbeit führte zur partiellen Lähmung der Redaktionskommunikation. Aus dieser Lähmung konnten wir uns dieses Jahr schließlich nicht mehr befreien.

Die *farce* hat allerdings auch Räume geöffnet. Gaben wir 1998 als eines unserer Motive zur Zeitschriftengründung auch die Unzufriedenheit mit dem existierenden deutschsprachigen linksradikalen Blätterwald an, so ist diese Unzufriedenheit heute zwar nicht verschwunden, es können allerdings einzelne neue Projekte durchaus auf Diskussionen und Anregungen der farce zurückgreifen. Inwieweit Publikationen und Initiativen wie *Subtropen*, *Fantomas*, links-netz, no spoon, Living Trekism, zatopek oder le tryk die gleiche Programmatik wie wir verfolgen, soll an dieser Stelle nicht geklärt werden. Sie sind allerdings Beispiele für das Bedürfnis nach undogmatischer, offener Diskussion über linksradikale Theoriebildung und die Frage nach politischem Handeln. Einem Bedürfnis, dem auch die farce in den letzten fünf Jahren gerecht werden wollte.

Sicherlich muss sich die *farce* auch den Vorwurf gefallen lassen, an Offenheit ermangelt zu haben. Einer der Schwerpunkte der farce war die Debatte um mentale/immaterielle Arbeit. Über die Jahre

gab es hier spannende Debatten, einige vermissten jedoch den Blick über den postoperaistischen Tellerrand. Zu heftigen Kritiken führte zudem das mangelnde Verständnis für feministische Theorien und Praxen. Wir sind allzu oft daran gescheitert, kritische Anmerkungen aufzunehmen und Distanzierungen zu verarbeiten.

Eine Redaktion wie die zuletzt übrig gebliebene, der es nicht mehr gelang, eine lebendige Diskussion untereinander aufrecht zu erhalten, sollte den Laden besser dicht machen. Wir haben diesen Schritt kürzlich beschlossen. Als Werkzeugkiste mag das *farce*-Archiv allemal noch dienen. Dies ist auch eine Einladung, weiter darin zu stöbern und sich zu bedienen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit über all die Jahre,

*Redaktion com.une.farce im Dezember 2002*

## macht und ohnmacht der hilfe

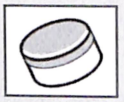
Eine Konferenz von *medico international* über die Zukunft der humanitären Hilfe

In der »postsozialen Welt« wird den Verlierern der Globalisierung Hilfe in einem Akt der Gnade und der Willkür zuteil. Sie ist der Kitt, der die fragmentierte Welt zusammenhalten soll. Humanitäre (Not-)Hilfe löst tendenziell jedes langfristige, entwicklungspolitische Handeln ab. Nicht mehr strukturelle Veränderungen sind das Ziel, sondern das schnelle und medial verwertbare Zeichen. Eine Hilfe, die häufig mehr schadet als nutzt. Die humanitären Hilfsorganisationen müssen deshalb ihre Rolle selbstkritisch hinterfragen. Dafür möchte medico international auf der Konferenz ein Forum bieten.

Die Konferenz untersucht die gesellschaftliche Funktion von Konzepten und Begriffen wie »Hilfe«, »Opfer« und »Katastrophe«, um der fortschreitenden Instrumentalisierung von Hilfe Einhalt zu gebieten. Hilfe ist Teil von sozialer Verantwortung, die es zu verteidigen und neu zu definieren gilt - eine andere Hilfe ist möglich und notwendig.

28.-29. März 2003, ab 19.00 Uhr im Kasino des IG-Farben-Gebäudes, Grüneburgplatz 1, Universität Frankfurt am Main

*Nähere Informationen unter:*
*http://www.medico.de*



## kriegs- und friedenslogik

26. BUKO-Kongress, vom 6.-9.Juni 2002 in Bremen

Krieg liegt in der Luft. Sollte einmal eine Chronik dieses angekündigten Krieges geschrieben werden - wie lang wird das Kapitel zu »Die Linke in Deutschland und der Krieg« wohl werden? Ausführlich und theoretisch, die Widerstandsformen und Debatten wiedergebend? Oder kurz und bündig, da die Linke in dieser Frage ohne Bedeutung blieb?

Vielleicht geht ja beides. Mit dem nächsten Jahreskongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) an Pfingsten (6.-9. Juni 2003) in Bremen wollen wir versuchen, Praxisformen zu entwickeln und Debatten zu ermöglichen, die sich der Kriegslogik entgegenstellen.

Damit knüpfen wir an die Initiativen des Münchener Kongresses »Antikapitalismus globalisieren – gegen die NATO-Kriegspolitik« vom 10. bis 12. Januar diesen Jahres in München an, wo viele hundert Aktive und Interessierte mit dem Ziel zusammenkamen, die Antikriegs- bzw. Friedensbewegung mit einer internationalistischen

globalisierungskritischen Bewegung zusammenzubringen, die Militarisierung der Politik der rot-grünen Bundesregierung zu denunzieren und Möglichkeiten auszuloten, sich einem Krieg gegen den Irak entgegenzustellen.

Der BUKO-Kongress im Juni wird womöglich in eine Nachkriegszeit fallen, in der es notwendig sein wird, über die Situation im Irak und der Region und über die Erfolge und Misserfolge der Aktivitäten gegen den von der BRD unterstützen Angriffskrieg der USA/NATO zu diskutieren, und schließlich über politische Perspektiven zu debattieren.

Der jährliche Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (früher: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) ist wieder zu einem zentralen Ort für eine radikale Linke in Deutschland geworden. Einmal im Jahr kommen hier entwicklungspolitische Gruppen, internationalistische Initiativen, Zeitschriftenprojekte und Kampagnen zusammen, um sich zu treffen, Kontakte herzustellen, miteinander zu diskutieren, voneinander zu lernen und sich gemeinsam zu organisieren. Perspektiven eines radikalen Widerstandes gegen Militarisierung und globalisierte kapitalistische Ausbeutung müssen immer wieder neu gefunden und reflektiert werden.

In der Vorbereitung des 26. BUKO-Kongresses sind neben einigen Einzelpersonen und BUKO-Mitgliedsgruppen die bundesweite Organisierung Krieg ist Frieden (KIF), das Antipatriarchale Netz Berlin und Teile des Crossover-Zusammenhanges vertreten. Die Vorbereitung ist grundsätzlich für interessierte Gruppen offen.

Wir sind überzeugt, dass eine Beschäftigung mit dem Thema Krieg und Frieden zu kurz fasst, wenn sie nicht grundsätzlich und konzeptionell antipatriarchale und antirassistische Positionen mit einbezieht. Dieses Thema kann nur dann sinnvoll aus einer linksradikalen Perspektive heraus diskutiert werden, wenn wir beispielsweise nicht nur fragen, was Wirtschaftssysteme ›hier‹ mit den Kriegen ›dort‹ zu tun haben, sondern auch danach fragen, wie Kriegslogiken auch mit unseren Denkweisen, unserem Alltag und in unsere Lebensweise verwoben sind.

Wie jedes Jahr wird es auch ein spannendes Kulturprogramm, coole Parties (in der Mehrzahl, jawohl!) und über das Kriegsthema hinaus zahlreiche andere Themenbereiche zu Internationalismus und Globalisierung geben.

*Aktuelle Infos entnehmt bitte der Website www.buko.info*

**FRÜHSTÜCKSCAFÉ**

**ESPRESSO - BAR**

**MIT SOMMERGARTEN**

Kiesstraße 41

Frankfurt Bockenheim

Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr

Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

CAFÉ CK KLEMM

Für eine linke Strömung **arranca!** Nummer 25 | Winter 02/03 | 4 Euro

arranca!

Politische Bewegungen in Europa: Finnland, Holland
Frankreich, England, Algerien, Türkei.
Design als politische Aktion.
Keine Lösung innerhalb des Systems. Die argentinische Krise.
Dauerhafter Krieg.

GRAND PRIX EUROVISION

**Abo** 16 Euro für vier Nummern inkl. Porto **arranca!** erscheint 3-4x im Jahr **Erhältlich** in jedem guten Buchladen. **Bestellungen und Infos** Arranca!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

arranca@lists.nadir.org www.nadir.org/arranca

GENUSS MIT FLAIR...

VERWÖHN-RESTAURANT + BISTRO

Melange

**Hausgemachte Spezialitäten**

**Öffnungszeiten: Montag–Sonntag 10–24 Uhr**

WARME KÜCHE BIS 23 UHR

JORDANSTR. 19 · 60486 FRANKFURT/M.

**Tel. 069/70 12 87**

**WIDERSPRUCH**

Beiträge zur sozialistischen Politik

**43**

**Linke und Macht**

Mitte-Links-Projekt in Europa; SPS auf Linkskurs; Rotgrün; Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften; Wirtschaftsdemokratie; Sozialisierung der Märkte; Linke und Flexibilisierungspakt; Klassengesellschaft; Arbeit und menschliche Würde; Macht und Staat; Globalisierungskritik, Attac; Empire-Debatte

K. Dräger, J. Steinhilber, F. Cavalli, M. Wendl, F. Vilmar, M. R. Krätke, W. Eberle, H. Schäppi, K. Dörre, W. F. Haug, J. Holloway, Y. Kramer, F. O. Wolf

Diskussion

T. Solland: Mit Foucault gegen Gender
N. Klein: Zukunft der Befreiungstheologie
H. Baumann: EU-Erweiterung ohne soziale Dimension
M. König: Schweiz und Zweiter Weltkrieg

**216 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)**
**zu beziehen im Buchhandel oder bei**
**WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich**
**Tel./Fax 0041 1 273 03 02**
**vertrieb@widerspruch.ch**
**www.widerspruch.ch**

*Graswurzelrevolution*-Aktionsblatt: Aufruf an alle Soldaten; Just Say NO; Direkte gewaltfreie Aktionen international; BRD, NATO, EU & Irakkrieg; Armeen = Männerbünde; Krieg in Tschetschenien ... 100 Ex.: 15 €.

**GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim.**

NO WAR www.graswurzel.net NO WAR

liga

small_sounds

**liga lounge mittwoch 12. februar 2003**
**21 bis 1 uhr**
**rotari berliner strasse 50-52 offenbach**

**www.liga6000.de**
online magazin für frankfurt

liga 6000 frankfurt_digital

FANTÔMAS
magazin für linke debatte und praxis

**Biopolitik**
**Leben – Macht – Widerstand**

**Themen:** Zum Gebrauchswert von Poststrukturalismus und „Empire“ · Biopolitische Produktionsweisen · Migration im biopolitischen Imperium · Feministische Kritik von Biopolitik · Biomacht als Todesmacht · Geschichte des (Post-)Operaismus

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beilegen (Fantômas ist im ak-Abo enthalten)
**Bestellungen an: fantomas@akweb.de**
**ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg**
**Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175**

www.dampfboot-verlag.de

*Ulrich Brand / Werner Raza (Hrsg.)*
**Fit für den Postfordismus?**
Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes
2003 - 331 S.
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-529-0

Neuerscheinung

# impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 2.02 · Dezember 2002 · 51. Jahrgang

*Anschrift:* Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

*Tel:* (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

*Fax:* (069) 702039

*E-mail:* diskus@copyriot.com

*Webarchiv:* www.copyriot.com/diskus

*HerausgeberInnen:* Stephan Adolphs · Sonja Buckel · Wolfgang Hörbe · Tanja-Maria Müller · Alexandra Rau

*Redaktion:* Bini Adamczak · Katrin Amelang · Katrina Blindow · Oliver Groß · Oliver Schupp · Bernadett Settele · Stefan Trenkel

*Bilder:* Hannah Fitsch (cover, 5ff, 27ff), Joachim Kunze ( 32ff), Florian Maak (9ff, 38ff), Gabi Schindler (16ff), StUB (18)

*dtp:* d-lay out 26-28

*Druck:* Imprenta, Obertshausen

*Auflage:* Achttausend

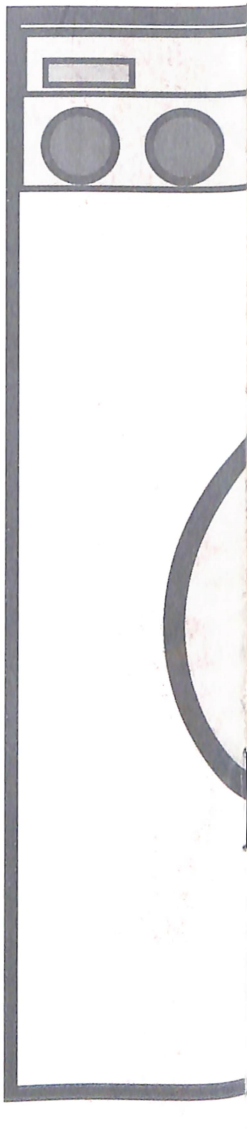
*Erscheinungsweise:* Vierteljährlich

*Preis:* Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

ANTIQUARIAT
MARX GMBH

Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher
Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher Bücher

JORDANSTRASSE 13
60486 FRANKFURT
TELEFON 069/77 88 03
TELEFAX 069/7 07 54 44

| | |
|---|---|
| | abgebügelt |
| | raus gewaschen |
| | ausgeblichen |